

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Monnats-Preis: 1.10 Mk., halbjährlich 6.30 Mk., jährlich 11.10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Belegt für die schlagzeilenlose Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für halbtägige und gewöhnliche Zeilen- und Sammlungs-Belegungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das selbige Blatt 20 Pf., (täglich 2 selbige Blätter) jedes weitere Blatt 10 Pf., Stellenangebote und Schließelanzeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.  
 Dienstag, den 2. Juli 1912.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen.

**I.**  
 Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist das Ziel aller Proletarier. Es grenzt an Gemütsroheit, wenn von bürgerlicher Seite diese Forderung als ein Symptom roh-materialistischen Strebens der Arbeiterklasse bezeichnet wird. Gerade für die Anteilnahme an den geistigen Kulturgütern sind kürzere Arbeitszeit, erhöhter Lohn notwendige Vorbedingungen. Aber selbst vom Standpunkte der bürgerlichen Klasse aus erhellt die Unumgänglichkeit aller Bestrebungen zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen, denn nur mit einer gesunden, kräftigen, intelligenten Arbeiterkraft läßt sich auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren. So sehr auch der einzelne Unternehmer dadurch Profite gewinnt, daß er seine Arbeiter bis auf Blut und Knochen ausfaugt, um sie dann durch neue zu ersetzen, so sehr hat die bürgerliche Klasse als Gesamtheit ein Interesse, den „Volkserker“ für die dauernde Ausbeutung gesund zu erhalten. Sozialpolitik und Gesundheitsfürsorge wurden für die bürgerliche Welt notwendige Schutzmittel gegen die Sonderinteressen einzelner Personen und Gruppen. Einsichtige politische Vertretungen der herrschenden Klassen haben daher ihr dauerndes Augenmerk auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse gerichtet. Von einzelnen Gemeinden und Staaten stammen eine Reihe brauchbarer statistischer Erhebungen über die wirtschaftliche Lage des Proletariats. Eine der letzten großen Untersuchungen wurde vom englischen Handelsamt in den Jahren 1905 bis 1909 über die Lage der arbeitenden Klassen in England, Deutschland, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorgenommen. Die Berichte wurden durch Kommissionen in den einzelnen Ländern an Ort und Stelle vorgenommen. So wurden in England 94 Städte besucht, in Deutschland 33 (darunter Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Essen, Barmen-Elberfeld, Dortmund, Leipzig, Chemnitz, Braunschweig, Königsberg), in Frankreich 30, in Belgien 15 und in Nordamerika 28 Orte. Die wichtigsten Resultate dieser umfassenden Untersuchung des englischen Handelsamts\*) hat Carl von Lyszka verdienstvollerweise in einer kleinen, sehr empfehlenswerten Arbeit\*\*) zusammengefaßt. In der theoretischen Umrahmung der statistischen Angaben schließt sich Lyszka an den Mode-soziologen gewisser linksstehender bürgerlicher Kreise, an Franz Oppenheimer, an.

Ein Vergleich der Nominallöhne und Arbeitszeiten in den fünf Industriestaaten ergibt, daß England mit den höchsten Löhnen und kürzesten Arbeitszeiten an der Spitze steht; dann folgen der Reihe nach mit niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten Deutschland, Frankreich und zuletzt Belgien. Amerika hat viel höhere Löhne und noch etwas kürzere Arbeitszeiten als England. Maurer z. B. verdienen bei durchschnittlich wöchentlich in England 38 bis 41 Schillinge bei 52 1/2 Arbeitsstunden in der Woche. In Deutschland mußten sie 59 Stunden arbeiten und erhielten dennoch nur einen Wochenlohn von 27 bis höchstens 31 Schillinge. In Frankreich und Belgien stieg die Arbeitszeit auf 64 1/2 bzw. 67 1/2 Stunden, aber der Wochenlohn sank auf 22 bis 29 bzw. 21 bis 24 Schillinge. In Nordamerika dagegen arbeiteten Maurer nur 46 Stunden bei einem Verdienst von 110 bis 125 Schilling. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse der einzelnen Staaten zueinander für alle unterforschten Berufe. Setzt man Lohn und Arbeitszeit in England gleich 100, so ergeben sich folgende (Runder-)Ziffern:

	England	Deutschland	Frankreich	Belgien	Nordamerika
2 Räume	3-4	3-4	2-3	2	-
3	4-5	4-5	3-4	2-3	7-10
4	5-6	4-6	4	3-4	9-12
5	6-7	-	-	-	12-15

Setzt man die englischen Mietpreise (ohne Steuer) gleich 100, so stellen sie sich in Deutschland durchschnittlich auf 123, in Frankreich auf 98, in Belgien auf 74, in Nordamerika auf 207. Vergleichen wir diese Ziffern mit dem Lohnneinkommen in den betreffenden Ländern, so ergibt sich: der amerikanische Arbeiter muß zwar mehr für Miete ausgeben als der englische, aber sein Lohn ist auch ganz erheblich höher. Der französische und belgische Arbeiter wohnt zwar etwas billiger, aber sein Lohn fällt auch niedriger aus. Am schlechtesten ist in dieser Hinsicht der deutsche Arbeiter dran; für Miete zahlt er 23 mehr als der englische, aber sein Lohn steht noch um 25 unter dem des Engländers.

Dieser Nachteil drückt sich auch in der Wohnweise des deutschen Arbeiters aus. In London bewohnten (im Jahre 1905):

1 Wohnraum	6,7 Proz. der Gesamtbevölkerung
2 Wohnräume	15,5
3	16,8
4	15,2
5 und mehr Wohnräume	46,0

In Berlin dagegen bewohnten im gleichen Jahr

1 unbeheizbares Zimmer	0,69 Prozent
1 heizbares	41,00
2	53,77
3	12,50
4 und mehr heizbare Zimmer	12,04

In London wohnt die Mehrzahl der Bevölkerung in Wohnungen mit 4 und mehr Räumen, in Berlin leben über 75 Proz. in Wohnungen mit zwei und weniger Zimmern. Nennt man einen Raum überfüllt, der mehr als zwei Personen beherbergt, so gab es überfüllte Räume in London 16,6 Proz. in Liverpool 7,9 Proz., in Manchester 6,3 Proz., in Birmingham 10,3 Proz.; in Groß-Berlin dagegen leben heute 1 600 000 Menschen oder über 40 Proz. in überfüllten Räumen.

## Republikanische Strömung in Ungarn.

Von Josef Diner-Dónes (Budapest).

Wien lacht und klatscht dem Grafen Stephan Tisza und seinem Spiegelgläsern Lukas Weissall. Wie denn auch nicht! Seit Monaten tuschelte man sich in allen sogenannten „maggebenden“ Kreisen von der Wurg bis zum Belvedere einander zu, daß, um die widerspenstigen Ungarn zu bändigen, ein österreichischer General die Regierung Ungarns werde übernehmen müssen. Und nun besorgt ein ungarischer Graf das einem österreichischen General zugeordnete Datergeschäft, und noch dazu viel rücksichtsloser und gewalttätiger, als dies ein österreichischer General je vermocht hätte.

Dem dem Pöbelwahnwitz des Grafen Tisza genügt es nicht, daß er mit einem Staatsstreich die Wehrreform geliefert hat und mit Polizei, Gendarmen und Militär das ganze Land in Belagerungszustand hält, damit seiner Staatsstreichspolitik ja nirgendwo Widerstand geleistet werden könne, sondern er ist auch drum und dran, seine Gewaltpolitik zu einer dauernden zu machen, indem er Parlament und Presse vollständig knebelt.

Das paßt natürlich den Wiener Machthabern und ihren gedankenlosen oder feilen Mittläufern. Die Soldaten sind geliefert, das ungarische Parlament, das den Wiener Herren schon so viel Unannehmlichkeiten bereitet, niedergetreten, die ungarische Presse geknebelt, das paßt den Herren ganz famos; was aber sonst in Ungarn vorgeht, um das kümmern sich die Wiener Machthaber, die heute noch ebenso kurzichtig sind, wie sie es in der Vergangenheit allweil waren, nicht den Pfifferling.

den einzelnen Ländern eine ganz verschiedene Kaufkraft. Die Höhe der Lebensmittelpreise, der Wohnungsmieten und der Preise der täglichen Gebrauchsgegenstände (Kleider, Möbel usw.) beeinflussen die Kaufkraft des gleichen Geldlohnes ganz erheblich. In der Untersuchung des englischen Handelsamtes sind nur die Preise der Wohnungsmieten und der Nahrungsmittel berücksichtigt. Zunächst scheint es, als ob sich die Mietpreise in England ebenso hoch oder noch höher stellen als in Deutschland. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß in den englischen Mietten zugleich die Kommunalsteuer (Local-Tax) mit enthalten ist. Bringt man diese Steuer von der Miete in Abzug, so ergibt sich, daß der englische Arbeiter erheblich billiger als der deutsche wohnt. Zugunsten der Engländer kommt noch hinzu, daß der Arbeiter dort häufiger eine vier- oder fünfzimmrige Wohnung in einem Zwei- oder Einfamilienhaus innehat und nicht wie der deutsche Proletarier ausschließlich auf kleinere und kleine Räume in Mietskasernen angewiesen ist. Aber auch in Frankreich und Belgien wohnen Arbeiter billiger. Nordamerika dagegen zeichnet sich durch sehr hohe Wohnungsmieten aus. Es stellen sich die Wochenmietbeträge für Arbeiterwohnungen (in Schilling):

Größe	England*	Deutschland	Frankreich	Belgien	Nordamerika
2 Räume	3-4	3-4	2-3	2	-
3	4-5	4-5	3-4	2-3	7-10
4	5-6	4-6	4	3-4	9-12
5	6-7	-	-	-	12-15

Setzt man die englischen Mietpreise (ohne Steuer) gleich 100, so stellen sie sich in Deutschland durchschnittlich auf 123, in Frankreich auf 98, in Belgien auf 74, in Nordamerika auf 207. Vergleichen wir diese Ziffern mit dem Lohnneinkommen in den betreffenden Ländern, so ergibt sich: der amerikanische Arbeiter muß zwar mehr für Miete ausgeben als der englische, aber sein Lohn ist auch ganz erheblich höher. Der französische und belgische Arbeiter wohnt zwar etwas billiger, aber sein Lohn fällt auch niedriger aus. Am schlechtesten ist in dieser Hinsicht der deutsche Arbeiter dran; für Miete zahlt er 23 mehr als der englische, aber sein Lohn steht noch um 25 unter dem des Engländers.

Dieser Nachteil drückt sich auch in der Wohnweise des deutschen Arbeiters aus. In London bewohnten (im Jahre 1905):

1 Wohnraum	6,7 Proz. der Gesamtbevölkerung
2 Wohnräume	15,5
3	16,8
4	15,2
5 und mehr Wohnräume	46,0

In Berlin dagegen bewohnten im gleichen Jahr

1 unbeheizbares Zimmer	0,69 Prozent
1 heizbares	41,00
2	53,77
3	12,50
4 und mehr heizbare Zimmer	12,04

In London wohnt die Mehrzahl der Bevölkerung in Wohnungen mit 4 und mehr Räumen, in Berlin leben über 75 Proz. in Wohnungen mit zwei und weniger Zimmern. Nennt man einen Raum überfüllt, der mehr als zwei Personen beherbergt, so gab es überfüllte Räume in London 16,6 Proz. in Liverpool 7,9 Proz., in Manchester 6,3 Proz., in Birmingham 10,3 Proz.; in Groß-Berlin dagegen leben heute 1 600 000 Menschen oder über 40 Proz. in überfüllten Räumen.

## Republikanische Strömung in Ungarn.

Von Josef Diner-Dónes (Budapest).

Wien lacht und klatscht dem Grafen Stephan Tisza und seinem Spiegelgläsern Lukas Weissall. Wie denn auch nicht! Seit Monaten tuschelte man sich in allen sogenannten „maggebenden“ Kreisen von der Wurg bis zum Belvedere einander zu, daß, um die widerspenstigen Ungarn zu bändigen, ein österreichischer General die Regierung Ungarns werde übernehmen müssen. Und nun besorgt ein ungarischer Graf das einem österreichischen General zugeordnete Datergeschäft, und noch dazu viel rücksichtsloser und gewalttätiger, als dies ein österreichischer General je vermocht hätte.

Dem dem Pöbelwahnwitz des Grafen Tisza genügt es nicht, daß er mit einem Staatsstreich die Wehrreform geliefert hat und mit Polizei, Gendarmen und Militär das ganze Land in Belagerungszustand hält, damit seiner Staatsstreichspolitik ja nirgendwo Widerstand geleistet werden könne, sondern er ist auch drum und dran, seine Gewaltpolitik zu einer dauernden zu machen, indem er Parlament und Presse vollständig knebelt.

Das paßt natürlich den Wiener Machthabern und ihren gedankenlosen oder feilen Mittläufern. Die Soldaten sind geliefert, das ungarische Parlament, das den Wiener Herren schon so viel Unannehmlichkeiten bereitet, niedergetreten, die ungarische Presse geknebelt, das paßt den Herren ganz famos; was aber sonst in Ungarn vorgeht, um das kümmern sich die Wiener Machthaber, die heute noch ebenso kurzichtig sind, wie sie es in der Vergangenheit allweil waren, nicht den Pfifferling.

jetzt die Majorität im Abgeordnetenhaus beschließt, für ungesetzlich, sämtliche Abolatenkammern des Landes und eine große Reihe von Komitaten und Städten (schließe sich dieser Erklärung an und in Hunderten von Volksversammlungen findet die Erklärung stürmischen Widerhall. Das stört natürlich die Wiener Machthaber nicht. Sie klatschen trotzdem Tisza Beifall und seine Wahnsinnsätze werden sogar sanktioniert und als Gesetze verkündet.

Nun, uns braucht das wahrlich nicht wehe zu tun. Wenn man in so blöder Weise Recht und Gerechtigkeit, die in Ungarn ohnehin nur auf schwankem Boden stehen, vollständig niederbricht, wird man die Folgen hiervon nirgendwo früher und schmerzlicher empfinden als eben in Wien.

Der nationale Chauvinismus, der schon gänzlich im Niedergang war, hat jetzt neues Leben bekommen. Die Achtundvierziger-Unabhängigkeitsbestrebungen, die schon überwunden waren, melden sich wieder mit verstärkter Kraft, und was das Bemerkenswerteste ist: an Hunderten Stellen gleichzeitig ist urplötzlich, ohne jede vorgängige Agitation, eine republikanische Strömung ausgebrochen, die mit unerhörter Schnelligkeit wächst und sich ausbreitet.

Ja wünschte nur einmal, die Wiener Herren möchten unsere oppositionellen Abgeordneten in die Provinz begleiten. Das sind lauter königstreue Männer. Im Laufe der ganzen bisherigen Agitation haben weder sie noch irgend einer der anderen oppositionellen Redner und Agitatoren auch nur ein Wort gegen den König oder gegen die monarchische Staatsform überhaupt gesprochen. Ja nicht einmal irgend welche staatsrechtliche Fragen haben sie bisher erörtert. Alle Redner, sie mögen welcher Partei immer angehören, beschränken sich darauf, die berichtigten Vorgänge im Parlament zu brandmarken und die Wahlreform zu fordern.

Und doch werden fast allüberall die Redner ohne Unterlaß von den stürmischen Rufen unterbrochen: „Hoch die Republik!“

Und dieser Ruf geht durch Segeden, in die nie noch bisher ein sozialistischer Agitator seinen Fuß gesetzt, und durch Segeden, die bisher alleweil regierungstreu waren, ganz ebenso stark wie durch Segeden, wo schon der Sozialismus heimisch ist, und durch Segeden, die von jeher kuruzisch sind.

Wer diese republikanische Agitation betreibt? Wer hat, wenn auch nicht den gewerblichen Arbeitern, so doch den in königstreue erzogenen Kleinbürgerlichen Elementen, Kleingewerbetreibenden, Bauern den Ruf gegeben: Es lebe die Republik! Wer diese gefährlichen Agitatoren sind? . . .

Unser Parteiorgan gibt hierauf folgende Antwort:

An sehr hoher Stelle müssen wir diese Agitatoren suchen. Der eine ist der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf Stephan Tisza. Dieses verkommene Individuum hat die ungarische Verfassung zertreten und mit einer zusammengesetzten schmutzigen Bande Beschlässe gefaßt, die er Gesetze nennt und vom König sanktionieren läßt. Die oppositionellen Abgeordneten verhindern er durch Soldaten an der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten. Den tosenden Volkszorn drängt er mit Soldaten zurück. Nun aber ist im öffentlichen Bewußtsein jeder Soldat des Kaisers Soldat, was aber die Soldaten jetzt tun, schreibt das öffentliche Bewußtsein auf kaiserliches Konto. Nach der Auffassung des im königstreue erzogenen Kleinbürgers ist aber der König der höchste Richter und Verteidiger des Gesetzes, der Verfassung, der die Verfassung beidseitig hat, also ihre Verletzung nicht dulden darf. Und diese loyale königstreue Bürgerschaft wurde durch die Ereignisse der letzten Wochen in brutaler Weise aus ihrem ehrlichen, naiven Glauben gerissen. Als diese Bürgerschaft sah, daß der König die gefeßelhändige Hand Stephan Tiszas gedrückt und ihm gedankt hat für das, was die gesamte unabhängige öffentliche Meinung als Gesetzeverletzung und Verfassungshändlung gekennzeichnet, da fiel der Säule von den Augen der königstreuen Bürger. . . . So gab Stephan Tisza den Massen den Ruf: Hoch die Republik!

Aber auch noch höher müssen wir den republikanischen Agitator suchen.

Der König versprach — das sind nun schon sieben Jahre her — das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Er hat dieses Versprechen in Thronreden — also in sehr feierlicher und ernster Form — wiederholt. Er hat die Wahlreform als die dringlichste, durch keinerlei andere Fragen zu verzögernde Reform gekennzeichnet. Und was ist seit her geschehen? Eine ganze Reihe von Gesetzen wurde zum Schaden des Volkes gemacht, wir wurden mit neuen Steuern belastet, Hunderte von Millionen mußten wir hergeben zur Funktion fremder Länder, zum Bau von Kriegsschiffen und Kanonen; das Wahlrecht haben wir aber noch immer nicht. Schließlich aber hat der König die ungesetzlichen Beschlüsse einer gefaßelten Bande sanktioniert und als Gesetze erklärt; das Wahlrecht haben wir aber noch immer nicht. Der König hat etwas versprochen, und dieses Versprechen ist noch immer bloßes Versprechen, ja es ist sogar schon vergessen, und der König drückt jene schmierige Hand, die das ärgste Hindernis der Erfüllung des königlichen Versprechens ist. So gab der König den Massen den Ruf: Hoch die Republik!

Also: Hoch. . . . Alle Kraft der ungarländischen Sozialdemokratie ist durch die wirtschaftliche und politische Organisationsarbeit und den Kampf um das allgemeine Wahlrecht gebunden. Für eine republikanische Agitation haben wir weder Zeit noch Kraft. Wenn aber jetzt diese Arbeit ein fr

\*) Report of an Enquiry by the Board of Trade into Working Class Rents Housing and Retail Trades. 5 Bände, London 1908-1911.  
 \*\*) Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912, 59 Seiten, Preis gebunden 2,20 Mk.

\* Gemeindesteuer mit enthalten.



hartnäckiger und energischer Agitator wie Graf Stephan Tisza und ein so illustrierter Mann wie Franz Josef I. verdrängen, können wir am allerwenigsten hiergegen Einsprüche erheben. Es sind zwei ausgezeichnete Agitatoren und sie arbeiten sehr gut, da sie schon binnen wenigen Wochen die königstreue Bürgerchaft zu dem Ruf gebracht haben, der durch das ganze Land geht:

### Hoch die Republik!

Mögen sie nur ihre Agitation fortsetzen und sie werden in einigen wenigen Monaten ganz wunderbare Erfolge erreichen.

## Die Generalstreikfrage auf dem belgischen Parteikongresse.

Brüssel, 30. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Zum heutigen Kongress der sozialistischen Partei Belgiens hatten sich gegen 1500 Delegierte eingefunden. Am Vorstandsische waren vertreten der Generalsekretär und die Sekretäre der Partei sowie sozialistische Deputierte und Senatoren. Der Vorsitzende Wauters gedachte in seiner Eröffnungsansprache der Arbeiter, die das Opfer der letzten Prüßlaben geworden waren. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde ein Antrag angenommen, der die Vertreter der skandinavischen Presse vom Kongress ausschloß.

Die Debatte über den Generalstreik ließ zwei Richtungen sich gegenüberstellen. Der Wortführer der einen war Genosse Defree, der Vertreter der Föderation Charleroi. Dieser verlangte die Ausnutzung des Enthusiasmus und der Kampfstimmung durch unmittelbares Einschreiten des Generalstreiks bei Beginn der außerordentlichen Kammeression im Juli. Sobald die Kammermehrheit eine Revision der Verfassung verweigere, solle der Generalstreik einsetzen.

Die zweite Richtung wurde repräsentiert durch den Vorstand und die meisten Föderationsgruppen. Diese verlangten die Vorbereitung eines organisierten Streiks, zu dem die Massen von den einzelnen Föderationen bearbeitet und geschult werden sollen; vor allem solle aber ein parlamentarisch günstiger Moment abgewartet werden.

Nach einer stürmisch bewegten Debatte, in der Vanderhelde, Brauckere und Anseele für die zweite Auffassung, Defree für die erste eintraten, kam es zur einmütigen Annahme einer Kompromißresolution zwischen dem Antrag Charleroi und den Vorstandsleitern.

Die Resolution verlangt die Vorlegung eines Verfassungsrevisionsentwurfs, und zwar spätestens bei Wiederauftritt der Kammer im November. Dann soll die parlamentarische Aktion durch alle Mittel, besonders durch den Generalstreik unterstützt werden. Letzterer soll wohlorganisiert und unter allen Umständen friedlich sein; auf keinen Fall soll er im Juli einsetzen. Zur Organisation des Streiks wird aus dem Generalsekretär der Partei, der Gewerkschaftskommission, den Vorständen von Genossenschaften und Gewerkschaftszentralen ein Komitee gebildet, das am 17. Juli zusammentreten wird.

Die einstimmige Annahme der Resolution löste stürmische Begeisterung und begeisterte Hochrufe auf das Wahlrecht aus. Genosse Wauters schloß um 7 Uhr den Kongress, indem er für dessen glänzende Haltung dankte und zu kaltsblütiger und jäher Arbeit aufforderte, um den Beschluß in die Tat umzusetzen.

## Der Krieg.

### Rom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 30. Juni. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Buchamez unter dem 29. Juni: Heute früh unternahm der Flieger Sacerdoti einen Flug, um festzustellen, in welcher Richtung der Feind nach seiner gestrigen Niederlage abgezogen war. Als Sacerdoti sich in einer Höhe von 900 Metern ungefähr 20 Kilometer südwestlich von Buchamez befand, wurde er durch eine Beschädigung des Motors gezwungen, im Weisfluge niedergzugehen. Er landete ohne Unfall auf der zweiten Koranmenstrasse. Der Flieger ließ seinen Apparat an dem Platze zurück. Eine Truppenabteilung rückte sofort aus, um die Flugmaschine zu holen, die in das Lager gebracht wurde, ohne daß die Truppe Spuren vom Feinde entdeckte. — Die Truppen sehen die Befestigung der eroberten Stellung fort.

Aus Tripolis wird von gestern gemeldet: Luftschiffe und Flugzeuge stellen fest, daß die Lage im allgemeinen unverändert ist. Ein Luftschiff bombardierte mit sichtbarem Erfolge die Lager der Türken und Araber bei Fondue el Tassar und Suani Ben Eden.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Mesurata vom 29. dieses Monats, daß eine Eskadron Kavallerie bei einer Rekognoszierleistung im Süden der Oase Mesurata auf feindliche Kavallerie- und Infanterietruppen stieß, die durch ein kurzes Artilleriefeuer in ihre bestmöglichen Stellungen zurückgedrängt wurden.

Aus Soma wird der „Agenzia Stefani“ gemeldet, daß in der Nacht vom 28. zum 29. d. M. eine Redoute bei Bergheh von Arabern angegriffen wurde, die jedoch durch Gewehrfeuer in die Luft geschlagen wurden. Ein Araber wurde gefangen genommen. Die Italiener hatten keine Verluste.

Auch gegen das Fort Lombardia bei Derua wurden am 28. d. M. mehrfache Angriffe unternommen und am 29. d. M. früh kam es zu mehrfachen Gefechten zwischen den vorgeschobenen italienischen Posten und dem Feinde, der zurückgeschlagen wurde. Die Italiener hatten keine Verluste.

Rom, 1. Juli. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Ferua vom 30. Juni. Abteilungen von Askaris, unterstützt von einem Bataillon Grenadiere und einer Gebirgsbatterie, unternahmen heute vormittag Erkundungen und stellten fest, daß das Gros des Feindes sich nach Megdala zurückgezogen und kleine Gruppen bei Sidi Ali gelassen hat. Diese wurden durch einige Schüsse von dem Kriegsschiff Feide zerstört.

Aus Benghasi meldet die „Agenzia Stefani“ von gestern: Die Konzentrierung des Feindes, die in den letzten Tagen angeordnet worden war, ist nicht gelungen, denn zahlreiche Stämme haben nicht auf den Appell geantwortet.

Eine türkische Meldung über die letzten Kämpfe bei Buchamez. Konstantinopel, 1. Juli. Das Kriegsministerium veröffentlicht über den Kampf bei Sidi Said am 28. Juni einen Bericht, wonach die Italiener sich nach siebenstündigem Kampfe mit großen Verlusten zurückgezogen hätten. Die Türken hätten 150 Tote und 200 Verwundete gehabt.

Maßnahmen gegen die türkischen Reuterer in Albanien. Salonik, 1. Juli. Der erste Sonderzug mit 700 Mann ausgewählter Truppen ist von Konstantinopel kommend in Monastir eingetroffen und von da weiter gefahren. Weitere Transporte werden erwartet. Wie verlautet besitzt der Kommandant dieser Truppen Vollmachten zum Vorgehen gegen die Reuterer, falls diese nicht sofort in ihre Kasernen zurückkehren.

### Ausweisung russischer Journalisten aus der Türkei.

Konstantinopel, 1. Juli. Nähermeldungen zufolge hat die

Regierung beschlossen, den Korrespondenten der „Nowoje Wremja“ Moskau, der früher Konsul in Monastir gewesen war, und den Korrespondenten des „Nusdjo Sloba“ Solunja wegen Verbreitung falscher Tendenzmeldungen auszuweisen.

### Der schlechte Gesundheitszustand im italienischen Okkupationsheer.

Trotz der üblichen offiziellen Dementis bleibt der „Avanti“ dabei, daß das Okkupationsheer in Nordafrika in erschreckender Weise von Seuchen heimgegriffen wird. Aus dem Privatbrief eines Feldwebels, dessen Namen der „Avanti“ veröffentlicht, geht hervor, daß die Truppen in Tripolis zuerst sehr von der Malaria heimgegriffen wurden, dann machte sich in einem dislozierten Lager eine schwere Reberkrankung fühlbar. In der Folge kamen die in infektiösen Darmkrankheiten, darunter auch Cholera, und schließlich ist das Meer jetzt in sehr bedrohlicher Weise von Typhus heimgegriffen. In Tripolis allein sollen täglich 20 neue Typhusfälle vorkommen, und die 6 Lagareiten in der Stadt, von denen jedes 160 bis 240 Weiten hat, sind derartig überfüllt, daß man die kaum Transportfähigen mit Hospitalschiffen nach Italien transportieren muß. Von 150 Reservisten des Jahrgangs 1888, die im Oktober aus Pavia abreisten, sind nur 80 bei der jetzigen Entlassung zurückgekehrt. Vor dem Feinde gefallen ist nur ein einziger, die übrigen liegen teils noch heute an epidemischen Krankheiten danieder, teils sind sie an diesen Krankheiten gestorben. Trotzdem wird offiziell weiter gemeldet werden, daß der Gesundheitszustand der Truppen vorzüglich ist!

### Wegfall der italienischen Herbstmanöver.

Rom, den 28. Juni. (Eig. Ber.) In diesem Herbst sollen in Italien keine großen Manöver abgehalten werden, wie der „Avanti“ aus zuverlässiger Quelle erfährt. Dieser Ausfall der Manöver ist tatsächlich der einzige Vorteil, den bis jetzt der Krieg gebracht hat.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juli 1912.

### Das Endergebnis der Reichstagswahl in Pagenow-Grevesmühlen.

Nach den jetzt vorliegenden vorläufigen Zahlen aus allen Bezirken wurden bei der Reichstagswahl am 28. v. Mts. für Seminaroberlehrer Sidkovich (fortsch. Bp.) 9456 und für Tischlermeister Pauli (l.) 7153 Stimmen abgegeben.

### Chauvinistische Narretei.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, neben der gleichwertigen „Post“ eines der stumpfsten Hebelorgane für die innere und äußere Politik, — Scharmacherei gegen das heimische Proletariat und Kriegstreiberi gegen den äußeren Feind sind ja nur Reste eines Stammes — hatte vor einigen Tagen unter dem Titel „Der Hahn kräht“ einen wässrigen Heberartikel gegen Frankreich verbrochen. Heute nun steht das Organ für professionmäßige Völkerverhetzung sein trauriges Handwerk durch einen Artikel fort, der die häßliche Heberschrift trägt: „Hebergeschminkt“. In diesem Artikel erzählt das Heblblatt, daß sein erster Artikel ihm „eine große Zahl von Schmähbriefen in französischer Sprache eingetragen habe“. „Ehrliches Gewäsch, hochtönende Phrasen, auf Wischen zu Papier gebracht, die ein halbwegs gebildeter Mensch sich in die Hand zu nehmen scheut.“ Drei von diesen angeblichen Zuschriften greift das Blatt dann heraus, eine „anonyme“ Zuschrift, dann „den Brief eines Arbeiters“, und endlich das Schreiben „eines Unteroffiziers von einem Grenz-Dragoon-Regiment“. Die beiden ersteren tragen den Poststempel Paris, das letztere von Vincennes, so daß also offenbar „ein Eisenfresser vom 28. französischen Dragonerregiment der Verfasser“ sei.

Nicht eine der drei Zuschriften ist also anonym, sondern sie sind alle dreierlei und solch anonyme Zuschriften, die ebenfals eine Mystifizierung, wie — bestellte Arbeit sein können (die in Deutschland so sehr bekannten Redensarten vom Sauerkraut, den gestohlenen Pendulen usw. sprechen eher für eine deutsche, als eine französische Herkunft, denn die Franzosen lieben mehr originale Einfälle) druckt das Heblblatt ab, um einmal den Anschein zu erwecken, als kümmere man sich wenigstens in Frankreich um seine Existenz, von der die Berliner Bevölkerung so gut wie keine Notiz nimmt, und andererseits, um den blödesten Chauvinismus, über dessen angebliche Organe in Frankreich das Blatt sich entrüstet, auch bei uns zu kultivieren!

Es genügt, diese abgeschmackten Handwurstauben einfach niedriger zu hängen!

### Bürgerliche Mandatsmüdigkeit in Schwarzburg-Rudolstadt.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Rudolstadt hat vor acht Tagen Justizrat Sommer-Rudolstadt, ein bekannter linksnationalistischer Führer und langjähriger Vertreter der Höchstbesteuerten, und jetzt auch der Fabrik der Reichner-Stadt sein Landtagsmandat niedergelegt. Bürgerliche Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung, die nicht nachgeben will, sollen die Ursache der Mandatsniederlegung sein.

Die Sozialdemokratie wird also voraussichtlich das zehnte Mandat gewinnen.

### Deutsche Gesehswächter und Kulturpioniere in Südwest.

Die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ (Swakopmund) vom 31. Mai 1912 berichtet:

Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem kranken elfjährigen Eingeborenemädchen wurden der Polizeisergeant Odenwald vom Bezirksamt Wornbad zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und der Polizeisergeant Lohbe vom Bezirksamt Reetmanshoop zu 8 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Odenwald hat, natürlich in betrunkenem Zustande, von der in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung gelegenen Eingeborenendorf ein Hottentottenmädchen, das schon längere Zeit schwer krank lag, aus dem Bontol in die kalte Nacht hinausgeschleppt und es dann vergewaltigt, wobei jedenfalls infolge Herzschlags der Tod des Mädchens eintrat. Odenwald soll die Leiche hierauf unter einen Baum gelegt haben, wo sie am nächsten Morgen gefunden wurde.

Der Polizeidiener Knisfort, der Gefangene befreite und dann vom Bezirksamt Reetmanshoop Pferde mit Sattelausrüstung stahl, ist zu 5 Jahren Kettenhaft verurteilt worden.

Man sieht aus dieser kurzen Zeitungsnote, daß die Traditionen des Prinzen Vrenberg in Südwestafrika noch lange nicht tot und begraben sind.

### Zum christlichen Gewerkschaftstreit

Äußert sich in ihrer neuesten Nummer (71) die „Deutsch-ebangelische Korrespondenz“. Sie schreibt:

Die Lage der protestantischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften ist durch die Ent-

wicklung, die Papst und Bischöfen die maßgebende Entscheidung überläßt, unerträglich und unwürdig geworden. Protestantisches Ehrgefühl muß gegen diese Abhängigkeit evangelischer Volksgenossen vom römischen Merkantilismus Verwahrung einlegen. Ein Mittel hätte es gegeben, die Lage der evangelischen Arbeiter gegenüber den päpstlichen Machtbestrebungen erträglich zu gestalten, wenn ein Gewerkschaftskongress jetzt berufen worden wäre und beschloßen hätte: die christlichen Gewerkschaften können als interkonfessionelle Veranstaltungen keine Weisungen entgegennehmen und werden zusammenhalten, selbst wenn der Papst und die Bischöfe den katholischen Arbeitern die Teilnahme an den Gewerkschaften verbieten sollten, weil auf diesem Gebiet auch die katholischen Arbeiter sich an Merktilen Weisungen nicht gebunden fühlen. Das wäre eine gewisse Garantie für die evangelischen Arbeiter gewesen unter der Voraussetzung, daß die Kongressmitglieder die Gewerkschaftsmitglieder hinter sich haben und in der Entscheidungsfunde der Gewerkschaftsleiter stärke ist als der Papst. In allen bisherigen Äußerungen des Vorstandes der Gewerkschaften ist diese Erklärung nicht zu finden.

Ferner meint die „Deutsch-ebang. Korr.“:

Die erfreuliche Behauptung, daß der römische Stuhl den christlichen Gewerkschaften keine Weisungen gebe, verliert ihre Tragweite durch das Zugeständnis, daß auch in dieser „Streitfrage“ Papst und Bischöfe als die „für den katholischen Volksteil zuständigen Instanzen“ anerkannt werden. Man muß also schließen, daß sich die Katholiken den Weisungen des Merktilismus fügen werden. Dann aber sind unter Umständen die Gewerkschaften dahin, wobei es für die Protestanten dieselbe Wirkung hat, ob die Gewerkschaften direkt oder auf dem Umwege über die „katholischen Korporationen“ und „Katholiken“ indirekt gefährdet und zerstört werden. Deshalb erscheint es auch verwunderlich, daß gerade ebangelische Gewerkschaftsführer sich gegen den außerordentlichen Kongress ausgesprochen haben, obwohl man ohne genauere Information über deren Gründe kein sicheres Urteil geben kann.

### Die angefochtene Reichstagswahl in Alzei-Bingen.

Am 8. heftigen Reichstagswahlkreise Alzei-Bingen wurde der nationalliberale Arzt Dr. Weder in der Stichwahl mit 12012 Stimmen gewählt. Sein Gegner, der Fortschrittler Koroll, erhielt nur 2 Stimmen weniger. Das Wahlergebnis wurde angefochten, und der Reichstag beschloß, Erhebungen anzustellen. Nach einer Mitteilung des „Verl. Tagebl.“ ist jetzt amtlich festgestellt worden, daß in dem Sprendlinger Wahllokale von der Wahlkommission 2 Stimmen mehr protokolliert wurden als Wähler abstimmten, und daß die im Gegenprotokoll enthaltene Behauptung, zwei mit Namen genannte freisinnige Wähler hätten in gutem Glauben gehandelt, sie könnten auch bei der Reichstagswahl Doppelstimmen abgeben, nicht den Tatsachen entspricht. Wo die beiden rätselhaften Stimmzettel herkommen, bleibt unaufgeklärt.

Auch in anderen Orten des Kreises Alzei sollen die amtlichen Beweishebungen die im Wahlprotokoll angegebenen Anfechtungsgründe bestätigt haben, so daß an der Ungültigkeitserklärung der Wahl Dr. Weders nicht mehr zu zweifeln sein dürfte.

### Zweierlei Vollmachten bei Gemeindevertreterwahlen.

Der Erfurter Kreisaußschuß hat entschieden, daß es den Wahlvorstehern überlassen bleibt, ob sie neben den gewöhnlichen Vollmachten auf Stempelpapier auch jeden Zettel als Wahlvollmacht gelten lassen wollen. Bei der Stichwahl in Kühnhausen (Erfurter Landkreis) zwischen einem unserer Genossen und einem Quäbischer wurde vom Amtsvorsteher, der zugleich Wahlleiter war, angeordnet, daß sich Stellvertreter der Wähler durch gestempelte Vollmachten ausweisen müßten. Unsere Genossen sorgten dafür, daß die Vollmachten auf Stempelpapier geschrieben wurden. Bei der Wahl konnten die dem gegnerischen Kandidaten ihre Stimme gebenden Wählerstellvertreter auch wählen, wenn sie nur ein Stückchen beschriebenes Papier vorlegten. Die Klage beim Kreisaußschuß gegen die Gültigkeit der Wahl wegen dieser ungleichen Behandlung der Vollmachten wurde vom Kreisaußschuß abgewiesen, trotzdem auch nachgewiesen worden war, daß nicht einmal die Unterschriften der Wähler nachgeprüft worden waren.

Der Kreisaußschuß sagte zur Begründung des der Wähler der Wahlvorsteher Tür und Tor öffnenden Entschloß, daß der Wahlleiter jede zweifelsfreie Willenserklärung unbekümmert um die Papiergröße oder den Stempel als gültig anerkennen kann. Das Stempelsteuergesetz erklärt die Vollmachten als stempelpflichtig, aber die Ministerialverordnung vom 28. April 1906 lasse Ausnahmen zu. Der Mangel des Stempels beeinflusse aber das Wahlergebnis nicht, er könne höchstens eine Stempelsteuerhinterziehungstrafe zur Folge haben.

Der Wahlvorsteher kann also die einen Vollmachten gültig erklären, die anderen aber zurückweisen! Das Stempelsteueramt hat inzwischen entschieden, daß die einfachen Mitteilungen an den Wahlleiter, wer die Stellvertretung für einen Wähler ausüben würde, steuerfrei seien.

In dem vorliegenden Falle hat also die Anordnung des Amtsvorstehers, die Vollmachten seien stempelpflichtig, unseren Genossen die Wahl erschwert. Dann hat aber der Amtsvorsteher als Wahlleiter gegen seine eigene Anordnung gehandelt — aber trotzdem ist die Wahl gültig und der mit nur wenigen Stimmen Mehrheit gewählte bürgerliche Kandidat ist auf diese Art Gemeindevertreter geworden!

### Von der Streikjustiz.

Ein sehr strenges Urteil wurde wieder von der Streikmutter des Dortmunder Landgerichts gefällt. Am 14. März wurde der Arbeiterwille Eduard Krause morgens auf dem Wege von Dortmund zur Beche angehalten. Auf Verlangen machte Krause kehrt, wurde aber dann, als er sich mehrmals umdrehte, wiederholt ins Gesicht geschlagen und getreten. Als Krause an der Erde lag, soll gesagt worden sein: „Du Hund mißt Dich noch anstellen? Wenn Du nicht aufsteichst, schlagen wir Dich tot!“ Krause konnte die Täter nicht bestimmt wiederecennen, er hat aber früher die Verleumter Heinrich und Eduard Weidendorff aus Schüren als jene bezeichnet, die ihn geschlagen hätten. Ein Zeuge hat die Angeklagten bei Krause gesehen und kurz danach ein Klatschen gehört. Nach den Angaben anderer Zeugen sind keine weiteren Personen in der Nähe gewesen.

Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen von neun und acht Monaten. Der Vorsitzende ersuchte die Anklagen, doch zu gehen: „Da sollen wir noch milde sein, wenn Sie bis zum Schluß leugnen? Das ist doch ein blühendes Ziel verlangt!“

Der Verteidiger hielt die Schuld der Angeklagten nicht für nachgewiesen und die beantragten Strafen für viel zu hoch. Beide Angeklagte bestritten immer wieder, die Täter zu sein. Das Gericht ging noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erlangte auf Gefängnisstrafen von einem Jahr und von neun Monaten.

### Eredigtes Reichstagsmandat.

Wie aus Paderborn (Niederböhmen) gemeldet wird, ist dort der Reichstagsabgeordnete Bachmeyer, Vertreter des Wahlkreises Niederböhmen 4, in der vergangenen Nacht gestorben. Er gehörte dem Bayerischen Bauernbund an, hatte sich aber im Reichstags keine Partei angeschlossen.

Es muß also in dem vierten niederbayerischen Wahlkreise eine Ersatzwahl stattfinden. Bei der letzten Wahl fielen auf Bachmeyer 6882, auf den Zentrumskandidaten 7729 und auf den sozialdemokratischen Kandidaten 1229 Stimmen.



## Medaille für treu geleistete Dienste und — Lohnabzug!

Ein in Gehrten (Schwarzburg-Sondershausen) wohnender Holzhauser wurde kürzlich von der Arbeit im Walde weg zum Oberförster befohlen. Dort wurde ihm unter anerkennenden Worten die Medaille für 40 Jahre treu geleistete Dienste überreicht. Am nächsten Sonntag wurde ihm der Lohn um zwei Arbeitsstunden gekürzt. Er hatte durch den feierlichen Akt beim Oberförster und den Weg von der Arbeitstätte dorthin und wieder zurück zusammen zwei Arbeitsstunden verbracht. Der sondershausische Staat, dem der beschränkte Arbeiter 40 Jahre seines Lebens bei Wind und Wetter schwere und schlecht bezahlte Arbeit leistete, konnte nicht auf den Mehrwert der zwei Arbeitsstunden verzichten! Die Staatsforsten brachten im Jahre 1910 die Kleinigkeit von 633 266 M. Uberschuß! Die Staatsforstverwaltung hätte also den karglichen Lohn für zwei Arbeitsstunden des Arbeitsveterranten nicht verschmerzen können!

## „Beamtenbeleidigung“.

In Rattowitz hatte sich der Kolporteur Hauke, der auch Vorstandmitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins ist, das Verlangen gemacht, einem Sergeanten eine belächelnde sozialdemokratische Druckschrift zuzusenden, in der auch zum Beitritt zur sozialdemokratischen Partei aufgefordert wurde. Der Sergeant meldete die Sache und H. wurde vor den Rabi zitiert. Das Landgericht Weuthen sah die Sache so auf, wie sie gemeint war, sah keine Beleidigung darin und sprach den Angeklagten frei. Damit gab sich aber die Anklagepartei nicht zufrieden. Am Freitag hatte sich das Reichsgericht mit dem Fall zu beschäftigen. Es hob das Urteil auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. Trete ein Beamter, so heißt es in den Entscheidungsgründen, zu der antimonarchischen sozialdemokratischen Partei über, so breche er den dem Könige geschworenen Treueid. In der Aufforderung, zur sozialdemokratischen Partei überzutreten, liege dem Beamten gegenüber mithin eine Aufforderung zum Abbruch, was eine objektive Beleidigung darstelle. Der Vorderrichter habe aber zu prüfen, ob eine subjektive Beleidigungsabsicht des H. bei der Uebersendung der Druckschrift vorgelegen habe.

## Oesterreich.

### Das Budgetprovisorium.

Das Budgetprovisorium für das zweite Halbjahr 1912 wird jetzt dem Abgeordnetenhaus beraten. Ein sozialdemokratischer Antrag, in den Jahren einer Kartoffelmisernernte alle Schnapsbrennerbegünstigungen aufzuheben, wurde vom Berichterstatter zur Annahme empfohlen. Der Berichterstatter stellte selbst ein unbedecktes Defizit von 261 Millionen fest, das sich in den nächsten Jahren, u. a. infolge der Wehrrreform, auf 400 Millionen erhöhen dürfte. Der Finanzplan der Regierung würde kaum 30 Millionen bringen. Von mehreren Rednern wurde betont, daß der Geldmarkt weitere Schulden des österreichischen Staates nicht aufnehmen werde und daß die Regierung mit den Banken ohne Verständigung des Parlaments verhandle. Von ausgiebigen Steuern auf Besitz und Vermögen ist natürlich keine Rede!

### Nationalistische Raufhändler in Prag.

Prag, 30. Juni. Als deutsche Studenten heute nach dem Solofestzug den üblichen Wummel auf dem Graben abzulassen versuchten, wurden sie von mehreren tausend Tschechen, trotzdem die Sehner die Menge zu beschwichtigen suchten, beschimpft und später föhlich angegriffen, wobei ein Student schwer und etwa zwanzig leicht verletzt wurden. Mehrere Studenten wurden die Kappen weggenommen.

## Ungarn.

### Rechtliches Offizientum.

Die ungarische Budapest-Blätter, die „Nepzabala“ („Volkstimme“) mittels, erhält das namentlich auch im Ausland ziemlich bekannte Regierungsblatt „Budapesti Hirlap“ seit der Ministerpräsidentschaft des Grafen Khuen-Hedervary eine staatliche Jahressubvention von 400 000 Kronen!

### Ein Sozialistengesetz?

Lidza hat dem Bürgermeister von Budapest einen Besuch gemacht und man vermutet, daß dies nur geschehen sei, um die Stadtvertretung dahin zu bringen, beim Parlament die Schaffung eines Sozialistengesetzes anzuregen. Eine Mehrheit dafür würde im Parlament sich schon finden.

## Frankreich.

### Eine große Marokkodebatte.

Paris, 1. Juli. Die Deputiertenkammer setzte heute die Verhandlungen über den Protektorsvertrag betreffend Marokko fort. Barthou, der Vorsitzende der Kommission der auswärtigen Angelegenheiten, widerlegte (?) die färsliche Rede von Jaurès, indem er dessen Behauptungen zahlreich Zeugnisse von der Tapferkeit und Menschlichkeit der französischen Truppen gegenüberstellte. Was die von und begangenen Irrtümer betrifft, fügte Barthou hinzu, so muß man bei der Beurteilung die unvorhergesehenen Ereignisse berücksichtigen, die jede Beurteilung überflüssig machen. Um sich darüber Rechenschaft abzugeben, genügt es, auf eine vor sieben Jahren gehaltene Rede in Langer hinzuweisen, in welcher der Deutsche Kaiser erklärte, daß er den Sultan von Marokko als unabhängiger Souverän ansehe, und an die Klausel des Vertrages von 1911, wo Deutschland ausschließlich die Handelsfreiheit forderte. Niemand habe den Preis vergessen den Frankreich für die Abßigung der deutschen Interessen gezahlt habe. Jaurès selbst habe in seiner Rede vom 20. November 1908 anerkannt, daß Frankreich Interessen ersten Ranges in Marokko besäße, die ihm gewisse Rechte einräumten. Andererseits habe Frankreich genügend große Opfer gebracht, um dort Rechte zu erlangen, die niemand ableugnen könne. Weshalb hätte es denn England in Ägypten, Italien in Tripolis volle Freiheit gelassen, weshalb hätte es Spanien eine marokkanische Zone und Deutschland das schmerzlich abgegebene Gebiet am Congo überlassen, wenn es nicht darum wäre, Frankreichs Rechte an Marokko als unantastbar anerkannt zu sehen.

Barthou billigte die Politik des soeben abgeschlossenen Protektors, welches sich aus dem Vertrage vom 4. November ergebe. Man dürfe das Land nicht glauben lassen, daß das Protektorat dem Sultan auferlegt wurde, sondern man müsse dem Lande die Wahrheit (?) sagen, nämlich, daß das Protektorat des langen und breiten vom Sultan und mit dem Sultan seit dem Oktober 1911 besprochen wurde. Barthou stellte das Wohlergehen Marokkos (?) seit der Intervention Frankreichs im Schutzbereich fest. In der Frage der Schutzbereich verlas Barthou den französisch-deutschen Vertrag und erklärte, man würde zunächst die Streitigkeiten, die die Konvention von Madrid einer Revision unterziehen müssen. Er erinnerte daran, daß Poincaré behauptet habe, die Schutzbereich, die man mit Waffen in der Hand anträte, würden sich nicht auf den Schutz berufen können, und der Präsident des Senats, der unter deutschem Schutz stände, könne sich auf diesen Schutz nicht berufen. Die Lage der Schutzbefohlenen müsse binnen kürzester Frist geregelt werden, denn sie

habe Anlaß zu Zwischenfällen und Mißbräuchen. Barthou billigte die Politik hinsichtlich Marokkos.

Ministerpräsident Poincaré erklärte, die bemerkenswerte Rede Barthous erleichtere ihm seine Aufgabe. Durch die Ernennung Lyauteys habe die Regierung auf den größten Teil der Bemerkungen geantwortet. Der Name Lyautey sei ein ganzes Programm, das schon in Madagaskar und in den algerisch-marokkanischen Grenzgebieten angewandt worden sei. Planmäßige, rationelle und fortschreitende Ausdehnungspolitik und Umstift seien da die wesentliche Vorbedingung für den Erfolg, wo die Armee die Rolle des Quartiermachers für die Zivilisation (?) spiele, ohne daß die militärischen Pflichten vernachlässigt werden dürften. Die Armee sei die Organisation auf dem Marsche und die Avantgarde der Verwaltung, des Handels und des Unterrichts. (Beifall.) Lyautey wisse, es sei seine Pflicht, die Interessen des Protektors mit den höheren Bedürfnissen der Verteidigung des Mutterlandes in Einklang zu bringen. Die Regierung habe ihm alle Verfügungen gesandt, die er verlangt habe, und werde ihm noch mehr senden, wenn er sie verlange, denn sie wisse, daß er nie den Blick auf die Lage Frankreichs in Europa verliere. (Beifall.)

Ministerpräsident Poincaré sagte weiter: Weber Regnault noch Monier zweifelten an der Loyalität des Sultans. Aber in seiner Umgebung haben gewisse Beamte, die das nahe Ende der sonda-lösen Amtsinhaber befürchteten, von denen sie Nutzen zogen, und gewisse unzufriedene Paschas bis hinauf zum Kriegsminister selbst möglicherweise mehr oder weniger direkt dadurch zur Revolte getrieben, daß sie unrichtige Gerüchte über die Lage des Sultans verbreiteten, der als Gefangener der Franzosen bezeichnet wurde. Poincaré gab hierauf seiner Teilnahme für die Tragödie in Fez Ausdruck, fügte aber hinzu: Jetzt ist der Friede in Fez und seiner Umgebung hergestellt. (?) Wenn die Regierung vor der Ratifikation des Vertrages Lyautey ernannt und so die Verantwortung übernommen hat, so geschah das, weil sie entschlossen war, die Militär- und die Zivilgewalt in Marokko zu zentralisieren und zu vereinigen. (Beifall.) Lyautey erhielt nur allgemeine Instruktionen, über die wir mit ihm völlig einig sind. Man dürfe aber nicht erwarten, daß in Marokko wie mit einem Zauberstab allgemeiner Friede herrschen werde. Marokko sei ein unruhiges und wildes Land.

Poincaré fuhr fort: Jaurès hat die Regierung aufgefordert, mit Marokko einen neuen Vertrag abzuschließen, der der Würde des Sultans und des marokkanischen Volkes mehr Rechnung tragen soll. Wie? fragte Poincaré, wir sollten die langwierige Konferenz von Algieras durchgemacht haben, das Abkommen mit Deutschland von 1900 und dann jenen schmerzlichen Vertrag vom 4. November 1911 abgeschlossen und einen Teil von unserem Congo abgetreten haben? Das alles sollte umsonst gewesen sein? Ja, noch mehr, wir sollten vielleicht einer anderen Nation den Platz räumen? Da wir die Protektoren sind, können wir nicht auf Gnade und Ungnade dem Marokko preisgegeben werden. Wir müssen Marokko besetzen und alle erforderlichen Maßnahmen treffen; aber es handelt sich nicht um Eroberungen. (?)

Sodann erörterte Poincaré ausführlich die wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, die Frankreich in Marokko zu erfüllen habe. Er betonte unter anderem, daß die französische Verwaltung in Marokko das Scherische Post- und Telegraphenmonopol einführen, die Frage der fremden Schuldbefehlungen regeln und die Mißbräuche in der Terrainspekulation beseitigen müsse. Wir wollen, sagte Poincaré weiter, in Marokko trotz des blutigen Aufstandes von Fez keine Politik der Repressalien betreiben. Wir wollen die mit unserer Macht zu vereinbarende Milde üben (?) und die moralische Eroberung (?) in Marokko vollziehen durch Achtung der Sitten und Gebräuche und der Religion der Muselmanen. Unsere moralische Macht muß sich aber auf eine feilsch bereitete militärische Macht stützen. (Lebhafter Beifall.)

Paris, 1. Juli. Deputiertenkammer. In der heute nachmittag fortgesetzten Marokkodebatte erörterte der Deputierte Demongis sodann die französisch-spanischen Verhandlungen, über die das französische Parlament vollständig im unklaren gelassen werde. Wir müssen wissen, welche Verpflichtungen wir übernehmen und welche Benutzungen wir erhalten haben. Man verlangt von uns abermals, daß wir, wie schon vor einigen Monaten, einen Vertrag annehmen, dessen Tragweite wir nicht prüfen können. (Beifall links.)

Ministerpräsident Poincaré erklärte: Was die spanischen Verhandlungen angeht, so hoffe er, daß sie, falls nicht unerwartete Ereignisse eintreten, bald zu befriedigendem Ergebnisse führen würden.

Jaurès ergriff nochmals das Wort zu einem scharfen Angriff gegen den Protektorsvertrag und sagte, bei den militärischen Anstrengungen, zu denen man sich in Marokko gezwungen sehe, sei man vielleicht schon an jener Grenze angelangt, die man, ohne die Verteidigung des Mutterlandes zu gefährden, nicht überschreiten dürfe. Und die Nachrichten aus Marrakesch zeigten, wie sich die Gärung immer mehr ausdehne.

Poincaré bemerkte, daß er heute beruhigende Nachrichten aus Marrakesch erhalten habe.

Barthou wies nochmals die Angriffe Jaurès zurück, worauf zur Abstimmung geschritten wurde.

Der Gesetzentwurf betr. den Marokkoprotektorsvertrag wurde darauf mit 480 gegen 79 Stimmen angenommen; gegen den Vertrag stimmten nur die Sozialisten und einige Radikale.

### Verurteilung eines deutschen Spions.

Leipzig, 30. Juni. Das hiesige Gericht verurteilte den Deutschen Verghoff aus Essen (Ruhr) wegen Spionage zu einem Jahre Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe.

### Französische Schreckensjustiz in Tunis.

Tunis, 30. Juni. Das Urteil in dem Prozeß wegen der Aufregungen auf dem mohandantischen Friedhofe im November letzten Jahres lautet gegen 7 Angeklagte auf Todesstrafe, gegen 5 auf Zwangsarbeit von 5 bis zu 20 Jahren, gegen 20 auf Gefängnisstrafen. 86 Angeklagte wurden freigesprochen.

## Belgien.

### Ein schrecklicher Konflikt.

Man schreibt uns aus Brüssel: In den gewissen politischen Kreisen, wo man sich weniger um die gemeinen Möglichkeiten der Politik als um die Geste und Raffinement der Diplomatie kümmert, hielt man diese Woche erschreckt den Atem an. — Das Grenadierregiment, in dem der frühere wie der jetzige König, wenn man so sagen darf, „Gedient“ haben, feierte seinen 75jährigen Zustand. Zu den Jubiläumfeierlichkeiten kam zwar der König, aber — man denke! — nicht der Kriegsminister. Wenn eine so unangenehme Unterlassung sich fundig, müssen dafür tiefgründige Ursachen vorhanden sein. Man sprach auch bereits von einer Demission. . . . Aber Gott sei Dank, so weit ist es doch nicht gekommen. Man begnügte sich mit offiziellen Notizen und Kommentaren der „Affäre“, deren Kern wir hiermit enthüllen wollen. Anlässlich der Einberufung der drei letzten Jahr-

gänge am Tage nach der Wahl haben sich Kieferbissen bei einigen Regimentern „Demonstrationen“ hingegeben und Miße ausgelassen, die von geringer Begeisterung für die ihnen zugedachte Rolle der klerikalen Ordnungsbereiter zeugend haben sollen. Auch in dem erwähnten Regiment sollen sich solche Vorfälle zugetragen haben. Der Kriegsminister, hieß es in einer der offiziellen Notizen, habe an den König geschrieben, er halte es unter diesen Umständen für „inopportun“ — ein herrlich diplomatisches Wort! —, an den Jubiläumfeierlichkeiten teilzunehmen. Undiplomatisch ausgedrückt, meinte natürlich der General, man muß doch diesen respektlosen Kerlen zeigen, wer man ist und wer sie sind. Na, kurz, der General ging nicht hin. Der König, hieß es, hätte dagegen den General wissen lassen, daß er die erwähnten Vorfälle nicht tragisch nehme und daß sie ihn nicht hindern werden, dem Regiment eine Freundschaft zu erweisen. Und so kam es, daß der Minister zu Hause blieb und Albert festlich in die Grenadierkaserne fuhr. Sehr nett war auch noch die offiziöse Schlussszene, wonach der Kriegsminister eigentlich nur darum nicht zu dem jubelnden Grenadierregiment ging, weil der Jubiläum in den Regimentern so viele sein werden, daß er schlechthin nicht alle mit seiner Gegenwart beglücken könnte! Um aber keine Mißstimmung zu schaffen, werde er keine der Festlichkeiten besuchen. Es ist zwar in dem ganzen Jahr kein Regimentsjubiläum angekindigt, aber in der Diplomatie spielen solche kleinen Abweichungen von der Wirklichkeit keine Rolle. Die Hauptfrage ist, daß der Kriegsminister aus der „Affäre“ keinen „Kriegsfall“ gemacht hat. Der König war bei den jubelnden Grenadiern, der Minister bleibt — mit einem Wort: man atmet auf. . . .

## England.

### Der Tod Enoch Edwards.

London, 29. Juni. (Fig. Ver.) Gestern starb in Southport im 80. Lebensjahr der Präsident der Vergarbeiterföderation Großbritanniens, Enoch Edwards. Mit ihm schied ein einer der letzten der älteren Führer der britischen Vergarbeiter, denen, was man auch immer in bezug auf ihre Fehler und Gebrechen sagen mag, jedenfalls das Verdienst nicht abgesprochen werden kann, die Baumeister einer mächtigen und stolzen Arbeiterorganisation gewesen zu sein. Edwards war einer der tüchtigsten, aufrichtigsten und liebenswürdigsten Vertreter der alten Trade-Unionisten. Im Jahre 1852 in einem Vergarbeiterdorf in Staffordshire geboren, mußte er schon als neunjähriger Knabe in der Grube arbeiten und die Spuren dieser harten Arbeit trug er seinem Körper bis zum Lebensende an. Durch Fleiß und Ausdauer gelang es ihm, seinen Geist durch Selbststudium zu bilden, und seine geistigen Fähigkeiten und hohen Charaktereigenschaften veranlaßten seine Kameraden bald, ihn zum Kontrollkomiteeglied zu ernennen, eine Etappe, die alle britischen Vergarbeiterführer durchlaufen müssen. Schon im 25. Lebensjahre wählte man ihn zum Sekretär des Vergarbeiterverbandes seiner Grafschaft und etwas später wurde er Mitbegründer des mittel-englischen Vergarbeiterverbandes. Auch war er einer der Gründer der Vergarbeiterföderation Großbritanniens im Jahre 1889, deren Vorsitzender er im Jahre 1904 nach dem Tode von P. J. B. wurde. Nicht minder bedeutend war seine Mitwirkung bei dem ersten internationalen Vergarbeiterkongreß, der im Jahre 1890 von den britischen Vergarbeitern nach Jolimont in Belgien einberufen wurde. Vom Jahre 1904 an war Enoch Edwards Vorsitzender der internationalen Vergarbeiterföderation. Am öffentlichen Leben nahm er seit den achtziger Jahren regen Anteil. In der Stadt Wurslem (Staffordshire) wurde er zum Mitglied der Schulbehörde, des Gemeinderats und schließlich zum Bürgermeister gewählt. Im Jahre 1906 kam er ins Parlament, wo er die Führung der Gewerkschaftsgruppe der Arbeitervertreter übernahm. Die Mitglieder dieser parlamentarischen Gruppe waren meist Vergarbeiter, und als die Vergarbeiterföderation im Jahre 1909 auf Betreiben ihrer sozialistischen Mitglieder beschloß, sich der Arbeiterpartei anzuschließen, ging diese Gruppe ein.

In der Politik gehörte er wie fast alle seine Kollegen dem Liberalismus an und in gewerkschaftlichen Dingen der alt-unionistischen Schule. Er war ein alter Kämpfer, der die Lust am Kriege verloren und mehr auf friedlichem Wege zu erreichen hoffte. In den Verhandlungen mit den Unternehmern handelte er nach den Aussagen aller Vergarbeiterführer stets sehr geschickt. Aber mehr noch als seine Tüchtigkeit im Rate gewann ihn sein freundliches Wesen, seine Kunst, Streitereien zu schlichten und vor allen Dingen seine offenkundige Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit das Vertrauen der Vergarbeiter. Es ist ein netter Kommentar zu der Ansicht der Spießbürger, daß Streiks die Interessen der Gewerkschaftsbeamten fördern, daß Enoch Edwards einer Krankheit unterlegen ist, die er sich während des letzten Vergarbeiterstreiks in den Strapazen des Kampfes zugezogen. Stand der Verkorbene der modernen Arbeiterbewegung auch nicht nahe, hielt er auch an dem Ueberlieferten fest, so wird die Arbeiterbewegung diesen alten christlichen Kämpfer dennoch nicht vergessen.

## Portugal.

### Wieder ein monarchistischer Putschversuch.

Paris, 1. Juli. Nach einer Wittermeldung aus Lissabon versuchten die Monarchisten bei Barcellos in Nord-Portugal eine Erhebung. Truppen schritten ein und machten von der Waffe Gebrauch, wobei mehrere Personen erschossen, andere verletzt wurden.

## China.

### Der neue Premierminister.

Peking, 30. Juni. (Meldung des Pekingischen Bureaus.) Der Minister des Äußeren Lu Tschengchien wurde zum Premierminister ernannt. Die Kabinettsbesprechung hat die Ernennung mit 74 gegen 10 Stimmen bestätigt. Dies wird als Beweis dafür angesehen, daß die Macht der Partei Tangschahis im Abnehmen begriffen ist.

## Amerika.

### Die Kauferei um die demokratische Kandidatur.

Baltimore, 30. Juni. Der demokratische Konvent vertagte gestern abend 11 Uhr seine Sitzung auf Montag, nachdem 28 Abstimungen keine entscheidendes Resultat ergeben hatten. Beim letzten Wahlgang erhielten Champ Clark 407 und Wilson 405 Stimmen. Mehrere Delegierte von Maryland stimmten für Wilson. Die Vertagung erfolgte auf die Nachricht hin, daß Champ Clark nach Baltimore unterwegs sei, und in der Befürchtung, daß er im Konvent zu reden versuchen würde, um sich gegen Urban zu verteidigen, der gestern morgen erklärt hatte, die Zunahme der Stimmen für Clark sei nur dem Eintreten Warphs, dem Vertreter der kapitalistischen Interessen, zu verdanken.

Baltimore, 1. Juli. Die Versuche der demokratischen Führer, sich auf einen Kandidaten zu einigen, sind bisher erfolglos geblieben. Es herrscht die größte Erbitterung infolge der Feindseligkeit zwischen Clark und Bryan. Ueber Bryans Verhalten verläutet Bryan habe Belmont und die Abantreuer in Einberufung mit den Anhängern Roosevelts angegriffen. Die Teilnehmer des Konvents fangen bereits an, denselben zu verlassen.



# Gewerkschaftliches.

## Ein offenes Geständnis.

Bei einem staats- und rechtswissenschaftlichen Fortbildungskursus, der vor kurzem in Jena stattfand, an dem aber, infolge des 10 Mark betragenden Honorars, nur Juristen und Verwaltungsbeamte teilnehmen konnten, wurde ein für die Arbeiterbewegung wichtiges Geständnis in bezug auf die freien Gewerkschaften abgegeben. Und nicht etwa das ein oder zwei Worte, sondern es war der Syndikus des Verbandes Thüringer Industrieller Dr. Stapff aus Weimar, der in einem Vortrage über die thüringische Industrie auf die Arbeiterverhältnisse zu sprechen kam und über die freien Gewerkschaften folgendes Urteil abgab:

Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen. Die christlichen oder kirchlich-ökonomischen Gewerkschaften spielen eine ganz unbedeutende Rolle. Und man muß es den Führern der freien Gewerkschaften lassen, sie verstehen mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitssollegen zu vertreten und — das weiß ich aus eigener Erfahrung — sie nehmen bei den Verhandlungen auch Rücksicht auf die jeweils herrschende wirtschaftliche Lage in den in Frage kommenden Berufsgruppen und zeigen sich in der Regel auch als tüchtige Kenner derselben.

Was der Syndikus Dr. Stapff sagt, ist ja allgemein bekannt; aber in einer Zeit, in der ein großer Verleumdungsfeldzug gegen die freien Gewerkschaften ins Werk gesetzt wird, ist es doppelt angebracht, dieses Urteil in weiteste Kreise zu tragen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Organisationsfeindschaft der Berliner Paketfahrtgesellschaft.

Wie leicht begreiflich, hat die Tatsache, daß die Direktion der Paketfahrtgesellschaft an den Anschlagläufen nach unorganisierten Leuten suchte, bei der Kundschaft des Unternehmens hier und da Bedenken erregt, und es ist nicht zu verwundern, daß bei der Direktion Anfragen eingingen über ihre organisationsfeindliche Haltung, und ihr mehr oder minder deutlich gesagt wird, daß man unter solchen Umständen wohl auf die weitere Geschäftsverbindung mit der Paketfahrtgesellschaft verzichten müsse. So vermerkt und tadelnd diese Organisationsfeindschaft selbst ist, und so unschöne Mittel die Direktion auch anwendet in dem Kampf gegen den Transportarbeiterverband, muß es doch immerhin gesagt werden, daß sie in einem Fall eine durchaus unzweideutige Antwort auf solche Anfragen gibt. Und liegt in dieser Hinsicht nachstehendes Schreiben vor, das einem Kunden zugegangen und vom 25. Juni 1912 datiert ist:

Auf Ihre Zuschrift vom 22. ca. teilen wir Ihnen höflichst mit, daß wir seit jeher nur unorganisierte Arbeiter beschäftigen und Ihnen diese Tatsache bei der jahrelangen Verbindung mit uns eigentlich nicht unbekannt geblieben sein kann.

Wir würden es lebhaft bedauern, wenn dieser Umstand von nachteiligen Einfluß auf die bisherige angenehme Verbindung sein würde, da wir unseren Standpunkt nicht verlassen können, und zeichnen

Hochachtung  
Berliner Paketfahrt-Gesellschaft  
Starke u. Co.

Wenn wir am Sonnabend mitteilten, daß die Direktion nach ihrer eigenen Bekundung einen Mann entlassen hat, weil er erklärt hatte, daß er den Austritt aus der Organisation nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne, und wenn wir daran die Bemerkung knüpfen, daß die Gesellschaft statt der rechtschaffenen Leute, die sie entläßt, vielleicht Subjekte bekommen könnte, welche sie wegen allzu großer Gewissenlosigkeit dem Staatsanwalt überliefern müßte, so scheint das jetzt schon eingetroffen zu sein. Wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, hat die Direktion zwei neugestellte, unorganisierte Leute verhaften lassen, weil sie auf dem Boden, wo der Gesellschaft anvertraute Gepäcksstücke aufbewahrt werden, einige Koffer allzu gründlich „revidierten“ und dabei erwischt wurden, als sie sich ein Paar Postriefel, die scheinbar aus dem Koffer eines Offiziers stammten, aneigneten. — Wenn die Sache so steht, und die Gesellschaft fortfährt, ihre altbewährten und ehrlichen Leute zu entlassen, statt dessen bei der Neueinstellung ihr Hauptaugenmerk nur darauf richtet, daß sie unorganisierte erhält, dann darf sie sich nicht darüber wundern, wenn schließlich auch bei solchen Kunden, die der Arbeiterbewegung fernstehen, Bedenken aufkommen, ob es noch zweckmäßig ist, mit einem solchen Unternehmen in Geschäftsverbindung zu bleiben.

### Tariffbewegung der Dachdecker.

Die Dachdecker stehen in einer Tariffbewegung. Wie Gornitz in einer überfüllten Versammlung, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus stattfand, mitteilte, waren die Forderungen der Arbeitnehmer die denkbar höchsten und beschränkten sich, unter Verzichtleistung auf Lohnerböschung und Arbeitszeitverkürzung darauf, die zurzeit bestehenden Tarife noch auf einige Jahre zu verlängern. Die Unternehmer hatten aber einen Vertrag ausgearbeitet, der ganz erhebliche Verschlechterungen aufwies. Auf die Forderungen der Arbeiter wollten die Herren nicht eingehen. Die Bedingungen, die sie bei den Verhandlungen aufstellten, waren so, daß die Arbeitnehmer dieselben ablehnen mußten. Die Verhandlungen wurden daraufhin seitens der Unternehmer brüskel abgebrochen, auch lehnten sie es ab, vor dem Einigungsamt, das die Arbeiter angerufen hatten, zu erscheinen. Das Verhalten der Unternehmer geht offenbar dahin, die Entzweiung zu bezwecken, um die Dachdecker in die große Bewegung hineinzuziehen, die im nächsten Jahre das Bauwesen ergreifen wird, wo sämtliche Tarife abfallen. In der Öffentlichkeit haben die Unternehmer ein hohes Ernährungsbild verbreitet, um den Anschein zu erwecken, als hätten die Arbeiter unerfüllbare Forderungen gestellt. In Wirklichkeit sind, wie gesagt, keine Forderungen in bezug auf Lohnerböschung und Arbeitszeitverkürzung erhoben. Die Sachlage ist nun derart, daß im Berliner Dachdeckerberuf seit gestern tariflos gearbeitet wird.

Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution mit übergroßer Majorität angenommen:

Die heutige Versammlung beauftragt die Tariffkommission, gemeinschaftlich mit dem Vorstände die Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, bei dem bevorstehenden, unausbleiblichen Kampfe die Interessen der Berliner Kollegen zu wahren.

Achtung, Maler und Lackierer! Die zum überwiegen den Teil im Verband der Maler, Lackierer, Aufstreicher usw. organisierten Lackierer und Aufstreicher der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Eckert, Berlin-Friedrichshagen, sind in einen Abwehrkampf eingetreten. Veranlassung hierzu waren die fortgesetzt stattfindenden Reduzierungen der Akkordpreise, welche einen angemessenen Verdienst durchaus nicht mehr zulassen. Die Abzüge haben eine solche Erbitterung in den Kreisen der in Frage kommenden Arbeiter hervorgerufen, daß selbst die Mitglieder des Werkparates sich mit ihren heiligeren beruflichen Berufsgenossen solidarisch erklärt haben. Die Firma ist nun hieblos demütigt. Unzweifelhaft herauszugeben, und gewissermaßen auf die „hohen Verdienste“, die bei ihr erzielt werden. — Um keine Rippenstöße auszulassen, sei mir daran verzeihen, daß selbst Durchschnittsverdienste von 47 Pf. pro Stunde zu verzeichnen waren. Es bedarf keiner besonderen Beweiskführung, daß diese Löhne durchaus keiner weiteren Reduzierung standhalten können. Dieses tritt um so mehr in die Erscheinung, als in anderen Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutend bessere sind und selbst bei den Kleinrentnern des Lackierergewerbes die tariflich festgelegten Stundenlöhne auf 65 Pf. pro Stunde bemessen sind.

Die ausständigen Arbeiter fordern nur, daß die bisherigen Akkordlöhne aufrecht erhalten bleiben. Demnach sind alle anderen Nachfragen, die das Gegenteil besagen, als freie Erfindung zu betrachten und darauf angelegt, die Streikenden gegenüber der Öffentlichkeit zu verächtigen.

Alle Arbeitsangebote der Firma Eckert sind deshalb streng zurückzuweisen.

Verband der Maler und Lackierer.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin. Dem Zigarrenhändler Crag, Waldemarstr. 29, ist neuerdings das grüne Plakat wieder übermittelt worden. Dasselbe mußte ihm seinerzeit abgenommen werden, weil E. von dritten Personen hinsichtlich der Tarifüberlässigkeit seiner Bezugsquellen irreführend worden war.

Das Verbandsbureau der Tabalarbeiter gibt in Zweifelsfällen gern und schnellstens Auskunft und werden dadurch für Händler unliebsame Weiterungen von vornherein zur Unmöglichkeit gemacht.

Arbeiter, Parteigenossen! Fragt überall, wenn Ihr Zigarren kauft in Geschäften, Kantinen, Gastwirtschaften, nach den grünen Plakaten, unterschrieben Alwin Schulze.

Der Vertrauensmann der Tabalarbeiter.  
Deutsches Reich.

Der Streik der Dachdecker in Münster (Westfalen) ist erfolgreich beendet. Nach dreiwöchiger Dauer bequamen sich die Unternehmer endlich zu Verhandlungen, deren Ergebnis ein Tarifvertrag ist, nachdem der Lohn der Gehilfen ab Juli 1912 auf 65, ab April 1913 auf 68 Pf. bemessen ist. Hilfsarbeiter erhalten pro Stunde 10 Pf. weniger. Die sonst in den Verträgen vorgesehenen Zulagen wurden gleichfalls angenommen. Bisher schwankte der Lohn zwischen 45 und 60 Pf., die Erhöhung beträgt also durchschnittlich 8 Pf. pro Stunde. Der Vertrag gilt ausnahmsweise bis 31. März 1915. Diesen schönen Erfolg verdanken die Dachdecker dem Umstand, daß nicht ein einziger abgesprungen ist.

### Erfolgreich beendete Lohnbewegung in den Kölner Brotfabriken.

Die im Zentralverband der Bäcker und Konditoren organisierten Bäckerarbeiter in den Brotfabriken unterbreiteten Ende April der Kölner Ortsgruppe des Brotfabrikantenverbandes eine Tarifvorlage, in welcher die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gefordert wurde. Erst Ende Mai kam an die Bezirksleitung des Zentralverbandes die Nachricht, daß die Unternehmer infolge der schwachen Organisation der Gehilfen mit den Vertretern des Zentralverbandes nicht unterhandeln. Nachdem die Arbeitervertreter bei den einzelnen Fabrikanten persönlich vortrefflich geworden, bequamen sie sich, ohne in Unterhandlungen einzutreten, zu der Bekanntmachung, daß der Mindestlohn auf 28 M., steigend nach dreijähriger Beschäftigungsdauer auf 30 M., festgesetzt werde; veranwortliche Arbeiter sollten 1 bis 3 M. mehr erhalten. Ueberstunden werden mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt, davon von einem bis sechs Tage sollen gewährt, die Arbeitszeit aber in der bisherigen Weise beibehalten werden. Wenn es auch der Organisation diesmal nicht gelungen ist, in ein Vertragsverhältnis zu kommen, so ist immerhin durch dieses Angebot, das auch von den Arbeitern angenommen wurde, ein nicht zu unterschätzender Erfolg gegenüber den seitherigen Verhältnissen zu verzeichnen.

Außerdem ist es dem Zentralverband gelungen, mit zwei Firmen Tarifverträge abzuschließen und beträgt hier der Mindestlohn pro Woche 30 M. Insgesamt kommen 114 Arbeiter in Betracht, für welche durch die Bewegung im Durchschnitt das wöchentliche Lohn Einkommen um 2 M. erhöht wurde.

Eine schmutzige Rolle spielte die christliche Zentrumsgewerkschaft, die in sämtlichen Betrieben nur gewisse Mitglieder beschäftigt. Als in einer öffentlichen Versammlung die Leitung des freien Verbandes beauftragt worden war, dem Unternehmerverband Forderungen zu übermitteln, erklärten die Christenführer, sie werden sich an der Bewegung nicht beteiligen. Als aber die Fabrikanten Unterhandlungen ablehnten, schrieb der „Lokalanzeiger“ — ein Ableger der „Kölnischen Volkszeitung“ —, daß der sozialdemokratische Verband in seinem Größtenwahn alle in die Forderungen eingereicht habe. Die den Zentrumsgewerkschaften nahestehende Presse hätte gern gesehen, wenn die Arbeiter bei dieser Bewegung unterlegen wären; daß es anders gekommen ist, haben die Bäckerarbeiter ihrem solidarischen Vorgehen im Zentralverband der Bäcker und Konditoren zu verdanken.

### Ausland.

#### Stieg der spanischen Eisenbahner.

Genosse Pablo Iglesias schreibt uns aus Madrid: Der spanische Eisenbahnerverein (Union Ferroviaria de Espana) hat, obgleich er erst vor drei Jahren gegründet wurde, einen bedeutenden Sieg errungen. Bisher hat diese Organisation nur drei oder vier kleine Streiks erklärt, in denen sie auch siegreich war. Die Eisenbahnkompanie von Andalusien hat, wie andere Gesellschaften in Spanien und außerhalb, eine Angestelltenstiftung, deren angeblicher Zweck die Unterhaltung der Beamten ist, die aber in Wirklichkeit ihnen von großem Nachteil war insofern, als zwar alle Beamten einen Beitrag zu zahlen hatten, aber nur einigen von ihnen eine armeneliche Pension gesichert wurde. Der Feldzug der Eisenbahner gegen diese Stiftung ist seit dem Tage, an dem sie sich organisiert haben, ununterbrochen geführt worden. Ihr Wunsch und ihr Bestreben war die Vernichtung der Stiftung. Zu diesem Zwecke veröffentlichten sie in ihrem Organ „La Union Ferroviaria“, einer monatlichen Zeitschrift, zahlreiche Artikel und hielt Versammlungen ab. Die Vernünftigkeit ihrer Forderungen lag derart auf der Hand, daß der gegenwärtige Minister der öffentlichen Arbeiten es als nötig erachtete, eine Anordnung zu veröffentlichen, wonach diese Stiftung dem Gesetze über die Versicherungsgesellschaften angepaßt werden sollte, welches bestimmt, daß den Beamten, die ihr nicht mehr angehören wollten, ihre Beiträge zurückzuerstatten seien, und daß in den Stiftungsvorstand eine Vertretung der Arbeiter, die der Stiftung noch angehören wollten, aufgenommen sei.

Die Eisenbahngesellschaft sah in dieser Anordnung des Ministers einen, wenn auch nicht vollständigen, Sieg der Arbeiter, verzögerte ihre Ausführung und teilte endlich den Arbeitern mit, daß sie der Anordnung nicht folgen wollte. Angesichts einer solchen Haltung meinten die andalusischen Eisenbahner, daß die Zeit gekommen wäre, die größte Anstrengung zu machen, um der Stiftung den Karos zu machen. Einstimmig entschieden sie sich für den Streik, wenn die Stiftung nicht aufgelöst würde. Die Eisenbahner wollten jedoch den Streik geschwählig erklären, und gaben der Gesellschaft eine achtstägige Frist.

Weder die Gesellschaft noch die Regierung machten sich über die Entscheidung der Eisenbahner Sorge. Sie dachten nicht, daß die 7000 andalusischen Eisenbahner alle spanischen Eisenbahner zu sich hinüberziehen könnten. Infolge ihrer Sorglosigkeit versäumte sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung, irgendwelche Maßnahmen zu treffen oder Verhandlungen mit den Arbeitern anzubahnen, um den drohenden Streik zu vermeiden.

Die Gesellschaft glaubte nicht, daß die Eisenbahner geschlossen in den Streik eintreten würden, und hoffte deswegen, daß die Arbeiter eine vollständige Niederlage erleiden würden. Die Regierung glaubte, was die Gesellschaft ihr sagte, und freute sich im voraus auf die Niederlage der Sozialisten, die die Eisenbahner geführt, und am meisten für deren Organisation gearbeitet hatten.

Die Eisenbahngesellschaft und die Regierung erhielten eine ungenügende Heberholung sowie eine ungeheure Entehrung. Beim Ablauf der Frist, welche die andalusischen Eisenbahner der Eisenbahngesellschaft gesetzt hatten, traten alle Eisenbahner wie ein Mann in den Streik, und da sie übereinstimmend waren, welche Wirkung solche Tat zur Folge haben müßte, zeigten sie eine bewundernswürdige Ordnung. Die Eisenbahngesellschaft konnte nur mit Hilfe einiger unorganisierter Eisenbahner sowie höherer Beamten ihren Betrieb auf einigen Linien aufrechterhalten. Daß

die Regierung sich sofort nach Erklärung des Streiks als besiegelt betrachtete, beweisen zwei Tatsachen. Sie ließ die seit zwei Wochen mit den Streikenden an. Und obgleich die Regierung sonst in allen Streiks von Bedeutung willkürlich gegen die Arbeiter gehandelt hat, wurde in diesem Falle keine Gewalttätigkeit von ihr begangen. Sie konnte sich eben durch die Manifestationen von Eisenbahnern in anderen Gegenden leicht überzeugen, daß das Gefühl der Solidarität unter den Eisenbahnern groß war, und daß, wenn der Streik nicht bald zu Ende käme, er zu einem allgemeinen Streik werden konnte.

Die Regierung versuchte natürlich, die Niederlage der Gesellschaft etwas zu vermindern; aber die Entschlossenheit der Streikenden verschlimmerte die Lage der Regierung und der Gesellschaft immer mehr, so daß nach einigen Tagen die Regierung die Gesellschaft veranlaßte, sich zu unterwerfen und die Auflösung des Streiks vorzunehmen.

Diese Auflösung sollte von der Regierung durch eine ministerielle Anordnung garantiert werden. Diese Anordnung wurde sofort nach Beendigung des Streiks veröffentlicht. Ihre Hauptpunkte lauten wie folgt:

„In Uebereinstimmung mit der Generalversicherungskommission wird die von der Andalusischen Eisenbahngesellschaft gegründete Lebensversicherungsanstalt aufgelöst.“

Diejenigen Beamten, die schon für sich oder deren Witwe oder Waise eine Pension erhalten, werden gemäß Artikel 23 behandelt.

Den anderen Beamten werden alle von ihnen geleisteten Beiträge mit Zinsen zurückerstattet.

Der Rest bleibt zur Verfügung der Gesellschaft, die ihn zugunsten ihrer Beamten verwenden soll, und zwar in einer nachträglich zu bestimmenden Weise.“

Die Eisenbahner werden bei dieser Liquidation eine Vertretung von drei ihrer Kollegen haben.

Der Sieg der spanischen Eisenbahner wird von allen organisierten Arbeitern dieses Landes als der ihre betrachtet. Seine Wirkungen müssen bedeutend sein für alle, die gegen die Ausbeutung durch Unternehmer zu kämpfen haben.

Für die Eisenbahner bedeutet dieser Sieg eine Stärkung und Vermehrung ihrer Organisation, die erst vor drei Jahren gegründet wurde und dabei schon 60 000 Mitglieder zählt.

Auch für die übrigen spanischen Arbeiter bedeutet dieser Sieg eine Stärkung ihrer Organisation, so daß die Unternehmer mit ihnen nicht mehr so hochmütig und tyrannisch zu verfahren versuchen wie bisher. Die Zeit der Abrechnung des spanischen Proletariats mit seinen Ausbeutern nähert sich.

## Letzte Nachrichten.

### Die französische Wahlreform.

Paris, 1. Juli. (B. L. V.) Die Deputiertenkammer setzte im weiteren Verlauf der Nachmittagsitzung die Beratung über die Wahlreform fort. Artikel 1, durch den der Zusatzartikel gebildet wurde, wurde endgültig angenommen. Dann wurde Artikel 1, der früher zurückgestellt worden war, genehmigt. Der erste Teil davon, der festsetzt, daß die Deputierten durch Listenwahl zu wählen sind, wurde mit 500 gegen 42 Stimmen, der zweite Teil, der die Vertretung der Minderheiten vorsieht, mit 452 gegen 71 Stimmen und der ganze Artikel mit 510 gegen 77 Stimmen angenommen. Darauf wurde die Beratung auf morgen vertagt und die Sitzung aufgehoben.

### Die englische Regierung will nicht vermitteln.

London, 1. Juli. (B. L. V.) Im Laufe der Beratung im Unterhause über die von der Arbeiterpartei eingebrachten Resolution, in der die Regierung dringend aufgefordert wird, eine Zusammenkunft der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, die bei dem Londoner Postarbeiterstreik in Frage kommen, zustande zu bringen, erklärte Premierminister Asquith, er könne an einen derartigen Schritt nicht denken. Eine Intervention der Regierung in dieser Angelegenheit würde gegenwärtig weder unter den vorliegenden Verhältnissen noch ratsam sein. Er glaube jedoch, daß es im Interesse der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit wünschenswert sei, wenn vor oder nach der Wiederaufnahme der Arbeit eine Zusammenkunft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stattfinden würde.

### Lärmjenen in der türkischen Kammer.

Konstantinopel, 1. Juli. (B. L. V.) Der Saal war dicht gefüllt, der Kriegsminister und der Marineminister sind anwesend. Der Berichterstatter legt die Motive zu dem Gesetzentwurf, durch den den Offizieren die Beschäftigung mit der Politik verboten wird, dar. Die Kommission habe noch eine Bestimmung hinzugefügt, wonach die Offiziere auch keine politischen Artikel schreiben dürfen. Sodann ergriff der Kriegsminister das Wort zu längeren Ausführungen. Er gab eine geschichtliche Darstellung der Wiederherstellung der Verfassung und bemerkte, die Armee habe sich, um das Werk des Komitees zu unterstützen, mit Politik befassen müssen. Das Mitglied der Entente liberale Ali Ghali verlangt den Aufschub des Gesetzes, da dessen Ausführung im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei. Man müsse zunächst nach den Gründen der Desertionen von Konstantinopel forschen. Als Redner vom Komitee sprach, das sich der Offiziere bedient habe, um zu herrschen, entstand ein großer Lärm. Es wurden heftige Protestrufe laut, eine Anzahl Abgeordneter wollten nicht zulassen, daß der Redner die Beleidigungen der Armee fortsetze, weshalb der Präsident den Redner unterdrückte und die Kammer aufzuforderte, dem Redner den Tadel auszusprechen und ihn nicht weiter reden zu lassen. Der Redner wurde genötigt, von der Tribüne herabzusteigen. Die Kammer beschloß hierauf mit großer Mehrheit den Schluß der Generaldebatte.

### Schlägerei auf dem demokratischen Konvent.

Baltimore, 1. Juli. (B. L. V.) Bryan stand heute im Mittelpunkt einer großen Lärmjenge. Die Delegierten von Missouri versuchten ein Banner mit dem Bild des Clarks Bryan vor das Gesicht zu halten. Eine schreiende und drängende Menge umzingelte Bryan, der das Banner entrückte zurückließ und die Plattform bestieg. Es herrschte ein Höllelärm. Alle Anwesenden schrien stehend durcheinander. Einige Delegierte zogen an eine Schlägerei. Auch die 33. Abstimmung blieb ergebnislos. Clark erhielt 447, Wilson 477 Stimmen.

### Ein Millionendefraudant verurteilt.

Augsburg, 1. Juni. (B. L. V.) Der ehemalige Produkt- und stellvertretende Direktor der Filiale Augsburg der Bayerischen Diskont- und Wechselbank Friedrich Depler, der am 12. September 1911 nach Unterschlagung von einer Million flüchtig und am 4. Oktober 1911 in Aßen verhaftet wurde, wurde heute von der 1. Strafkammer des Landgerichts Augsburg unter Jubelstimmung mildernden Umständen zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

### Eisenbahnunfall in Belgien.

Brüssel, 1. Juli. (B. L. V.) Auf dem Bahnhof von Tielmont ist ein von Lüttich kommender Personenzug mit einem nach Tongres abgehenden Zuge zusammengestoßen. Etwa zehn Personen wurden leicht verwundet. Der Materialschaden ist beträchtlich.



Zur Aenderung des Organisations-Statutes.

In vier Artikeln behandelt in der „Bremer Bürgerzeitung“ Konrad Hänisch den Entwurf des neuen Organisationsstatutes der Gesamtpartei. Genosse Hänisch kommt in seiner des reichhaltigen historischen Materials wegen sehr lesenswerten Artikelserie zu einer Ablehnung der entscheidenden Punkte des Entwurfs. Einzig der Erhöhung des Monatsbeitrages steht er nicht ablehnend gegenüber, wenn ihm auch die Einführung eines einheitlichen Wochenbeitrages von 10 resp. 5 Pf. sympathischer erscheint.

Ueber die Beschränkung des Rechtes unserer Reichstagsabgeordneten, mit Sitz und Stimme an den Beratungen des Parteitag teilzunehmen, schreibt Hänisch: „... Es muß der Gefahr vorgebeugt werden, daß der eine oder der andere unserer Parlamentarier sich ganz in das Getriebe des bürgerlichen Parlamentarismus einsperrt. Er muß mit dem geistigen Leben der Partei und den in ihr herrschenden Stimmungen, wie sie sich gerade auf den Parteitagen dokumentieren, stets in enger Fühlung bleiben. Durch eine bloße Delegation der Fraktion würde das aber durchaus nicht erreicht. Sehen wir doch nur einmal den ja sehr nahe liegenden Fall, der Parteitag dieses Jahres in Chemnitz empfände das lebhafteste Bedürfnis, sich etwa mit den Genossen Koste und Südekum wegen ihrer Haltung in der Budgetkommission zur Frage der China-Kredite recht gründlich zu unterhalten oder er fühle etwa das Bedürfnis, den Genossen Dr. Landsberg zur Rechenschaft zu ziehen wegen seiner diplomatischen und auch sonst völlig ungehörigen monarchistischen Demonstration am Schluß der jüngsten Reichstagsabgeordnetenversammlung. Wer garantiert nun aber dafür, daß gerade diese Genossen zur Fraktionsdelegation gehören würden, falls solche Bestimmungen heute schon in Kraft wäre? Und derartige Fälle würden sich jedes Jahr ereignen! Daß der Parteitag solche Abgeordnete, die er vor sein Forum zu ziehen wünscht, etwa selbst im letzten Augenblicke durch besonderen Beschluß telegraphisch ladet, ist natürlich kein brauchbarer Ausweg und ließe sich auch keineswegs immer praktisch ermöglichen. Also: mit der Delegation ist es nichts!“

Rum aber die Mehrheit der Redakten! Daß bei der heutigen Stärke der Fraktion mit der Gefahr einer Ueberschwemmung des Parteitag durch Reichstagsabgeordnete gerechnet werden muß, ist gar nicht zu bestreiten. Genosse Hänisch erörtert nun das Stärkeverhältnis der Reichstagsfraktion auf den verschiedenen Parteitagen und fährt dann fort: „Eine ideale Lösung aller hier vorliegenden Schwierigkeiten ist schlechterdings nicht zu finden. Und so bleibt uns denn nichts anderes übrig, als unseren schon 1906 gemachten Vorschlag, der damals allerdings keine Gegenliebe fand, zu wiederholen: man gewöhne der Fraktion nach wie vor auf den Parteitagen das Sprechrecht, nehme ihr aber das Stimmrecht auch in allen nichtparlamentarischen Fragen. Dadurch würde das eine erledigt werden, daß wenigstens in den Abstimmungen nicht die große Stimmzahl der Fraktionsmitglieder den Ausschlag nach der einen oder nach der anderen Seite hin geben könnte.“

Wie gesagt: wir wissen selbst, daß dieser Vorschlag, in dem natürlich keinerlei Mißtrauensvotum gegen die Fraktion liegen soll, keine ideale Lösung der höchst komplizierten Frage darstellt. Nach Abwägung alles Für und Wider erscheint er uns aber doch als der zurzeit geeignetste Ausweg.“

Ueber den die Neuregelung der Kontrollkommission behandelnden § 23 heißt es: „Wenn die Kontrollkommission auch Beschwerdeinstanz bleiben soll für Beschwerden gegen den Parteivorstand, die auch aus seinem Aufsichtsbereich über die Haltung der Parteipresse erwachsen, so läßt doch die neugewählte Fassung, daß die Kontrollkommission künftig nur noch die Verwaltung des Parteivorstandes kontrollieren soll (während es früher hieß, daß ihre Aufgabe die Kontrolle der Verwaltung des Parteivorstandes sei) — so läßt, sagen wir, diese neue Fassung doch keinen anderen Eindruck aufkommen als den, daß es auf eine Beschränkung der bisherigen

politischen Aufsichtsberechtigten der Kontrollkommission über den Parteivorstand abgesehen ist.“

In seinem vierten Artikel kommt Genosse Hänisch nach einer Darstellung der verschiedenen Ursachen, die zur Forderung des Parteiausschusses geführt haben, über den Ausschuss zu folgendem Urteil:

„Schwierigkeiten könnten sich ergeben aus der in dem neuen Statutenentwurf enthaltenen Unklarheit über die politischen Kompetenzen des Parteiausschusses; diese sind in dem Entwurf keineswegs scharf abgegrenzt und die Gefahr ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, daß der neue Parteiausschuss gelegentlich in die bisher den Parteitagen vorbehaltenen Entscheidungssphäre hinübergreife; daraus könnten sich dann allerlei unliebsame „Fraktionen“ entwickeln. Ein „kleiner Parteitag“ wäre ja, wenn er, wie vorgesehen, mit dem Parteivorstand zusammen tagt, der neue Parteiausschuss ja sowieso: die Körperschaft würde, schon bei der heutigen Besetzung des Parteivorstandes zusammen aus drei und vierzig Personen bestehen — eine Zahl, die jedenfalls der Beweglichkeit und schnellen Entschlußkraft der obersten Parteibehörde nicht gerade zuträglich wäre. Ganz davon abgesehen, daß Statutengemäß, wie gesagt, der Parteiausschuss nur alle Vierteljahre zusammentreten soll, daß also die Gefahr vorliegt, daß wichtige politische Entscheidungen vom Parteivorstand bis zum nächsten Zusammentreten des Parteiausschusses hinausgeschoben werden. Häufige außerordentliche Sitzungen des Ausschusses verbieten sich bei den meist sehr großen Entfernungen von Berlin schon der hohen Kosten wegen. ... Jedenfalls: das, worauf es im vorigen Jahre vor und bei den Jenerer Debatten ankam, die politische Beweglichkeit des Parteivorstandes zu erhöhen, das erfüllt der Organisationsentwurf durchaus nicht — seine Verwirklichung könnte praktisch viel eher das gerade Gegenteil mit sich bringen.“

Unter diesen Umständen hielten wir es für geboten, auf einen dritten im vorigen Jahre laut gewordenen Vorschlag zurückzugreifen, auf jene Anregung, die unmittelbar vor dem Jenerer Parteitag der Genosse Ledebour im „Halle'schen Volksblatt“ gab. Dieser Vorschlag, dessen von Ledebour damals beabsichtigte sofortige, wenn auch nur provisorische Verwirklichung im vorigen Jahre aus Mangel an Zeit zur Vorbereitung und an anderen äußeren Umständen scheiterte, ging dahin, dem Parteivorstand eine Art politischen Beirat an die Seite zu stellen, den der Parteitag aus der Reihe der in Berlin und seiner näheren Umgebung ansässigen bekannten Genossen (Parlamentarier, Redakteure, Schriftsteller usw.) zu wählen hätte. Dieser politische Beirat dürfte natürlich nicht, wie der jetzt vorgeschlagene Ausschuss, nur alle Vierteljahre einmal zusammentreten, er müßte vielmehr an allen nicht rein geschäftlichen Sitzungen des Parteivorstandes teilnehmen und er müßte weiter selbstverständlich auch Beschlusrecht haben. Es wäre unseres Erachtens sonst durchaus am Platze und läge jedenfalls auch im Sinne des damaligen Ledebourschen Vorschlages, wenn der Parteitag etwa sonst einen hervorragenden Gewerkschaftsvertreter in diesen Ausschuss hineinwählte, da in den kommenden großen politischen Kämpfen der Arbeiterklasse zweifellos auch gerade den Gewerkschaften eine hervorragende Rolle zuzufallen wird. ... Neben dem politischen Beirat lasse man, um die durchaus notwendige Verbindung des Parteivorstandes mit den Personen im Lande aufrecht zu erhalten, ruhig die bisherigen informatorischen Sekretäre, Redakteur- und Geschäftsführerkonferenzen fortbestehen, berufe sie auch bei ähnlichen Anlässen, wie es etwa das Stimmabkommen vom letzten Januar war, nach Möglichkeit zusammen und baue die ganze Einrichtung noch weiter statutarisch aus.“

Die Gegenätze in der schwedischen Partei.

Vom Zentralvorstande des schwedischen „Sozialdemokratischen Jugendverbandes“ ist uns eine sehr umfangreiche Zuschrift zugegangen, die sich mit den Artikeln „Die politische Lage in Schweden“ in den Nummern 135 und 136 des „Vorwärts“ beschäftigt. Wir müssen uns aus Raumrücksichten darauf

beschränken, aus dieser Zuschrift nur das wiederzugeben, was mit dem in den Artikeln Befagten in Zusammenhang steht. Der Obmann des Jugendverbandes schreibt u. a.:

Der Artikel verleiht dem Eindruck zu erwecken, als ob der Jugendverband eine Sonderorganisation wäre, die nicht einen Teil der Partei repräsentiere. Wir stellen fest, daß fast sämtliche Jugendverbände auch in der Partei und in den Gewerkschaften organisiert sind; wir stellen fest, daß die führenden Kräfte des Jugendverbandes fast durchweg Vertrauensstellungen in Organisationen besitzen.“

Die Artikel behaupten nun, daß unsere Opposition einen anarchischen Unterton hat, daß unser Verbandsorgan Waffen aus dem anarchischen Arsenal benutzte. In Schweden wurde uns bis jetzt immer vorgeworfen, daß wir „morgensliche Sektierer“ sind! Wie lächerlich der Vorwurf des Anarchismus ist, beweist die Tatsache, daß unser Verband von einer Minorität gebildet wurde, die im Jahre 1903 aus der in das anarchosozialistische Fahrwasser geratenen Jugendorganisation, den „Jungsozialisten“, austrat. Diese war damals so mächtig, daß der Parteivorstand nicht gewagt hat, gegen die „Jungsozialisten“ vorzugehen, ja nicht einmal gewagt hat, unsere sozialdemokratische Jugendorganisation anzuerkennen. Wir waren es, die die anarchischen Bestrebungen bekämpft haben und bekämpfen, wir haben die Allmacht der Jungsozialisten in der Jugend gebrochen, und zwar auf Grund eines klaren sozialdemokratischen Programms, das vom Tage der Gründung bis heute in allem Prinzipiellen unverändert blieb und das — mit Ausnahme der Militärfrage — in allen wichtigen Fragen mit dem Programm der deutschen Partei und dem Erfurter Programme identisch ist.“

Wenn man uns als Schädiger des Parteilebens hinstellen will, so konstatieren wir die Tatsache, daß unser Verband es ist, der das gesamte agitatorische Leben der Partei aufrecht hält. Die Parteileitung hat nur einen einzigen Agitator im ganzen Lande tätig, wir haben das ganze Jahr hindurch ununterbrochen in allen Teilen des Landes mindestens sechs Agitatoren auf Tournee. Die Partei hat in den letzten zwei Jahren (von Wahlperiode abgesehen) fast gar keine ausführende sozialistische Literatur herausgegeben, unser Verbandsberlag „Fram“ veröffentlicht ununterbrochen sozialdemokratische Propagandaliteratur, jetzt z. B. die ganze Parvus'sche Großkämpferliteratur, „Der Klassenkampf des Proletariats“ und „Marx“, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Wie wir unseren Verband aber direkt in die Dienste der Partei stellen, das hat die vorjährige Wahlkampagne bewiesen. Der Jugendverband hat zwei Automobile angekauft und sie bis in die entlegensten Orte Lapplands auf Wahltagelagerung geschickt. Wir haben in den vier Monaten der Wahlbewegung über 500 Wahlversammlungen abgehalten und über 100 000 Exemplare Wahlschriften unseres eigenen Verbandsberlages verbreitet!“

An der Militärfrage wollen wir beweisen, daß unsere Kritik an der Fraktion berechtigt ist. Der Parteitag von 1908 hat den alten Programmpunkt, der die Miliz forderte, radikalisiert und die Fassung beschlossen:

„Kampf gegen den Militarismus, satzessive Verminderung der Militärkosten bis zur Abrüstung.“

Da die Parteifraktion in ihrer Taktik die Ansicht vertrat, daß nach dieser Formulierung die Abrüstung eine Zukunftsforderung, die Herabsetzung der Militärkosten aber das Wesentliche sei, wurde diese Frage auf dem Parteitag von 1911 wieder behandelt und unser Verbandsmitglied Bennenström legte eine Resolution vor, die das geltende Militärprogramm erläuterte und folgende entscheidende Stelle enthält:

„Die Abrüstung ist das Prinzipielle, Wesentliche, das mit aller Kraft erstrebt werden muß, während die satzessive Verminderung der Militärkosten, indem sie eine Erleichterung des auf dem Volke lastenden ökonomischen Druckes bewirkt, nur den zur Erreichung des Zieles gegenwärtig zweckmäßigsten Weg bezeichnet.“

Entgegen der Behauptung des Artikelverfassers sprach sich also der Parteitag dafür aus, daß die Abrüstung als eine mit aller Kraft anzustrebende Gegenwartsforderung anzusehen sei. Was tat aber die Fraktionsmehrheit? Sie bewilligte nicht nur das ungeklärte ordinäre Militärbudget, sondern bewilligte auch 8 1/2 Millionen Kronen für den Ausbau der Flotte, also eine Erhöhung der Rüstungen!

Kleines Feuilleton.

Hermann Cohen. Am 4. Juli feiert H. Cohen, Professor der Philosophie an der Universität Marburg, seinen 70. Geburtstag. Was uns an Cohen sympathisch berührt, ist vor allem die Menschenliebe, die sein System wie seine Persönlichkeit durchglüht. Ruh die Humanität nicht notwendig zum Sozialismus führen? Ist es nicht auch die Liebe zur Menschheit gewesen, die Marx begeistert hat, den Kampf gegen die Gebrechen der Zeit aufzunehmen?

Es ist das Problem des Arbeiters, dem sowohl in der Ethik wie in der Rechtstheorie Cohens eine zentrale Bedeutung zukommt. In seiner Ethik des reinen Willens hat er die Grundbegriffe der Rechts-, Staats- und Wirtschaftslehre einer tiefgründigen Kritik unterzogen. Die Probleme des Eigentums, des Kapitals, des Warenverkehrs: sie alle komplizieren sich bei ihm im Problem des Lohnarbeiters. Im Problem des Arbeiters ist die Menschwürde in Frage gestellt. Nur hier kann die Berrissenheit unserer Kultur zur Gesundung gebracht werden. Cohen stellt die Theorie Savignys, die heute noch allgemein anerkannt wird, von der Obligation als einem Verhältnis der Herrschaft über eine einzelne Handlung der fremden Person in ihrer ganzen unstilligen Kultur- und Menschenfeindlichkeit bloß. Der Eigentümer erlangt die Herrschaft über eine isolierte Handlung und wird damit tatsächlich zum Eigentümer der Person. Das ist der Verlust in der Geschichte der Obligation, der Herrschaft über eine „einzeln Handlung der fremden Person von dem Stande des Sklaven ab durch alle Stufen und Formen der Leibeigenschaft hindurch bis zum modernen absoluten Arbeiter“. Diese Herrschaft, die auch heute noch den Sinn des Arbeitsvertrages bildet, wie er von Seiten der Arbeitgeber aufgefaßt wird, hat ihren Grund eben in dem Faktum des Eigentums. Die Rettung und die Befreiung des Arbeiters zu freiem Menschentum und die Beseitigung des Eigentums kann nur durch die Genossenschaft, durch die Sozialisierung der Wirtschaft geschehen. Die Genossenschaft ist der Grundstein der Cohenschen Ethik und Rechtsphilosophie. Nur sie kann vor den falschen Gemeinlichkeiten, wie sie in Masse, Volk oder Nation existieren, schützen und das Eigentum den Anforderungen der Ökonomie gemäß behandeln.

Von diesem Geiste echter Menschenliebe ist auch die Aesthetik Cohens getragen. Durch das Mittel der Kunst soll für die Humanität ein allgemeiner Ausdruck gefunden werden. Diese Forderung wird besonders brennend in der Baukunst. Nicht nur die Trennung zwischen dem Sakral- und dem Profanbau muß beseitigt werden; anständig und ein Hohm auf diese Forderung der Humanität, die von der Aesthetik gefördert wird, ist die moderne Arbeiterwohnung, die Wohnung, die für den Arbeiter gerade gut genug ist. „Mag selbst eine dem Prunk entsagende Einfachheit zur allgemeinen Regel des Wohnbaus werden, so wird um so homogener der Bau aller öffentlichen Anstalten, der Verwaltung, wie der Lehrpflege, dem Sakralbau zur Seite treten. In dem allgemeinen Wohnhaus für die Arbeit der Menschen wird die Arbeit des Mannes eine neue Bewahrung erlangen. Und damit erst wird die wahrhaftige Hygiene in Kraft treten, die wahrhaftigste Sorge und Liebe für die leibliche Wohlfahrt des Menschen in ihrer Einigkeit mit seiner Seele, für die einheitliche Natur des

Menschen.“ Dann wird es als eine beleidigende Phrase der Selbstbespiegelung erkannt werden, daß im Gotteshaufe alle Menschen gleich seien. Freilich, bevor diese Stufe der Kultur erreicht werden kann, muß die Sozialisierung schon wesentliche Fortschritte gemacht haben. Cohen hat so dem jüdischen Monotheismus und Messianismus eine ethische Vertiefung, eine soziale Ausdeutung gegeben.

Cohen verläßt Ende dieses Semesters Marburg, wo er mit außergewöhnlichem Erfolg als akademischer Lehrer tätig war. Die Arbeiten zur Vollendung seines Systems machen diesen Schritt erforderlich. Er mag erleichtert werden durch die verlebende Verhandlung, der Cohen von Seiten der Fakultätskollegen freudig ausgesetzt war.

Nationalheiligtum und Eintrittskasse. Das erste Juliheft des „Anstalts“, nach alljährlicher Gepflogenheit als Reisespektakel gestaltet, enthält u. a. auch eine kritische Glosse über das Eintrittsgeld- und Führerwesen, das dem Besucher landschaftlich oder historisch hervorragender Stätten so oft und so leicht die Stimmung verdirbt. An dem Beispiel der Wartburg zeigt der Verfasser die ärgerliche Schädigung, die der Geschichtswert solcher Denkmäler durch ihre geschäftliche Ausbeutung erleidet. „Der Fall“, meint er, „ist typisch für alle Denkmäler deutscher Kultur, zu denen wir doch wohl in erster Reihe nicht Niederrhein, Kyffhäuserdenkmal usw. rechnen, sondern Wartburg, Kaiserhaus zu Goslar, Marienburg usw. Kein anderes Volk erlaubt, daß seine Nationalheiligtümer in ähnlicher Weise als Gegenstände der kleinsten Geldmacherei mißbraucht werden.“ Nicht bloß dies. Sie dienen dem Staat in erster Linie dazu, inabwide höhere Militärs noch extra mit einträglichen Verwaltungsposten zu betrauen sowie Leute des Unteroffiziersstandes als Diener usw. unterzubringen. Wären das wenigstens noch halbwegs intelligente oder vorgebildete Geister. Aber das Skandalöseste ist, daß solche „Führer“ meist von der Sache nicht mehr wissen, als was zu bestimmtem Fiedel auswendig gelernt wurde, und daß sie dies wenig mechanisch herunterleiern, ohne dabei an mehr wie ein zu erwartendes — Krügelgeld zu denken. Welcher Besucher des Frankfurter Goethehauses, der Schülerstätten in Marbach und Weimar, des Richard-Wagner-Museums in Eisenach, des Mozarteums in Salzburg und anderer Erinnerungsorten stieg nicht auf jene Trottelhaftigkeit und Geldschneiderei...?!

Hessener Festschiffe. Die rhytmischen Uebungen haben jetzt wieder einen großen, ungeteilten Erfolg gehabt; die theatralischen Versuche verlagten völlig. Daß Dalcroze ein wunderbarer Pädagoge des Leibes wie der Seele ist, kann auch nach den letzten Vorführungen niemand bezweifeln. Aber ein jeder wird jetzt wissen: daß Dalcroze das Dichten und das Antreiben von Mythen und Religionen bleiben lassen sollte, Uebungen; aber keine Festschiffe. Elemente; aber keine embryonalen, taflenden, gezähmten, magisterhaften Versuche, die letzten Lebenskräfte der Menschheit zu gestalten. Auch solche Uebungen, auch solche Elemente sind Ursache genug, daß von Osten und Westen die Wölger kommen können.

Nur eines zum Beweis gegen das mythische Theater. Es gab einen „Sarg zur Gruft“. Nach dem bekannten Monument aux morts schritten die Sterbenden, die Gestorbenen vorüber. Schauernd sich abtrottelnd, selbtsüchtig sich wendend, endlich erlöst. Das könnte — etwas Großes sein, etwas Gewaltiges wirken. Wenn

ein Dichter darüber läme, einer, der mit Feuer getauft und vom Sturm segnet wurde. Wenn man sich aber von vornherein auf Bartholomäus festlegt, kann wahrhaftig nicht mehr herauskommen als ein verkleinertes Grabdenkmal, gar noch eins, von dem zu sagen ist, daß es kaum mehr als sentimentale Akademik bedeutet. Im übrigen: welche Krut, eine Plastik wieder bewegt werden zu lassen. Das grenzt an Variété.

Dalcroze, Du bist im Eigenen so reich. Wahre, was Du bist: ein Erzieher zum Rhythmus, ein Weleber der Jugend, ein Wustant des Fleisches. R. Br.

Das Rousseau-Jubiläum in Genf. Der 200. Geburtstag des größten „Citoyen de Genevo“ wurde von der Genfer Bürgerchaft in dreitägigem Fest gefeiert. Behörden und die Rousseau-Gesellschaft hatten sich mit Erfolg bemüht, die Rousseau-Begeisterung in die breitesten Volksschichten zu tragen. An den beiden ersten Tagen wurden Gedankenspiele, Vorträge und Konzerte veranstaltet und in einem extra dazu hergerichteten Naturtheater Rousseaus „Doxwahragener“ und sein „Pygmalion“ aufgeführt. Als hoher Staatsfeiertag, als eigentliches Volksfest war der 20. erklärt worden. Artilleriealben und Glockenläut kündigten ihn an. Vormittags fand der offizielle Festakt auf der Rousseau-Insel statt, die im Seebad des achtzehnten Jahrhunderts dekoriert war. Reges Feststreiben herrschte in den Straßen der Stadt, die mit Girlanden, Kränzen, Wappen mit Zuschriften aus Rousseaus Schriften, mit Fahnen und Wimpeln geschmückt einen reizvollen Anblick bot. Auf besonders ausgezeichneten Plätzen, zum Teil unter Zeltdächern, fanden mittags Banketts statt. Den Glangpunkt des Tages bildete der großartige Festzug, der zur Ebene im Plain-Palais marschierte. Dort sollten allerlei Vorstellungen stattfinden. Aber plötzliches Gewitter vernichtete alle Hoffnungen und bereitete dem Fest ein jähes Ende.

Humor und Satire.

— Aus der Art geschlagen. „Was, a Künstler möcht werd'n? Moast, dös is nacha loa Kunst, aus Wasser und Peterfil' lalberne G'schwolne z' macha?“

— Ein etwas aufgeblasener und seiner juristischen Fähigkeiten sich über die Wogen bewahrter Referendar schrieb in sein Geschäftsverzeichnis über die Zeit seiner Beschäftigung bei einem älteren Amtsrichter: „Ich wurde mit Schreiben nach Diktat beschäftigt.“ Daneben befand sich folgender Vermerk des Amtsrichters: „Der Referendar ist seinen Fähigkeiten entsprechend beschäftigt worden.“

— Ein kleines Berliner Fabrikmädel ist zufällig Zeuge, wie auf dem Hofe eines photographischen Ateliers eine kinematographische Aufnahme für das Drama „Untergang der Titanic“ gemacht wird. Ganz in den Anblick verfallen, wie die Peresleisewand hin und her wogt und die Schiffskulissen auseinanderbersten, ruft sie aus: „Au heult man in 'n Rientopp Wasen und Rog, und dabei is allens Wappe!“ (Simplicissimus.)

Notizen.

— Max Reinhardt will die Pariser im nächsten Jahre mit einer Aufführung des König Oedipus vor 5000 Hörern beglücken. Gabriele d'Annunzio liefert die Uebersetzung.



Der Artikelverfasser versucht auch den Eindruck zu erwecken, als ob die Abklärung nur eine Forderung der Jugendorganisation sei. Der oben mitgeteilte Parteitagbeschluss beweist, daß sie eine Forderung der Partei ist. Wir stellen aber ferner fest, daß die dänische und norwegische Sozialdemokratie die Abklärung als Forderungen des Parteiprogramms haben. Die norwegische Partei hat in diesem Jahre den 1. Mai als allgemeine Demonstration für die Abklärung benutzt und trägt sie als eine ihrer Hauptforderungen in den bevorstehenden Wahlkampf. Dabei ist zu bemerken, daß auch die Theorie der schwedischen Militäristen dahingeht, Rußland erstreckt einen eisernen Hafen im Norden Norwegens und daß erst durch dieses Vordringen Schweden bedroht ist. Aber die Sozialdemokratie des zuerst „bedrohten“ Norwegens verläßt dieses Schreckbild.

Wenn der Artikelverfasser behauptet, daß unser Verbandsorgan direkt und verdeckt, sogar an erster Stelle, den Militärstreit propagiert, so ist das eine dreifache Erfindung. Niemals und in keiner Form ist dies geschehen. Lediglich von einem Mobilisierungsstreit in gewissen Ausnahmefällen — das ist natürlich etwas ganz anderes — war die Rede, und zwar in Artikeln, die nicht von der Redaktion, sondern von unterzeichneten Einleitern stammten.

Ebenso tendenziös ist die Darstellung des Artikels über die „mehr belustigende Republik-Aktion Lindhagens“. Er verschweigt, daß dieser Antrag keine persönliche Aktion Lindhagens, sondern ein gemeinsamer Antrag mehrerer Abgeordneter war, darunter Sandler, dem konsequentesten und thätigsten Marxisten der ganzen Partei, sowie Winhagens, ein alter Gewerkschaftler und Redakteur des Eisenbahnerfachblattes „Signal“. Tatsächlich war dies eine gemeinsame Aktion einer Minorität der Fraktion, die dies für nötig hielt, weil die Republik eine neue Forderung der Partei war, und die Herausforderungen des Königs sich häuften. Der Artikel verschweigt ferner, daß mindestens die Hälfte der Parteipresse die Aktion billigte; er verschweigt ferner, daß die Arbeiter Stockholms — sowohl Pranting als auch Lindhagen sind Stockholmer Abgeordnete — in einer von den Jugendvereinen einberufenen, aber von mehr als zur Hälfte von älteren Arbeitern und vorwiegend Vertrauensleuten unserer Organisationen besuchten Versammlung zu dieser Frage Stellung nahmen. Pranting war an der Spitze der fast vollständigen Fraktion erschienen, er verteidigte in einer einstündigen Rede seine und der Fraktionshaltung, drei andere Abgeordnete unterstützten ihn. Und die Versammlung sprach mit über 700 gegen 10 Stimmen den Antragstellern den Dank und ihre Billigung der Angriffe gegen Lindhagen aus.

Auf die Angriffe gegen Genossen Lindhagen ist ja unmöglich einzugehen. Lindhagen hat in jahrelanger parlamentarischer Tätigkeit als erster und lange als Einziger einen klaren, kühnen Kampf für die Erleichterung des hundertfachen Lohnes des Landproletariats geführt und zwar so erfolgreich, daß dies auch seine geschäftlichen Gegner anerkennen. Der Artikelverfasser verspottet Lindhagens Standpunkt in der Bodenfrage, aber er verschweigt, daß der Lindhagensche Standpunkt in den Hauptfragen nach dem Diserete Lindhagens in das Parteiprogramm aufgenommen wurde. Der Artikel sucht den Eindruck zu erwecken, als ob Lindhagen der Führer des Jugendverbandes wäre, das ist aber total falsch. Theoretisch gehen unsere Ansichten auseinander, aber in den Fragen des Gegenwartskampfes gehen wir Hand in Hand, und für diese ist er unser parlamentarischer Wortführer.

Der Artikel behauptet, daß unsere Fraktion für die Ablehnung der Versuchsmobilisierung gestimmt hat, nachdem eine Reduzierung derselben abgelehnt wurde. Das ist unklar. Der Vollzugsausschuss der Fraktion beschloß die gleichzeitige Einbringung zweier Anträge, des Antrages Ersson, der die Mobilisierung ablehnte, und des Antrages Pranting, der sie beschränkt wissen wollte. (Die in demselben auch enthaltene Forderung auf eine höhere Unterstützung der Familie der Einberufenen hätte natürlich in einem Separatantrage gefordert werden können.)

Der Artikel behauptet, daß die Kritik der Parteifraktion nur vom Jugendverband geübt wird und in der Partei selbst keinen Widerhall findet. Wie schlecht unterrichtet der Artikelverfasser ist, beweisen die Tatsachen, daß die Stockholmer und Göteburger Parteiorganisationen anlässlich des Rechenschaftsberichtes ihrer Abgeordneten einen äußerst scharfen Mißbilligungsantrag nur mit knapper Mehrheit ablehnten.

Hierzu schreibt uns unser schwedischer Mitarbeiter: Die obige Einleitung bestreitet in allem Wesentlichen unsere Ausführungen in der Nr. 135 des „Vorwärts“. Was sie darüber hinaus bringt, hat mit dem von uns behandelten Thema nichts zu tun. Die nicht bestrittene agitatorische Negativität des Jugendverbandes hat nicht mehr mit der politischen Lage in Schweden gemein, wie etwa die Tatsache, daß die große Mehrheit der Jugendverbandesmitglieder der sozialdemokratischen Partei angehört. Und daß der Jugendverband aus den Kämpfen zwischen Anarchismus und Sozialismus in Schweden hervorgeht, ist doch kein Beweis dafür, daß die einzelnen Wortführer die Phrasologie ihrer anarchischen Herkunft noch kräftig nachwirkt. Der Umstand könnte höchstens eine Erklärung, keine Entschuldigung sein.

Zurückweisen müssen wir aber den Versuch, unsere Ausführungen als gegen den Jugendverband als solchen gerichtet, hinzustellen. Wir haben vielmehr ausdrücklich von einer Opposition gesprochen, die vertreten wird durch „den Stockholmer Bürgermeister Lindhagen und einige Wortführer der Jugendorganisation“. Das Trio Lindhagen-Höglund-Spal bezieht sich nicht auf die Jugendorganisation Schwedens anerkannt werden, auch wenn in einzelnen Fragen die Majorität der Verbandsmitglieder mit ihm konform gehen würde. Wohl aber nehmen wir davon Notiz, daß der Vorstand des sozialdemokratischen Jugendverbandes in obigem Eingelände ausdrücklich Herrn Lindhagen als seinen „parlamentarischen Wortführer“ in den Fragen des Gegenwartskampfes anerkennt. Also nicht der als „unser konsequentester, mächtigster“ Marxist bezeichnete Sandler, der auch Fraktionsmitglied ist, sondern der auf dem schlüpfrigen Boden des Salonanarchismus stehende Lindhagen wird zum parlamentarischen Wortführer des Jugendverbandes proklamiert! Und gleichzeitig glaubt man uns gegenüber betonen zu müssen, daß Lindhagen nicht der Führer des Verbandes ist.

Hinsichtlich der Militärfrage bemäht sich der Einsender vergeblich, den Sachverhalt zu verdrehen. Der Parteitag von 1911 hat mit zwei Drittel Majorität ausdrücklich abgelehnt, die Forderung der Entwaffnung des Landes als Programmpunkt in der Landesverteidigungsfrage aufzunehmen, sondern er forderte allmähliche Herabsetzung der Militärausgaben mit der Abklärung als Ziel. Eine nähere Darstellung hierüber hat übrigens Pranting in Nr. 135 des „Hamburger Echo“ gegeben, auf die wir hinweisen möchten. Die Entwaffnung ist keine sozialdemokratische, sondern eine anarchische Forderung; sie bedeutet kampflöse Übergabe der Freiheit und der kulturellen Erzeugnisse einer Nation an einen barbarischen Eroberer, der die Okkupation für lohnend erachtet. Die von uns gekennzeichnete Opposition in der schwedischen Partei hat trotz des Parteitagbeschlusses die Entwaffnungstheorie weiter vertreten und zwar mit wenigen Ausnahmen, wie wir schon in Nr. 135 hervorhoben, mit Argumenten, die dem anarchischen Arsenal entlehnt sind. Andere haben Schweden den Vortritt in der internationalen Abklärungsaktion zuerkannt und es daher vorantreiben wollen. Als es die kapitalistischen Interessen, die die Großmächte regieren, sich daran setzen würden, was die Kleinmächte in diesem Punkte empfehlen!

Bezeichnend für die polemischen Methoden des Einsenders ist der Versuch, die Propagierung des Militärstreits im Jugendorgan mit dem Versuch, den Abklärungsstreit, es sei nur vom „Mobilisierungsstreit“ die Rede. Gleichzeitig verleiht er sich hinter die falsche redaktionelle Gepflogenheit vieler schwedischer Blätter, alle Artikel von den Verfassern zeichnen zu lassen. Im vorliegenden Falle erscheint es um so weniger fair, die redaktionelle Verantwortung für den Inhalt des Jugendorgans

abzulehnen, als die Frage des „Mobilisierungsstreits“ alias Militärstreit auf Grund jener auch im Jugendorgan betriebenen Propaganda bereits Gegenstand der Beratungen des Jugendkongresses war. Dieser begünstigte sich bezüglich der jetzt vom Reichstage beschlossenen Versuchsmobilisierung damit, jedem einzelnen zur Mobilmachung Einberufenen die Entscheidung anheimzugeben, ob er der Einberufung Folge leisten will oder nicht. Im übrigen wird man in Deutschland für die vom Einsender beliebte seine Unterscheidung zwischen Militärstreit und Mobilisierungsstreit nur ein heiteres Lächeln übrig haben.

## Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 1. Juli. (Privattelegr. d. „Vorwärts“.)  
(Zehnter Verhandlungstag.)

Nach mehrtägiger Pause wurde heute die Beweisaufnahme fortgesetzt. Zu dem nochmals aufgerufenen Fall des Einbruchs in der Berndtschen Wohnung, bei dem der Beigeordnete Berndt die Untersuchung niedergeschlagen haben soll, konnte sich der Zeuge Polizeikommissar Reumer nach fünf Jahren nicht mehr erinnern, daß der damalige Schuhmann, jetzige Wachtmeister Reeg zu ihm gesagt habe, wenn ich die Wachtmeisterstelle nicht bekomme, dann ist auch Berndt längere Zeit Beigeordneter gewesen. Zeuge Wachtmeister Reeg bestreitet ganz entschieden diese Aussage. Der ehemalige Wachtmeister Medel habe diese Behauptung aufgebracht, er sei ihm spinnfeind. Mit Berndt habe er überhaupt nicht über die Sache gesprochen. Möglicherweise habe er indessen auf dem Polizeirevier erzählt, als Täterin käme ein Mädchen in Betracht. Vorsitzender: Es wird wohl allseitige Übereinstimmung darüber herrschen, daß dieses Gerücht über den Einbruch bei Berndt in der Stadt herumging und daß Hirsch davon gehört hat. Wir wissen ja nach alledem, wie irgendeine Aussage absichtlich oder unabsichtlich verdreht wurde.

Der Fall des Fräulein W., das durch auffälliges Betragen auf der Messe und seinen Umgang mit zweifelhaften Mädchen zur Assistentin geladen worden war, wurde nochmals herangezogen. Der als Zeuge vernommene Vater des Mädchens wußte nicht, daß seine Tochter ein Verhältnis mit einem Leutnant und den Schlüssel zu dessen Zimmer hatte. Der Verteidiger Justizrat Bernstein beanstandet, daß in solchen Fällen Akten nicht angelegt wurden, wozuf Frau Schapiro erwidert, daß es sich hier nur um eine Fürsorgefrage handelte und von Aktenanlegung gerade im Interesse der Betroffenen abgesehen wurde. Man werfe ihr vor, daß sie sich um private Liebesverhältnisse bekümmert hätte. Das sei nicht zutreffend. Sobald ihr bekannt wurde, daß ein Mädchen mit einem bestimmten Herrn ein Verhältnis und die Eltern nichts dagegen hatten, sei ihrerseits nichts geschehen. Sie sei nur eingeschritten, wenn der Verdacht der Gewerkschaft vorlag und in diesen Fällen nur auf Veranlassung des Polizeireviers oder bei Jugendlichen, wo Zwangsverziehung in Frage kam.

Zu der Behauptung des Angeklagten, daß die Assistentin in den Anlagen Liebespaare beleuchtet habe, bekundet der Zeuge Kaufmann Nideshäuser, daß er eines Abends auf einer Bank von hinten beleuchtet wurde. Er habe die Person nicht erkennen können. Eine weibliche Gestalt sei es indessen nicht gewesen. Sein Erlebnis habe er weiter erzählt, aber ohne Bezugnahme auf die Assistentin. Es sei in Mainz so Sitte, alles aufzubahschen. Das Beleuchten könne man dort noch heute erleben.

Ein weiterer Fall betrifft die Witwfrau Horn mit ihrem 12jährigen Töchterchen, das sich des Abends mit dem 16jährigen Sohn eines Zigarrenhändlers herumgetrieben hat. Die Assistentin soll der Mutter bei deren Vernehmung die Untersuchung des Kindes angedroht haben. Frau Schapiro bestreitet das entschieden. Es sei das schon um deswillen unmöglich gewesen, weil die Mutter mit dem Kinde sofort nach dem Anreden laufend aus ihrem Bureau gegangen sei. Die Eltern des jungen Wirschsens haben der Assistentin durch einen Schuhmann für ihr Eingreifen Dank sagen lassen. Zeuge Schuhmann Reumüller, der das Treiben der Kleinen beobachtet hat, bekundet, Frau Horn sei ihm damals dankbar gewesen und habe ihn erjucht, einmal gelegentlich das Mädchen ein bisschen einzufürchten, damit es abends nicht mehr auf die Straße gehe. Auf die Frage des Verteidigers Justizrat Bernstein antwortet der Zeuge noch, ihm sei nichts bekannt davon, einmal von der Assistentin den Auftrag erhalten zu haben, auf der Straße den Namen einer Dame festzustellen, die mit einem Leutnant ein Verhältnis hatte, und daß er diesen Auftrag als unredlich abgelehnt habe. Der Fall Horn wird nachmittags nochmals durch die Zeugenaussage des Kommissars Volz beleuchtet. Dieser bekundet: Ein anonymes Schreiben habe Ermittlungen über die Führung der Wirtschaft Horn veranlaßt. Diese ergaben, daß die Wirtschaft der Charakter einer ausgesprochenen Anierkneipe trug, in der selbst die eigene erwachsene Tochter der Witwin mitwirkte. Ueber die Wirtschaft wurde dann aus diesen Gründen die Feierabendstunde verhängt.

Zeugin Frieda R., Empfangsdame, wurde zur Assistentin geladen, um Auskunft zu geben über die Beziehungen eines Fräulein W. zu einem Leutnant, der sich erschossen und bei dem man die Photographie des Zeugin gefunden hatte. Sie konnte aber nichts dazu sagen. Sie selbst wurde dabei nicht über ihren Lebenswandel befragt.

Die meisten Zeugenaussagen wiederholen schon Mitgeteiltes. Unter anderem bestritt der Vorkeser des Mainzer Polizeiamts, Dr. Obfelder, daß seine Bemerkung, die Assistentin reihe alles an sich, er könne nichts machen, in dem Sinne aufzufassen sei, als ob er sich über die Tätigkeit der Assistentin zu beklagen hätte, sondern er nur damit zum Ausdruck hätte bringen wollen, daß die Assistentin rührig und fleißig sei. Das Gerücht von dem Uebereifer sei nur die Folge davon gewesen, daß die Assistentin mehr zu tun bekam. Es war eben eine neue Einrichtung. Seit der Mitarbeit der Assistentin bekümmere sich die Polizei auch darum, was aus den Mädchen, die mit der Sittenpolizei in Verbindung gekommen sind, wird, wenn sie ihre Strafen verbüßt haben. Ebenso würden seitdem körperliche Untersuchungen nicht mehr so rigoros gehandhabt wie früher. Frau Schapiro habe auch die weißen Kuvertis für die Ladungen veranlaßt, die bis dahin offen herausgingen. Die aus sittenpolizeilichen Gründen vorgenommenen Zwangsuntersuchungen erfordere das Interesse der Allgemeinheit und Volksgesundheit. Er habe der Assistentin geraten, bei dem Aspiranten Bruder vorsichtig zu sein, weil dieser die Klugung habe, aufzubahschen. Bruder sei nie in der Sittenpolizei tätig gewesen, sondern nur Hilfsarbeiter bei der Polizei und später stellvertretender Vorkeser in einem vakanten Polizeirevier, war also nie im äußeren Dienst. Bei den Gängen der Assistentin sollte ihr Bruder nur gewissermaßen als lebendes Adreßbuch dienen. Der Beigeordnete Berndt erklärte noch, es sei nicht richtig, daß die lobenden Artikel über das Institut der Assistentin auf seine Veranlassung geschrieben worden seien. Damals handelte es sich um die Reichsregierung des Fürsorgeheim für die Assistentin. Ein passendes Lokal war schwer zu finden, da in den Kreisen der Hausbesitzer die beunruhigendsten Befürchtungen geäußert wurden. Aus diesem Anlaß habe er den Vorsitzenden des Mainzer Hausbesitzervereins Volz zu sich gebeten und ihm nahe gelegt, doch in seinen Kreisen entweder durch eine Versammlung oder durch einen Zeitungsartikel aufklärend zu wirken über Zweck und Ziele des Heimes, damit endlich dafür ein Lokal gefunden

würde. Herr Volz habe daraufhin die lobenden Artikel veranlaßt. Auf Befragen des Verteidigers Justizrat Bernstein konstatiert Beigeordneter Berndt noch, daß bis dahin von keiner Seite eine Beschwerde über die Tätigkeit der Frau Schapiro bekannt geworden war. Die Mainzer Bevölkerung geniere sich durchaus nicht, aufs Stadthaus in Massen zu kommen, um dort ihre Beschwerden in weitestem Umfange vorzutragen.

Die Beweisaufnahme wird voraussichtlich am Dienstag abgeschlossen werden können.

## Aus der Partei.

### Der Provinzialparteitag in Brandenburg.

Im „Volkshaus“, dem eignen Heime der Brandenburger Arbeiterpartei, begann am Sonntagvormittag der Provinzialparteitag für Brandenburg. Zum ersten Male fanden diesmal die Verhandlungen ohne die Delegierten Groß-Berlins statt. Bekanntlich haben die acht Kreise Groß-Berlins ihr jahrelang bestehendes Kartellverhältnis mit der Provinz gelöst. Anwesend waren 81 Genossen und 2 Genossinnen. Die nunmehr 18 Wahlkreisorganisationen vertraten durch 56 Delegierte, 10 Kandidaten und 4 Abgeordnete. Außerdem sind anwesend Genosse Kollensbühr vom Parteivorstand, 6 Mitglieder vom Provinzialausschuss, die beiden Provinzialsekretäre und Vertreter der zuständigen Parteiblätter.

Genosse Sydow-Brandenburg begrüßte die Erschienenen. Interessant ist seine Erinnerung, daß Brandenburg 1871 den ersten Kandidaten zur Wahl stellte, der 1800 Stimmen erhielt, während gleichzeitig Berlin erst 2000, Teltow aber keine „rote“ Stimme zählte. Heute hat der Kreis Brandenburg bei 7000 sozialdemokratischen Wählern 5300 Mitglieder. Sydow bedauert, daß Groß-Berlin nunmehr fehlt. Da gibt es auf die Verfestigung hinarbeiten. Wenn Gedanken wir der Zusammenarbeit mit der Berliner Agitationskommission. Die neue Organisation wird im alten Geiste der Arbeiterbewegung wirken.

Genosse Wels dankt im Namen der Bezirksorganisation. Ueber: Geschäftsbericht und Reichstagswahl sagt der Referent Genosse Wels u. a.: Uns bedrückt bei unseren Vorbereitungen für die Reichstagswahl der Gedanke, daß Groß-Berlin immer wieder den Trennungsgedanken betonte. Nach der Wahl kam dann die Trennung. Gewiß ist es bei der letzten Wahl auch organisatorisch in der Provinz vorwärts gegangen. 1908 hatte Berlin 20,1 Proz., Brandenburg aber nur 14,64 Proz. unserer Wähler organisiert. Jetzt haben wir fast 20 Proz., sind also nur 3 Entwicklungsjahre hinter Berlin zurück. Aber noch ist großes Bruchland zu bearbeiten, sind gewaltige Mittel, angesichts vieler schmaler Provinzialkreise notwendig. In Anbetracht dessen bedeutet die Loslösung Groß-Berlins nicht — wie bei der Trennung behauptet wurde — eine Unterjüngung der Provinzentwicklung, sondern eine Schwächung. Reber betont noch einmal die Rechtsverwahrung gegen die einseitige Kostrennung Groß-Berlins. Mit Nachdruck weist er jedoch darauf hin, daß die Verdienste Groß-Berlins in der Vergangenheit der Provinz das Gefühl der Bitterkeit nehmen. — Der „Märkische Landbote“ ging in 75 000, die „Fackel“, 14-tägig, in 140—170 000 Exemplaren in die Provinz hinaus.

Bei der Wahl zeigte sich der Erfolg jahrelanger Werbearbeit bei den Schiffen. Am allerwichtigsten ist — das zeigen unsere Erfolge — eine gute wahltechnische Organisation und ein tadellos funktionierendes Schlepplapparat. Die guten Erfahrungen bei den Eisenbahnern und Landarbeitern sind doppelter Anlaß für uns, noch entschiedener unter dieser Arbeiterkategorie zu agitieren. Unsere Inspektionsbüros müssen — mit größeren Kosten — einer gründlichen Umänderung unterworfen werden. Zu den Gewerkschaften hatten wir die besten Beziehungen. Wels wendet sich dann dagegen, daß die Abwehrkommissionen der Gewerkschaften bei der Wahl allen Kandidaten Fragen vorlegten. Wozu unsere Kandidaten nach Beschlüssen der letzten Parteikongresse erst fragen, wie sie zu den Gewerkschaften stehen? Reber befragt dann eine Anzahl von Terrorismandfällen, wo Hypotheken gekündigt wurden, wenn Arbeiter und das Grundstück zu Versammlungen gaben. — Der 1. Mai hatte diesmal eine stärkere Beteiligung. — Prächtig vorwärts ging die Zahl unserer 3 Provinzialblätter, die jetzt 40 000 Abonnenten zählen. — Interessant ist, daß in Friedeberg-Arnswalde und ein Parteigänger des Herrn v. Schudmann allen Ernstes ersuchte, ihn doch gegen Bruhn bei der Stichwahl zu unterstützen. Ja man fragte uns: Wie wir dann stimmen würden, falls Schudmann die Jenaer Stichwahlbedingungen unterschriebe? Wir antworteten: Ihr seid beide Schwarzblau und lehnen Wahlhilfe natürlich ab. — Es schwaben aus der Wahlzeit her noch eine größere Anzahl Prozesse, Wahlprozesse und Privatklagen. Erwähnenswert ist auch, daß Bruhn eine Klage gegen den Genossen Dr. L. n. zurückzog, weil dieser „den Wahlkampf so anständig geführt habe.“ Reber geht noch einmal ausführlich auf die Kritik gegen das Stichwahlkommen und die „Dämpfung“ ein und wendet sich gegen die Kritiker. Der Parteivorstand habe mit seinem Entschluß nur das getan, was der politische Gedanke der Massen war, nämlich: Parole gegen den schwarzblauen Block. Genosse Wels schließt mit dem Appell, die Organisation künftig so zu fällen, daß wir einst stark genug werden, aus eigener Kraft den gemeinsamen Segen in Wahl- und anderen Kämpfen zuleibe zu gehen.

Der Kassener Bericht, den Genosse Schmidt erstattet, zeigt, daß die Reichstagswahl der Provinz 167 806 W. gelöst hat, ohne noch ausstehende Prozesse. Die Einnahme betrug 90 412 M., darunter 38 000 M. von Groß-Berlin und 50 000 M. vom Parteivorstand.

In der Debatte über die Berichte bedauert Genosse Trüner die Wahl des Bruhn und meint, zur Stichwahl müßten in den kleinen Orten viele abhängige Wähler gehen, wenn sie sich nicht als Sozialdemokraten kennzeichnen wollten. Wir müssen ihnen künftig sagen: Geht weiße Fettel ab.

Das neue Organisationsstatut, das nur wenig vom alten Statut abweicht, wird einstimmig angenommen. Nach dem Statut schließen sich die 18 Reichstagswahlvereine der Provinz (ohne Groß-Berlin) zu einem Verband zusammen, der den Namen „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg“ führt. Als Zentralvorstand fungieren die Vorsitzenden der achtzehn Kreiswahlvereine und die Obleute der Kreisorganisationen der „Brandenburger Zeitung“, der „Märkischen Volkstimme“, des „Reumärkischen Volksblattes“ und des „Vorwärts“. Im Behinderungsfall ist eine Vertretung zulässig. Die laufenden Geschäfte leitet ein jährlich vom Zentralvorstand aus diesem gewählter Ausschuss von 5 Personen mit den angestellten Sekretären. Die Ausschussmitglieder und Sekretäre haben außerdem in allen Parteiorganisationen und in allen Parteistampfen des Bezirksverbandes beratende Stimme. Die höchste Instanz des Verbandes ist der alljährlich tagende Provinzial-Landtag. — Ferner fand ein Antrag, der verlangt, angesichts der Landtagswahl 1913 alle Nichtpreußen auszufordern, Freuze zu werden Annahme. Die Erwerbung der Staatsangehörigkeit soll von den Ortsvereinen unterzucht werden.

Damit war die Tagung am Schluß gelangt; mit dem Gelöb, auch in der Zukunft fruchtbringende Arbeit für die Partei zu leisten, gingen die Delegierten auseinander.

### Viktor Adlers Dank.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht folgende Dankagung:

Zu meinem sechzigsten Geburtstag sind mir von Freunden und Parteigenossen und Genossinnen, von Organisationen und Parteigruppen aus ganz Oesterreich und aus dem Auslande so viele Zeichen von warmer Liebe, Freundschaft und von zum Teil überwiegend englischer Anerkennung zugekommen, daß ich völlig außerstande bin, jedem persönlich zu antworten. Sei es mir darum gestattet, hier allen meinen herzlichsten Dank auszusprechen und zu sagen,



daß ich glücklich wäre, wenn ich vermöchte, den Rest meines Lebens dazu zu nützen, wenigstens einen bescheidenen Teil von dem zu sein und zu leisten, was freundschaftliche Schätzung als bereits geleistet darstellt.

Den Genossen allüberall sage ich herzlich Dank für ihr Vertrauen, das mich all die Jahre begleitet hat, die wir gemeinsam gearbeitet und gekämpft haben, und erwidere ihren Gruß mit dem heißen Wunsche, daß unser guter Kampf erfolgreich für die heilige Sache des Proletariats sein möge.

Wien, 27. Juni 1912.

Viktor Adler.

### Unlauterer Wettbewerb.

Die österreichische „Deutsche Arbeiterpartei“ läßt jetzt in Brünn eine „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ erscheinen, die in ihrer äußeren Aufmachung das Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich so täuschend nachahmt, daß unser Wiener Bruderblatt sich veranlaßt sah, den Unfug durch die Gerichte abstellen zu lassen. Das 1. l. Bezirksgericht Brünn hat denn auch dem gelben Blatt die Nachahmung der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ bei Exekution verboten.

### Vom Fortschritt der Parteipresse.

Unser Bielefelder Parteiblatt, die „Volkskraft“, konnte am 1. Juli auf ein 22-jähriges Bestehen zurückblicken. Parteigeschäft und Parteipresse nahmen im Laufe der Zeit an Umfang zu, so daß ein imposanter Bau, der drei Straßenfronten hat, errichtet wurde. Aus Anlaß der Fertigstellung dieses Um- und Neubaus erschien die „Volkskraft“ am 30. Juni als 38-seitige Extraummer in einer Auflage von 80000 Exemplaren. Im Parteigebäude des neuen Gebäudes sind die Druckerei, Buchhandlung, Buchbinderei und Geschäftsbüroaus untergebracht, im ersten Stock befinden sich Hand- und Maschinenzettel, Stereotypie und zwei Gewerkschaftsbüros; im zweiten Stock vier Gewerkschaftsbüros, Bezirks- und Wahlkreis-Parteisekretariat, ein Konferenzzimmer, die Redaktionsräume, eine Wohnung, der dritte Stock enthält sechs Wohnungen und im Dachgeschoß sind die Vordereinrichtungen für das Personal. Das Gebäude mit Grundstück kostet fast 250000 M. Die „Volkskraft“ hat heute rund 18000 Abonnenten.

Neun Jahre im Kampf und Arbeit stand am 1. Juli die „Volkszeitung“ für das Ruhrgebiet, unser Parteiorgan in den schächlichen Amtshauptmannschaften Borna und Otschah. Die Nummer der „Volkszeitung“ vom 30. Juni erschien als 28-seitige Jubiläumsummer.

## Jugendbewegung.

### Chöreigen für Jugendheimbesucher.

In der Fortbildungsschule in Schmölln fragte der Lehrer Uricic am Dienstag, den 18. Juni, einen Schüler nach dem andern: „Wo warst denn Du am Sonntag?“ Als ein Schüler D. antwortete: „Im Jugendheim“, erhielt er vom Lehrer eine Ohrfeige!

Er hätte sie sicherlich nicht bekommen, wenn er in einer qualm-erfüllten Aneipe oder in einem „Gientopp“ oder auf einem „Nummelplatz“ den Sonntag verbracht hätte. Da sparen die organisierten Arbeiter die Groschen zusammen, um ihrer Jugend Heime zu schaffen, damit sie den körperlichen und sittlichen Gefahren der Straße und Aneipe entzogen wird — der Lehrer aber prügelt die Jugendlichen, wenn sie die Heime besuchen.

Hätten bisher die Aufsichtsbehörden gegenüber der mißbräuchlichen Verwendung der Fortbildungsschulen durch Lehrer, die während des Unterrichts gegen die proletarische Jugendbewegung agitieren, beide Augen zugedrückt, so wird in dem vorliegenden Falle die Aufsichtsbehörde der Fortbildungsschule zu zwingen sein, den Ueber-eifer des Lehrers Uricic in die richtigen Bahnen zu lenken.

### Schäden und Gefahren militärischer Jugendzucht.

Die Tätigkeit der Leute vom Jungdeutschlandbunde, die vorgeben, die Jugend körperlich und sittlich zu erziehen, wird ins rechte Licht gerückt durch die Kritik eines bürgerlichen Arztes in einem bürgerlichen Blatte. Er sagt zurecht, die jungen Leute ziehen nicht hinaus, um sich an der Schönheit der Natur zu erfreuen; alles sei ihnen nur Objekt für ihre Feldübungen:

... So verstimmt der Naturgenuss, die ästhetisch bildende und moralisch läuternde Betrachtung der Heimatgegend und ihrer Eigenart vor der Frage der Ruhbarmachung des Terrains als Exerzierplatz. Wusch und Baum sind nur noch Deckungsmittel, Schluchten und Täler — Terrainfallen zum Verstecken und Aufschleichen; Höhen — Beobachtungsposten und Standpunkte für Signalisten! Das Nachschaffen militärischer Wohnungen ersetzt jeden Sinn für die Naturschönheit an sich und ersetzt einen Gang zum organisierten Räubertum, wie es eine May-Indianergeschichte seinerzeit nicht schlimmer tun konnte. Wer das heute als Uebertrieben ansieht, wird die Folgen in Wäde zu spüren bekommen.

Ein Offizier erzählte ihm: „Durch die Spielereien, die jetzt getrieben werden, mache man die jungen Leute nur eingebildet. Das werde sich später im Heeresdienst sehr unangenehm fühlbar machen, wo die jungen Leute, gewöhnt, abenteuerlich durch den Wusch zu streifen, sich sehr schwer an einen wirklichen Dienst gewöhnen werden. Die Reaktion werde sicher nicht ausbleiben.“

Der Arzt weist dann noch auf die gesundheitlichen Schäden hin, die das Treiben des Jungdeutschlandbundes für die Jugendlichen nach sich ziehen müsse. In mehreren Fällen sei er schon bei Herzkrankungen zugezogen worden. Als Arzt warne er dringend vor diesem neuesten Sport, trotzdem dieser sich patriotischen und militärischen Glitter umhänge.

Also nicht allein aus politischen, sondern auch aus gesundheitlichen und sittlich-ethischen Gründen muß der Jungdeutschlandbund bekämpft werden. Die Kritik des bürgerlichen Arztes wird man denen unter die Augen zu halten haben, die jetzt beginnen, den Klingelbeutel für den Bund kreisen zu lassen.

## Aus Industrie und Handel.

### Mogelsyndikate, Kartellschieber und Industriespieler.

Kuli im eigenen Hause ist die Mehrzahl der großspürigen Herren in starken Kartellen und Syndikaten. Dem Geschäftsführer ihrer Vereinigung müssen sie, wenn es verlangt wird, alle Tage ihre Bücher zeigen, den Kontrollkommissionen jederzeit die

Lieferpreise ihrer Aufträge nennen, sich vorzeichnen lassen, wie, wohin und wann zu welchem Preise und in was für Qualität sie zu verkaufen haben. Mit ungeschriebenen Gesetzen, nach nicht ausgesprochenen Regeln und doch nach feststehenden Methoden wird gemogelt, geschoben und gespielt.

Klassisches Material für diese Art kapitalistischer Unsauberkeit bietet die deutsche Zementindustrie. Viele ihrer Bezirksvereinigungen, im Besonderen auch die rheinisch-westfälische, die die mitteldeutsche u. a. m., gelten schon seit Jahren als Mogel-syndikate. Vor dem Zementabnehmer erscheint das „mächtige“ Syndikat, fordert Preise, legt rigorosste Annahmestimmungen fest und kommandiert die Zahlungstermine. Die Konkurrenz unter den Zementwerken, auch unter den kartellierten, die doch angeblich die festesten Preise haben, ist jedoch so stark, daß die offizielle Vereinigung praktisch äußerst windig aussieht. Man mag sich aber setzen, was es heißt, wenn zum Beispiel im alten rheinisch-westfälischen Zementyndikat 1911 8,8 Millionen Faß Zement — a 170 Kilogramm — konzentriert waren, die nur zur Hälfte abgesetzt werden konnten, und die Erneuerungs- und Wiederaufbaubehandlungen der Vereinigung Produktionsforderungen von 80 Millionen Faß ergeben!

In einem Falle geht die Syndikatsleitung vor die Gerichte, weil das ihr angeschlossene Werk Zement an die süddeutsche Verkaufsstelle abgesetzt hat, das geheime Prengericht verurteilt das Unternehmen, trotz des entgegenstehenden Urteils des Reichsgerichts in der gleichen Sache, zu Hunderttausenden von Mark Geldstrafe. Das Syndikat schickt seinen wissenschaftlichen Sachverständigen zum Durchscheiden der Fabrikräume des reuerten Unternehmers. Dies läßt den Herrn nicht herein und wird vom Syndikat zu 20000 M. Strafe für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung bestraft! Geht es gar nicht anders, und oft genug geht es nicht anders, dann werden die horrenden Strafen für diejenigen welche die Syndikatsgesetze übertreten haben ausgesprochen — oft über Hunderttausende von Mark — bezahlt werden die Strafen aber nie. Die Richter der Mogelsyndikate sind oft Kartellschieber, die nur aus Spekulationsrücksichten, trotz der Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit des ganzen Unternehmens, ein Interesse daran haben, die Werke nach außen als gefestigt und vereinigt dastehen zu lassen.

Dort, wo Syndikate herrschen, wie das Kohlsyndikat, würde es jedem, auch dem kleinsten Kohlenhändler traurig gehen, der es wagt, andere Preise zu halten als die ihm vorgeschriebenen. Hier sind die Kohlenhändler dem Syndikat für die Kleinerkäufer haßbar! Sind aus irgend welchen Gründen doch Preis- ausnahmen notwendig — zur Bekämpfung eines unliebsamen Konkurrenten z. B., dann bestimmt die Kampfkommission des Syndikates die Ausnahme und legt die Kampfpreise fest!

Die Verträge der Syndikate und Kartelle sind oft mit kleinen Umwegen um die Paragraphen des Strafgesetzbuches geradezu ornamentiert. Was würden die Industrieherrn dazu sagen, wenn die Arbeiterorganisationen für Streikbrecher Geldstrafen festlegen, diese mit Einziehung derselben wirtschaftlich kaputt setzen, ihnen jede Weiterarbeit an anderer Stelle unmöglich machen?

Ebenso wie der Terrorismus der Syndikate und Kartelle geradezu ungeheuerlich ist, wie wenig heute von der Herrenstellung in eigenen Häusern für die Industrielapitäne übrig geblieben ist, so viele Methoden gibt es, praktisch durchgeprobte Methoden, das eigene Syndikat oder Kartell hinteres Licht zu führen.

Schreibmaschinen, die in Breslau nicht nach Berlin, oder in Nürnberg nicht nach Frankfurt a. M. verkauft werden dürfen, werden eben in Breslau und in Nürnberg verkauft — der Käufer nimmt sie mit dahin, wo er will. Porzellan wird zum Konventionspreis verkauft — nur der Empfänger merkt, daß er für sein Geld eine bessere Ware, als ihm nach den Bestimmungen des Kartells zukommen dürfte, erhalten hat.

Die rigorossten Kartelle, wozu auch die Vereinigung deutscher Porzellanfabriken gehört, versuchen dann durch recht eigentümliche, der Volksgel abgerackte Methoden ihre Mitglieder zur Ehrlichkeit zu erziehen, sie zahlen Spitzegelder. Wer gegen die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages verstößt, hat hohe Vertragsstrafen zu zahlen. Derjenige Fabrikant, das Unternehmen, welches die Verträge endbricht hat und „angeht“, erhält eine Rangprämie, 25 Proz. der Strafe, mindestens aber 500 M.!

Das sind alles nur Einzelheiten, die hin und wieder einmal an das kritische Licht der Deffektivität geraten. Die geheimen Syndikate, Kartelle und Konventionsverträge sind oft genug nichts weiter als Führer um das Strafgesetz. Da finden wir alle Tatbestände des schmachlichsten Terrorismus, der bewußten Ueberbottung, der Erpressung und des Wuchers!

Die Industrieherrn, die in ihren eigenen Betrieben wirtschaftlich längst nichts mehr zu sagen haben, retten sich dann mit ihren Herrscherbedürfnissen zu den Arbeitern und schikanieren, kommandieren und terrorisieren diese und deren Organisationen, setzen sich aufs hohe Pferd und werden moralisch. Es muß immer und immer wieder betont werden: wenn der wirkliche Terrorismus der Unternehmer so bestroft würde wie der eingebildete den Arbeitern gegenüber, es müßten erst neue Gefängnisse und Justizhäuser gebaut werden, ehe all diejenigen Industrieherrn und Vereinigungen, die täglich planmäßig und bewußt gegen die Gesetze verstößen, eingesperrt werden könnten!

### Neue Bücher.

Materialien für das wirtschaftswissenschaftliche Studium. Herausgegeben von Richard Passow, ord. Professor. 2. Band: Effektenbörsen. (VI und 152 S.) 1912, kart. 2,40 M. Verlag von W. G. Neubner, Leipzig und Berlin.

Für die Kenntnis des Börsenhandels mit Wertpapieren bildet der vorliegende Band eine brauchbare Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen und der Geschäftsordnungen verschiedener Börseninstitute. Auf die Wiedergabe dieser gesetz- und börsentechnischen Vorschriften ist aber der Inhalt beschränkt. Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Effektenbörsen bringt er keine Materialien.

## Soziales.

### Kultur der Hörigkeit.

Vorgeschriebene Arbeitsordnungen und weitere Bestimmungen der Gewerbeordnung geben den Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern einen umschriebenen Inhalt. Der allzu ungleichen Verteilung von Licht und Schatten ist dadurch wenigstens rechtlich vorgebeugt. Gut organisierte Arbeiter regeln das Arbeitsverhältnis, formell und materiell, durch tarifliche Abmachungen

die gegenseitigen Pflichten und Rechte. Nach Ansicht der Unternehmer wird das ideale Harmonieverhältnis zwischen Kapital und Arbeit allerdings entwürdig, wenn der Herr nicht einfach gebietet, der Knecht nicht bedingungslos gehorcht. Nur der Knecht, nicht dem eigenen Triebe folgend, erkennen sie die Gleichberechtigung der Arbeiter an. Aber für die Beamten und Angestellten verpönen sie solche Profanierung der Beziehungen zwischen diesen und sich selbst. Kein Vertrag darf das „Vertrauensverhältnis“ stören. Hier sollen die menschlichen Beziehungen auf der Grundlage des ehrwürdigen patriarchalischen Verhältnisses bereinigt werden. Den Anspruch auf ein Muster dieser Hörigkeitskultur dürfen die „Allgemeinen Bestimmungen“ erheben, auf die sich zu verpflichten, die Angestellten der Unternehmen des Kuerkonzerns die Ehre und das Vergnügen haben. Die Verordnung bestimmt unter anderem: „Die Geschäftszeit wird von der Direktion periodisch festgesetzt.“ — Der Hörige, pardon, Angestellte, hat sodann anzuerkennen, daß er „für Leberstunden keine besondere Vergütung zu beanspruchen“ hat. Das Krankwerden ist gerade nicht direkt verboten, aber der Beamte muß auf Verlangen „jederzeit“ ärztliche Atteste vorzeigen und sich „auch vom Vertrauensarzt der Gesellschaft untersuchen lassen“. Die üblichen Verpflichtungen der strengsten Geheimhaltung aller geschäftlichen Angelegenheiten genügen hier nicht. Wörtlich heißt es in dem Erlaß:

„Außerhalb des Geschäfts, besonders an öffentlichen Orten, sind unnötige Gespräche über geschäftliche und dienstliche Angelegenheiten zu vermeiden.“

Dazu gehört natürlich auch die Rapportpflicht. Die Angestellten haben „von jedem Vorgange, welcher Schädigung der Gesellschaft zur Folge haben könnte, oder der sonst ihre Geschäftsinteressen berührt, sofort Anzeige zu erstatten“. Für Denunzianten, Spiechelder und ähnlichen Ebelingen eröffnet sich da ein reiches Feld schmutziger Tätigkeit. Die Kommandogewalt der Unternehmer erstreckt sich auch auf das wissenschaftliche Interesse der Angestellten. Es ist ihnen verboten, journalistische Arbeiten, wissenschaftlichen oder technischen Inhalts ohne Genehmigung der Direktion zu veröffentlichen. „Auf Gelderwerb gerichtete oder für die Deffektivität bestimmte Nebenbeschäftigungen sind unzulässig“, höchstens auf Widerruf ausnahmsweise, und zwar nur nach vorheriger Erlaubnisnahme gestattet. Köstlich ist die folgende Bestimmung, die sich anhört, als ob ein armer Sünder ein Bekenntnis ablege und um Buße bitte. Sie lautet in ihrer ganzen Schöne:

„Wenngleich die Gesellschaft von mir erwartet, daß ich meinen Dienst nach bestem Wissen und Gewissen verrichte, muß doch andererseits darauf hingewiesen werden, daß jede Verletzung der Pflichten, welche mir durch meinen Dienst auferlegt werden, geahndet werden.“

In milderen Fällen wird ein mündlicher oder schriftlicher Verweis seitens der Direktion erteilt. Wenn Verweise sich unwirksam zeigen, wird Kündigung des Dienstverhältnisses erfolgen. Abgesehen hiervon ist aber die Gesellschaft zur sofortigen Dienstentlassung außer den gesetzlichen Gründen auch in Fällen von Widersetzlichkeit und grober Nachlässigkeit berechtigt. Als grobe Nachlässigkeit wird je nach den Umständen angesehen werden, wenn ich die Ausführung eines übernommenen Auftrages nicht mit Energie betreibe oder mir überwiesene Arbeiten unerledigt liegen lasse.“

Der Kuli soll schon in Rücksicht auf die Möglichkeit eines Stündenfalles Neue empfinden. Daß die Entlohnung als Söhrige in des Wortes weitestgehender Bedeutung betrachtet werden, das entrichtet der Möglichkeit jeden Zweifels der Schlussparagraf — Nr. 10 — der Verordnung. Er dekretiert: „Alle Erfindungen und Verbesserungen“, die von Angestellten bei ihrer geschäftlichen Tätigkeit, oder privaten in ihrer freien Zeit, gemacht werden, sind unbeschränktes und alleiniges Eigentum der Firma. Nur sie hat das Recht auf Patentierung und Verwertung. In, der Leibeigene hat sich weiter wie folgt zu verpflichten: „In Ländern, in denen die Gesellschaft solche Erfindungen und Verbesserungen auf ihren Namen nicht zum Patent anmelden kann, habe ich dies auf ihr Verlangen auf meinen Namen zu tun, und zwar auf Kosten der Gesellschaft. Das Patent ist alsbald ohne Gegenleistung durch rechtsverbindlichen Akt auf die Gesellschaft zu übertragen.“ Wer nun etwa glaubt, das sei die Höhe der Sklavenpflicht, der verkennt kapitalistische Annahme. Kraft seines Plünderrechts verpflichtet das Kapital den seinen Willkür Ueberlieferern zu folgendem Anerkenntnis:

„Ich darf während meiner Dienstzeit bei der Firma und sechs Monate nach Beendigung derselben kein Patent anmelden oder durch einen Dritten anmelden lassen, ohne hierzu vorher die schriftliche Erlaubnis des Vorstandes der Gesellschaft eingeholt zu haben.“

Melde ich gleichwohl während der vorbezeichneten Zeit ein Patent an, oder lasse ich solches durch einen Dritten tun, so bin ich verpflichtet, alle Rechte aus demselben ohne weiteres und ohne Entschädigung auf meine Kosten der Gesellschaft zu übertragen und derselben eine Konventionsstrafe von 10000 M. zu zahlen. Die Gesellschaft behält sich in solchen Fällen außerdem das Recht vor, weitergehende Schadenerschaftsprüche geltend zu machen.“

Vor Ablauf von 6 Monaten, nach Erlangung seiner Freiheit aus dem Hörigkeitsverhältnis, darf der ehemalige Hörige danach nicht einmal die Wertierung einer Erfindung durch Patentanmeldung vorbereiten, auch dann nicht, wenn die Erfindung das Resultat freier Arbeit ist. Zwar hat der Mann vielleicht nur 2000 M. Gehalt bezogen, aber er soll 10000 M. Strafe zahlen, wenn er gegen das Verbot der ehemaligen Sklavenhalterin verstößt, die auch noch „Schadenerschaftsprüche“ erheben darf, wenn ihr die Ausbeutung der Arbeit anderer vorenthalten worden ist.

Wahrlich, höher geht's nimmer! Es bleibt nur noch zu sagen, daß sich alle erwähnten Vorschriften auch auf Wäster, Modelle, Zeichnungen und Photographien beziehen und den Angestellten verboten wird, in Versammlungen oder schriftstellerisch sich über irgendwelche geschäftliche oder technische Angelegenheiten zu äußern. Das gilt auch für die Zeit nach Abtreifung der Hörigkeitskette. Um Irrtümer zu vermeiden sei noch konstatiert, daß die Hörigkeitsverordnung der Kuergesellschaft aus dem Jahre — 1912 datiert!



Selbstkostenpreis  
+ 10%

## Wissentliche Täuschung!!

Die Art und Weise, das Publikum durch fortwährende „Ausnahme-Tage“ und „billige Sonder-Angebote“ oder dergl anzulocken, während die Preise genau dieselben sind wie an anderen Tagen, betrachten wir als eine wissentliche Täuschung! — Erst kürzlich ist es uns gelungen, bei einer grösseren Firma zwei derartige Fälle festzustellen. — Nach unserem System Selbstkostenpreis + 10% ist jede unlautere Manipulation ausgeschlossen, da alle Waren, auch Gelegenheitskäufe, jederzeit zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, und als einziger Nutzen nur 10% Umsatzprovision erhoben wird.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.  
Nur Neue Schönhauser Strasse 1 Ecke Weinmeister- und Münz-Strasse  
Spezial-Haus grösst, Stils für fertige Herren- u. Knaben-Bekleidung



# Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 2. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, in den „Konkordia-Sälen“, Andreasstr. 64:

## Außerordentliche General-Versammlung.

1. Fortsetzung der Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Ausführungsbestimmungen des Wahlregulativs und Anträge.  
2. Beratung und Beschlussfassung über Anstellung eines dritten Angestellten und Anträge. 3. Vereinsangelegenheiten.

**Orts-Krankenkasse**  
für das  
**Bierbrauergewerbe**  
zu Berlin.

**Achtung!**  
Begen Umzuges bleibt die Kasse  
am Freitag, den 5. Juli d. J.,  
geschlossen.

Vom Sonnabend, den 6. Juli ab  
besteht sich das Geschäftsbüro  
Kaiser-Wilhelm-Str. 18a, v. II,  
277/1 Otto Ulrich, Vorsitzender.

**Vornehme**



**Bekleidung**  
fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen  
**Mass-Schneiderlei**  
**J. Kurzberg**  
auf Wunsch Wochenrate.



**Rosenthaler Straße 36**  
1. Etage.  
**Frankfurter Allee 104**  
Ecke Friedenstraße.  
**Reinickendorfer Str. 4**  
Weddingplatz.

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 2. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den „Germania-Prachtsälen“,  
Chausseestr. 110:

## Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:  
Beratung des Entwurfs der Ausführungsbestimmungen und der dazu gestellten Anträge.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 230/1\* Der Vorstand.

**Achtung!** Unser diesjähriges Sommerfest findet am Sonntag, den 14. Juli, im Schloß Weißensee statt.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.  
Freitag, den 5. Juli, abends 7 Uhr (gleich nach Feierabend)  
bei Jannasch, Jusefstr. 10, an der Jannowitzbrücke:

## Baudeputierten-Versammlung

für alle Sektionen, Gruppen und Branchen des Baugewerbes.  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Pflicht aller auf den Baustellen beschäftigten Kollegen der verschiedenen Branchen ist es, zu dieser Versammlung Stellung zu nehmen und dafür einzutreten, daß von jeder Branche auf den einzelnen Arbeitsstellen ein Vertreter gewählt und delegiert wird.  
Der Zweigvereinsvorstand.

140/14\*

# Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt III, 2438.

**Achtung!** 50/1\*  
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees  
und Saalhabern unseren

**kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.**  
Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.

Kopellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.  
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal rot und muß  
mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

# Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Bureau: Kaiser-Wilhelm-Str. 18a. Geöffnet von 9—5 Uhr  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 6170. Postfach-Nr. 12720.  
August Palko. Stellennachweis geöffnet von 10—1 Uhr.

## Achtung! Krankenkassenangestellte!

Morgen Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 Uhr,  
in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

## Vertrauensmänner-Sitzung.

Jede Kasse Berlins und der Vororte muß vertreten  
sein. Die Ortsverwaltung. 47/12

# Verband der Lederarbeiter

Filliale Berlin I.  
Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, Prinzenallee 33:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
Verbandsangelegenheiten. 143/14  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Land u. Wald  
am gr. Storkower See  
mit eigenen Bootstellen  
OR von 7 M. an.  
Terralgemeinschaft am Storkow-  
und Scharnützsee m. b. H.  
Berlin C. 2, Burg-Strasse 30.

# Theater und Vergnügungen

Dienstag, 1. Juli 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Prater.** O diese Berliner.  
Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Der Großglöckner, Gastein  
und die Salzburger Alpen.  
**Königsplatz.** Die fünf  
Frankfurter.  
**Kurfürstendamm.** Der Tanzantant.  
**Neues.** Der liebe Augustin.  
**Berliner.** Große Köpfe.  
**Schiller O.** Hohe Politik.  
**Schwärzer-Charlottenburg.** Das  
Konzert.  
**Thalia.** Kautschuk.  
**Metropol.** Schwindelmeier u. Co.  
**Köpenick.** Nacht und Morgen.  
**Apollo.** Spezialitäten.  
**Vossage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Sanatorium.** Sonnenlicht.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bessing.** Vergnügungsreise.  
**Neues Schauspielhaus.** Elbster  
Schäfer. 1. Klasse.  
**Lustspielhaus.** Ein Königreich  
u. d. S.  
**Neues Operetten.** Paradies  
Nr. 10.  
**Griecher.** Wild. Schauspielhaus.  
Die feuchte Sultane.  
**Golies Caprice.** Parfiana-Ensemble.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Kleines.** Der Unerschämte. Der  
Katz seiner Ehre. Der Herr  
mit der grünen Kravatte.  
**Königsstadt-Kasino.** Spezialitäten.  
Anfang 10 Uhr.  
**Admiralpalast.** Eisball: Joanne.  
**Sternwarte.** Inaallendstr. 57—62.

**Schiller-Theater O.**  
Wallner-Theater.  
**Hohe Politik.**  
Schwank in 3 Akten v. R. Stowronnel.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen letzte Vorstellung vor den  
Ferien:  
**Hohe Politik.**

**Schiller-Theater**  
Charlottenburg.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel in 3 Akten von Herm. Bahr.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Das Konzert.**

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
Operette von Leo Fall.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nacht und Morgen.**  
Rittmich Lustspiel. Keine Stenose:  
**Die Tragödie einer Ehe.**  
Auf der Gartenbühne:  
**Juhu! Es ist erreicht!** Gr. Neues.

**LUNA PARK**  
30 Weltattraktionen 30  
Kongo, Zwergstadt, Die alte  
Mühle, Johnstons Untergang  
usw.  
Entree 50 Pf.  
Kinder und Zwergstadt bis  
6 Uhr frei.

**ZOO**  
LOGISCHER  
GARTEN  
Täglich:  
**Großes Militär-  
Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mark,  
von abends 6 Uhr ab  
50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Zum Schluss neu:  
**Sanatorium  
Sonnenlicht.**  
Bestes  
von Regiel.  
Anfang  
Bogenstr. 8.  
Sonntags  
7 1/2 Uhr.

**Königsstadt-Kasino.**  
Ede Holzmarkt- u. Alexanderstr.  
Täglich: Theater und Varieté.  
Anfang wochentags 8, Sonntags  
5 Uhr. Erstklass. Spezialitäten u.  
„Rosen aus dem Süden“  
große Operettenburleske.

**Ki-Ko-Ko**  
früher Neues Kgl. Opern-Theater  
(Tiergarten-Königsplatz).  
**Naturfarben-Lichtspiele**  
„Kinemakolor“  
Neues Programm!  
Siehe Theaterzettel a. d. Anschlagskäfen.  
**R. Voigts Krampenburg**  
vis-a-vis Schmöckwitz.  
Täglich: Extra-Dampferfahrten: vormittags 9 und  
nachmittags 2 Uhr, von der Jannowitz-  
und Waisenbrücke. 37922\*

**Metropol-Theater.**  
Schwindelmeier & Comp.  
Phantastisch musikalische Komödie in  
3 Akten aus dem Englischen völlig  
frei bearbeitet von R. Freund. Musik  
von R. Nelson u. a. Länge v. B. 1 1/2  
St. Szene geleitet vom Dir. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr.  
Vollständig neues Programm.  
**Clown Alf Daniels**  
mit seinen Jirkuspäpken.  
**Paul Beckers**  
mit seinem neuen Schläger  
**Der Angler** usw.

**Voigt-Theater.**  
Gejandbrunnen Bachstraße 59.  
Heute sowie täglich:  
**Die Tochter der Hexe**  
Gr. rom. Ausstattungsbild m. Tanz  
und Gesang in 5 Bildern.  
Neue Beleuchtungsbesetzung usw. usw.  
u. d. große Spezialitäten-Programm.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Hagenbeck's  
Indien**  
**Tempelhofer Feld**  
Täglich geöffnet von 11 Uhr  
vormittags bis 11 Uhr abends.  
Hauptvorstellungen: 11 1/2, 7 m.,  
Nm. 3, 4 1/2, 6, 7 1/2 u. 9 1/2 Uhr.  
Ab 8 **Doppelkonzert** mit pers.  
Uhr: Leitung des  
Kgl. Obermusikmeisters a. D.  
**Gustav Offenay.**  
Fußgänger-Promenade 50 Pfg.  
Reserv. Sitzplätze: Loge 2—,  
I. Trib. 1.50, II. 1.—, Kinder u.  
Militär die Hälfte.  
Unbeschränkter Aufenthalt.  
**Neu! Neu!**  
Ohne Extra-Entree  
**Macri Soliothi's**  
**Löwen- und  
Tigergruppe**  
Ohne Extra-Entree.

**IKLA**  
Intern. Kongress Lebender  
Abnormitäten.  
Die größte  
Ausstellung  
lebender Naturwunder  
von 10 bis 10 Uhr  
in den Gesamtträumen des  
Passage-Panoptikums.  
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.  
Kinder, Sold. 25 Pf.

**Sylvester  
Schäffer**  
Neues  
Schauspielhaus  
**Berliner Uk-Trio**  
Adr.: Neukölln Lahnstr. 741  
Für den Inhalt der Anzeigte  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.







an der „allgemeinen“ Schlägerei bestritten, kam das Gericht nach einer Verurteilung sämtlicher Angeklagten. Kraft erhielt 10 M., zu 1/2, Brose und Senfel je 50 M. Geldstrafe.

### Der Brand des Kinematographen-Theaters

In der Frankfurter Allee 153, bei welchem bei der entstandenen Panik zwei Kinder buchstäblich zertritten worden waren, hatte gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Spietshöfer ein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung war der Vorführer Karl Augler.

Am zweiten Weihnachtstage v. J. ereignete sich in dem Kinematographen-Theater des Kaufmanns Kempfner in der Frankfurter Allee ein an sich nicht gefährliches Brandunglück. Auf der Projektionsleinwand zeigte es sich plötzlich, daß das aus Zelluloid bestehende Filmband aus der Führungsröhre herausgesprungen war und sich festgeklemmt hatte. Im nächsten Augenblick hatte es sich in dem heißen Lichtkegel der Projektionslampe entzündet. Das Publikum blieb zuerst ganz ruhig, erst als eine unbekannt gebliebene Person „Feuer“ rief, stürzte alles dem Ausgange zu. Es entstand eine furchtbare Panik, welche noch dadurch vergrößert wurde, daß plötzlich das Licht erlosch. Die Erwachsenen bemerkten sich wie die wilden Tiere, indem sie die zahlreich anwesenden Kinder zu Boden schleuderten und über deren Körper hinweg, wild um sich schlagend, nach dem Ausgange drängten. Das Feuer selbst wurde von dem als Vorführer tätigen Angeklagten Augler erstickt, so daß die Feuerwehre gar nicht erst in Funktion zu treten brauchte. Nachdem das Licht wieder eingeschaltet worden war, bot sich den Anwesenden ein furchtbarer Anblick. Auf dem Boden lagen in einem entsetzlichen Zustand mehrere Kinder, die zum Teil bewußtlos waren, zum Teil noch leise wimmerten. Sämtliche Kinder hatten durch Fußtritte schwere Verletzungen erlitten; trotz schnelligst herbeigeholter ärztlicher Hilfe war es nicht möglich, zwei der Kinder, die 10jährige Margarete Nachau und den 6jährigen Paul Benede, am Leben zu erhalten. Die beiden unglücklichen Opfer dieser durch den Unersand des Publikums hervorgerufenen Katastrophe waren buchstäblich zertritten worden.

In den Ermittlungen, die zur Erhebung der vorliegenden Anklage gegen Augler führten, wurde festgestellt, daß er an jenem Unglückstage stark angetrunken zum Dienst gekommen war. Bei der Vorführung selbst war er derartig unachtsam, daß von der Tochter des Inhabers wiederholt Ausrufezeichen gegeben werden mußten, die er erst nach längerer Zeit beachtete. Als durch seine Unachtsamkeit der Film stehen blieb und sich entzündete, beging der Angeklagte eine weitere Fahrlässigkeit dadurch, daß er die gerade zum Schluß vorgesehene Sicherheitsstrommel aufschloß und den brennenden Film wegschleuderte, so daß auch noch die übrigen Filme in Brand gerieten. Eine weitere Fahrlässigkeit wurde darin gesehen, daß der Angeklagte das Licht vollständig ausgeschaltet hatte, da hierdurch die Panik noch vergrößert wurde und das Publikum, statt auch die vorhandenen beiden Notausgänge zu benutzen, nur nach einem Ausgange drängte. Im Laufe der Ermittlungen tauchte der bestimmte Verdacht auf, daß der Angeklagte vorsätzlich gehandelt habe und absichtlich unachtsam gewesen sei, um seinem Arbeitgeber Schäden zuzufügen. Der Besitzer des Theaters, Tempelner, hatte ihm wegen eines früher von ihm verursachten Schadens ein Weihnachtsgeschenk verweigert. Der Angeklagte war hierüber sehr ärgerlich und suchte, als er angetrunken zum Dienst erschien, zu dem Vorherr: „Du sollst sehen, heute paßiert noch etwas!“ Wie behauptet wird, soll sich der Angeklagte auch dann absichtlich nicht um die Warnungsgesellen bekümmert haben. Als das Unglück dann geschehen war, beteiligte er sich in keiner Weise an dem Rettungswerk, trotzdem er sah, daß sogar die Tochter des Besitzers mit eigener Lebensgefahr mehrere Kinder, die in dem Bekörbe zu Boden geworfen waren, herausholte und hinter dem Bänke in Sicherheit brachte. — In den gestrigen Verhandlungen waren als Sachverständige Medizinalrat Dr. Hoffmann und Oberbrandmeister Graf-Lichtenberg geladen.

Der Angeklagte bekennt jede Schuld und hatte durch Rechtsanwältin Zulubergler einen umfangreichen Beweis dafür anbieten lassen, daß ihm eine direkte Schuldumkehrung durch die Umstände entstanden sei. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

### Wie Ordnungsmann im Druck, so spielt er sich als Sozialistenführer auf, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Etwas

hant trieb es in dieser Beziehung der Magistratsbureauassistent Paul Drechsler in Halle, der wegen Amtsverbrechens vor dem dortigen Schwurgericht unter Anklage stand. Der Mann, ein Vorkämpfer, soll von den Weibern, die er gelegentlich der letzten Gemeinderatswahl den Weibern auszugeben hatte, 12 M. unterschlagen und die Kautionsliste gefälscht haben. Die Fälschung gab er zu, dagegen bestritt er, sich die 12 M. angeeignet zu haben. Die ganze Sache sei ihm „schleierhaft“, meinte er. Im Grunde genommen wäre eigentlich nur die Sozialdemokratie an seinem Unheil schuld. Das sozialdemokratische Volksblatt habe sich öfter feindselig über ihn geäußert und die Leute angereizt, sich gegen ihn möglichst räpelhaft zu benehmen. Hier griff schließlich der Gerichtsvorsitzende ein, der meinte, daß dies jedenfalls nur eine Einbildung des Angeklagten sei. Der Angeklagte erklärte weiter, daß er die sozialdemokratischen Bestrebungen, besonders bei den Gewerbetreibenden, sehr ansetzt zu haben. Der frühere Gewerbetreibendevorsitzende Assessor Hoffmann bekundete, daß der Angeklagte eine furchtbare Vereingnommenheit gegen Sozialdemokraten an den Tag gelegt habe, und ein Unternehmervorsteher bezeichnete Drechsler geradezu als Sozialistenkrieger, der in den Gerichtshöfen Unternehmer und Arbeiter öfter in Konflikt brachte. Sachverständige bezweifelten, daß Dr. ganz normal sei. Die Geschworenen sprachen ihn frei.

Wie konnte ein solcher anomaler Mann so lange Jahre als Gewerbetreibendevorsitzender fungieren?

### „Die Haken des Großherzogs“

war ein in der Nr. 21 der „A. Z.“ am Mittwoch veröffentlichter Artikel betitelt, der Anlaß zu einem Strafverfahren wegen Verleumdung des großherzoglich Sachsen-Weimarschen Hofjagambtes geworden hat. Als Angeklagte hatten gestern vor dem Schöffengericht Mittel zu erscheinen: Der Dr. med. Arthur Bernheim-Charlottenburg als Verfasser des Artikels, ferner der verantwortliche Redakteur der „A. Z.“, Reuter, und der Chefredakteur Maximilian Wolf. Im Weimarschen Stadtkollegium hatte der Abg. Braune einen angeblichen Vorfall zur Sprache gebracht, der sich im Anlaß an eine Hofjagd abspielte haben sollte. Danach sollen 100 Haken, deren man sich ansehend auf andere Weise nicht habe entledigen können, weil das Hofjagambt sich einer sogenannten „Schwänze“ der Wildbrethändler nicht habe weigern wollen, einfach vergraben worden sein, anstatt sie zu wohltätigen Zwecken zu verwenden oder sie nach Berlin zu dirigieren. Diese Geschichte wurde nicht sofort dementiert und machte die Runde durch die thüringische Presse, ging auch in Berliner Zeitungen über. Der interimsweise Artikel knüpfte daran humoristische und satirische Bemerkungen volkswirtschaftlicher und politischer Natur und diese haben dem großherzoglichen Hofjagambtmann Grafen Perponcher Anlaß zur Stellung des Strafantrages wegen Verleumdung aus § 196 St.-G.-B. gegeben. Der Staatsanwalt beantragte Geldstrafen, und zwar gegen den Angeklagten Reuter in Höhe von 50 M., gegen die beiden anderen Angeklagten in Höhe von je 75 M. — Rechtsanwält Dr. Frankfurter bestritt, daß dieses vom Großherzog persönlich geschaffene Hofjagambt überhaupt als eine „Behörde“ im Sinne des § 196 anzusehen sei. Auch habe der Artikel gar keine beleidigende Tendenz gehabt und sich gar nicht gegen den Grafen Perponcher gerichtet, sondern gegen den Ring der Wildbrethändler und gegen die fame-

ralistische Unbeholfenheit in wirtschaftlichen Dingen. — Das Gericht erkannte auf Freisprechung der drei Angeklagten.

### Kaisers-Geburtstagsfeier.

Studenten und Kellner — erstere als Zeugen, letztere als Angeklagte — fanden sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegenüber. Es handelte sich um eine kleine Wälferschlacht im „Strammten Hund“, einem Lokal, in dem Studenten und Nachschweißwärmer aller Art die „letzten Schoppen“ zu sich nehmen oder sich auch an „Erbsenjuppe“ oder „Prärie-Kustern“ zu defektieren pflegen. Ein Duzend Studenten, welche Kaisers Geburtstag gefeiert hatten, suchten in der Nacht zum 27. Januar den „Strammten Hund“ auf, obgleich sie des edlen Getränkes schon ziemlich voll waren. Sie waren in dem kleinen Zimmer, in dem sie sich niedergelassen hatten, recht laut. Einer der beiden angeklagten Kellner forderte die Studenten auf, sich ruhiger zu verhalten. Er predigte aber tauben Ohren. Als dann der zweite Kellner auf der Bildfläche erschien und etwas energisch ersuchte, den „Wurgfresser“ zu wahren, da sich die anderen Gäste im Lokale schon besäuwerten, erhielt er von dem einen Studenten eine so ablehnende Antwort, daß er diesem eine fühlbare Zurechtweisung zukommen ließ. Nun war die Empörung da. Die Studenten wurden aufgefordert, das Lokal zu verlassen und ihre Beche zu bezahlen, und da einige sich dessen weigerten, wurden ihnen ihre Ueberzieher vom Kiesel abgenommen und als Pfand in ein Nebenzimmer gebracht. Es kam darüber zu einem immer toller anschauenden Wärm und zu gegenseitigen Attacken, so daß die kränkelnde Bewirtschafterin des Lokals herbeigeholt werden mußte. Als diese die Studenten aufforderte, das Lokal zu verlassen und ihnen vorhielt, daß sie sich eventuell eines Hausfriedensbruchs schuldig machten, brüllte ihr der eine Student entgegen: „Was wollen Sie, Sie freche Person?“ und verfeuerte ihr einen Schlag ins Gesicht. Die Jungin beschwor dies, der Student leugnete es und behauptete im Gegenteil, daß er eine Backpfeife von der Frau erhalten habe. Schließlich rannte der eine der beiden angeklagten Kellner auf die Straße, um einen Schuhmann herbeizuholen. Als er mit diesem den Keller wieder betrat, entwickelte sich nach dem Zeugnis des Schuhmannes eine wilde Szene, in welcher, wie der Beamte gestern bekundete, die noch anwesenden Studenten — die Wehrzahl hatte das Lokal verlassen — sich ganz empörend betragen haben sollen. Man schlug auf die Kellner ein, die ihrerseits sich nach Möglichkeit ihrer Haut wehrten. Der Beamte sah sich schließlich gezwungen, zwei der jungen Männer mit zur Wache zu nehmen. Auf dem Wege dorthin betrogen sie sich so, daß sie später mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht wurden. Der eine hatte dann richterliche Entscheidung beantragt mit dem Erfolge, daß die polizeilich festgesetzte Geldstrafe vom Gericht verpöppelt wurde. Einige der Hauptbeteiligten stellten dann Strafantrag gegen die beiden Kellner wegen Körperverletzung und tätlicher Beleidigung. Die Verhandlung entrollte aber ein den Studenten — von denen einige bis zum heutigen Tage ihre gemachte Beche noch nicht bezahlt haben — so ungünstiges Bild, daß das Gericht in fast allen Fällen eine Notwehr der beiden Kellner annahm und auf Freisprechung erkannte und nur in einem Falle gegen den zweiten Angeklagten auf 3 Mark Geldstrafe erkannte. — Rechtsanwält Schumleifer stellte den Studenten noch die Möglichkeit eines Verfahrens wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs in Aussicht.

Ein deutscher Beamtenbestechungsprozess an der russischen Grenze. Ein in dieser Beziehung an den Kieler Westprozess erinnernder umfangreicher Prozess gegen eine Reihe von Speditoren und Eisenbahnbeamten wegen Beamtenbestechung begann gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Proffe vor der Strafkammer in Dörsow. Angeklagt sind die Speditoren Gebrüder Heinrich und Moritz Wagnianski aus Stalmitzsee und die Eisenbahnbeamten Rohl, Preater, Schulze, Boh, Kaiser, Anas, Kimpel, Giede, Bretschneider. Der Öffnungsbeschluss legt den angeklagten Speditoren zur Last, die Beamten durch Geschenke, wie Zigarren, Delikatessen, Kognak, und andere derartige Artikel, zum Verrat von Dienstgeheimnissen veranlaßt zu haben, und den Beamten, durch Annahme dieser Geschenke sich gegen das Strafgesetzbuch vergangen zu haben.

Ueber den Ausfall der voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmenden Verhandlung werden wir berichten.

## Aus aller Welt.

### Tragischer Ausgang einer Vergnügungsfahrt.

Ein furchtbarer Zusammenstoß zwischen einem mit etwa 20 Personen besetzten Krenser und einem in voller Fahrt dahindraufenden Schnellzuge fand am Sonntagabend gegen 12 Uhr auf einem Eisenbahnübergange bei Schmiedefeld in Schlesien statt. Bei dem Zusammenprall wurden fünf Insassen sofort getötet, vier andere erlitten so schwere Verletzungen, daß drei schwerverletzte nach wenigen Stunden starben. Die übrigen Insassen des Krenser kamen mit weniger schweren Verletzungen davon.

Ueber das entsetzliche Unglück, das durch die Unachtsamkeit des Schrankenwärters hervorgerufen sein soll, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Breslau, 1. Juli. Der Zug, der das Unglück verursacht hat, sollte auf dem Breslauer Hauptbahnhof 11 Uhr 53 Min. eintreffen. Die Eisenbahnbrücke an dem Chauffeeübergang in Schmiedefeld soll durch ein Versähen des Bahnwärters zu spät geschlossen worden sein. Die Pferde des Krenser kamen noch heil über die Schienen hinüber, der hintere Teil des Krenser wurde aber von dem herandraufenden Zuge erfasst und total zertrümmert. Fünf Insassen waren sofort tot, vier weitere wurden schwer verletzt. Außerdem haben eine Anzahl Frauen und Männer leichtere Verletzungen erlitten. Der zertrümmerte Krenser liegt heute noch an der Unfallstelle, ebenso liegen dort noch die Leichen der bei der Katastrophe tödlich Verunglückten. Die Fortschaffung kann erst erfolgen, nachdem die sofort benachrichtigte Verkehrs-Kommission aus Breslau die Lokalinsektion vorgenommen haben wird.

Breslau, 1. Juli. Der bei Schmiedefeld von einem Eisenbahnzug überfahren Krenser war zum größten Teil mit Beamten der schlesischen Landwirtschaftskammer besetzt, die mit ihren Familien und Gästen in mehreren Wagen einen Ausflug nach Stadelwitz machten. Beamte der Kammer haben sich nach der Unfallstelle begeben, um die Toten zu rekonozieren. Die meisten der Schwerverletzten haben schwere Schädel- und Weindrücke erlitten.

Breslau, 1. Juli. Die „Schlesische Zeitung“ meldet, hat der Bahnbeamte, der mit der Bedienung des mechanischen Schranken-Schlusses an der Chauffeeübergang betraut war, Polizeibahnwärter Standke aus Mariähof, einen Selbstmordversuch verübt und wurde in Schutzhaft genommen. Der Wärter gibt an, in der fraglichen Zeit gelesen und das Signal übersehen zu haben.

### Todessturz von Weno König.

Wiederum ist einer der besten deutschen Flieger vom Schicksal ereilt worden: Weno König, der Lehrer Pletschlers, der gleichfalls vor einigen Monaten verunglückte. König, von Hans und Chauffeur, widmete sich im Juli 1910 der Aviation. Im Dezember machte er sein Pilotenexamen, um dann aus dem großen deutschen Rundflug im Juni 1911 als Sieger hervorzugehen.

Der Verunglückte war zuletzt vom Doppeldecker, den er bei seinem Siegesfluge im vergangenen Jahre gesteuert hatte, zum selbstkonstruierten Eindecker übergegangen, mit dem er seit vierzehn Tagen eine Reihe glücklicher Flüge ausgeführt hatte. Als er am Sonntag bei der Hamburger Flugkonkurrenz einen Ueberlandflug unternahm, sah er sich — offenbar durch Versagen des Motors — zu einer Landung gezwungen. Er erreichte auch im Gleitfluge den Boden, doch stellte sich der Apparat dann infolge eines Hindernisses auf den Kopf, wodurch König mit solcher Festigkeit heraufgeschleudert wurde, daß er Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen davontrug, denen er in der Nacht zum Montag bereits erlag.

Wit König ist wieder einer der besten deutschen Flieger dahingegangen!

Während so am Sonntag einer der tüchtigsten deutschen Flieger in Hamburg tödlich abstürzte, feierte am Sonnabend auf dem Fliegermeeting in Wien der österreichische Oberleutnant Blasko einen glänzenden Triumph. Blasko, der sich schon bei dem Fluge Berlin-Wien durch seine dem Sieger Hirth durchaus ebenbürtige Flugleistung auszeichnete, stellte am Sonnabend einen neuen Weltrekord im Höhenflug

auf, indem er mit Passagier 4200 Meter Höhe erreichte! Der Weltrekord ohne Passagier, der von Caros gehalten wurde, betrug bisher nur 3000 Meter. In Deutschland erreichten kürzlich auf der Kieler Flugwache der Referendar Caspar ohne Passagier 3250, Hirth mit Passagier 2600 Meter.

### Unglücksfahrt eines Berliner Freiballons.

Der dem Berliner Verein für Luftschiffahrt gehörende Ballon „S. S.“ war am Sonnabend abend als Teilnehmer an einer Zielfahrt in Schmargendorf aufgestiegen. In der Nähe des Dörfchens Harmsdorf bei Rostock geriet der Ballon in einen Gewittersturm. Der Führer des Ballons, ein Berliner Augenarzt Dr. Halben, versuchte daher eine Notlandung vorzunehmen, die jedoch sehr unglücklich verlief. Der Ballon wurde bei seinem Niedergehen von einer starken See erfasst und so stark zu Boden gedrückt, daß die drei Insassen beim Aufprall der Gondel auf den Erdboden sämtlich schwere Verletzungen erlitten. Die unglückliche Landung war von Beobachtern des Ballons bemerkt worden, so daß nach kurzer Zeit Hilfe zur Stelle war. Der Führer Dr. Halben erlitt eine Verletzung der Wirbelsäule und einen Bruch des linken Fußgelenks. Von den Mitfliegenden hat Geh. Legationsrat Seyfert einen Oberarmbruch, einen Beckenbruch und einen Fußbruch davongetragen, während dem dritten Insassen, Regierungsbaumeister Lange, ein Oberarm, ein Oberschenkel und ein Fuß gebrochen wurde. Die Verunglückten fanden Aufnahme im Rostocker Krankenhaus.

### Schweres Automobilunglück.

Am Sonntagnachmittag wollte das Automobil eines Ehrenfelder Fabrikanten auf der Bonner Chaussee einen vor ihm herfahrenden Motorradfahrer überholen, als dieser plötzlich von der rechten Seite der Chaussee in die Mitte fuhr, so daß der Chauffeur mit Gewalt bremste, ohne verhindern zu können, daß der Motorfahrer überfahren wurde. Dieser, ein Maschinenmeister aus Brühl, wurde schwer verletzt. Das Automobil rannte in den Chausseeegraben und die Insassen wurden heraufgeschleudert. Der Fabrikant, der den Wagen selbst steuerte, seine Schwägerin und der Chauffeur wurden leichter, seine Frau und seine siebenjährige Tochter lebensgefährlich verletzt. Eine zehnjährige Tochter des Fabrikanten war sofort tot.

### Der Flirt im Bade.

Eine ganz neue Berufsart tritt in diesem Jahre in Erscheinung. In den Bädern an der Nord- und Ostsee haben sich, wie die „Kieler Zeitung“ mitteilt, Personen niedergelassen, die ihres Zeichens Detektive sind und ihre Dienste durch Zirkulare, Befragungen usw. anbieten. Eine größere Anzahl der Besucher, bei denen vorausgesetzt wird, daß sie den Sommer an der See verbringen, ist dieser Tage mit solchen Zirkularen heimgeführt worden. Unter Anführung der bisherigen „Erfolge“ wird unauffällige Beobachtung der im Bade weilenden besseren Geschäfte angeboten unter der Zusicherung, daß eventuell für eine Eheführung das esdrückende Material herbeigeschafft wird.

Die armen Weibchen! Richt einmal am Flirt im Seebade können sie sich ungestraft ergehen!

### Ein Abgeordneter als Betrüger.

Aus Rom wird geschrieben: Der Rechtsanwalt Targioni, ein ministerieller Abgeordneter eines Wahlkreises von Toskana, ist soeben in Florenz wegen Unterschlagung und Betruges zu vier Jahren Gefängnis, vier Jahren Ehrverlust und 4000 Lire Buße verurteilt worden. Sein Mitangeklagter, Notar Cecchi, zu der Hälfte derselben Strafe. Targioni und seine Helfershelfer haben es sich seit mehreren Jahren angelegen sein lassen, den Florentiner Grafen Bastogi, einen schwer reichen Mann und Mann, systematisch zu plündern, was ihnen so gut gelang, daß der Millionär bankrott machte, während Targioni ein ansehnliches Vermögen erwarb. Nach italienischem Recht ist zur Urteilsvollstreckung eine neue Autorisation der Kammer erforderlich. Wird diese erteilt, was keinem Zweifel unterliegt, so geht Targioni seines Parlamentsmandats verlustig, da mit bestimmender Urteilsvollstreckung auch der Ehrverlust beginnt und somit die Unfähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden.

### Kleine Notizen.

Geleitet und ertrunken. Am Sonntag unternahm in Wismar drei junge Leute eine Segelfahrt nach Tobemünde. In der Nähe von Holtkenhagen kehrte das Boot infolge der böigen See. Nur einer konnte gerettet werden, die beiden anderen ertranken.

Ausflug eines Wiener Touristen. Auf der Teufelsbaderhöhe im Ragggebiet kürzte am Sonntag der Wiener Tourist Rubin ab und war sofort tot.

Der Priester als Wechselfahrer. Vor den Wälfen von Perugia ist der Pfarer von Gudbio, ein Priester mit Namen Rosati, wegen Wechselfahrung zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt worden; zwei Komplizen erhielten Strafen von dreizehn und acht Monaten. Der Geistliche, der geständig war, ist durch Richter zur Bergweisung getrieben worden, bis er schließlich als Wechselfahrer endete.

Folgen schwerer Straßenbahnunfälle. In der Nähe der spanischen Reichsstadt Andoan stehen zwei elektrische Straßenbahnwagen mit großer Festigkeit zusammen. 20 Fahrgäste wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Die Ursache des Zusammenstoßes ist nicht bekannt.

Ein neuer Sittenkandal in Frankfurt. Wie aus Pontoise gemeldet wird, ist dort ein großer Sittenkandal ausgedacht worden. Die Sicherheitspolizei verhaftete zwei Frauen und deren Geliebten, die Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren anlockten und an Lebemänner verpöppelten. Die Angelegenheit erregt in der Stadt großes Aufsehen.

Graueharter Selbstmord. Auf entsetzliche Weise hat in Wien der 28jährige Schlossergeselle Leopold Forster seinem Leben ein Ende gemacht. Forster begab sich in eine Klemme der Straßenbahngesellschaft und setzte dann selbst einen Wagen in Bewegung. Darauf sprang der Lebensmüde ab und ließ den Wagen voraus. Dann drückte er seinen Kopf an den Puffer eines im selben Gleis stehenden Motorwagens und wartete in dieser Stellung den Zusammenstoß ab, der auch erfolgte. Dem Unglücklichen wurde der Schädel vollkommen zertrümmert.











Partei-Angelegenheiten.

4. Kreis. Heute Dienstag, den 2. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, in den „Konfordia-Sälen“, Andreasstr. 64: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Ausführungsbestimmungen des Wahlregulativs und Anträge. 2. Beratung und Beschlussfassung über Anstellung eines dritten Angestellten und Anträge. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

5. Kreis, 1. Abteilung: Donnerstag, den 4. Juli, in den Luna-Sälen, Neue Königstr. 7: Abteilungsversammlung. Vortrag des Genossen S. Weise über: Sozialpolitik. Bericht des Abteilungsleiters. Wahlen. Anfang 8 1/2 Uhr pünktlich.

6. Kreis. Heute Dienstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Germania-Prachtsälen“, Chausseest. 110: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Beratung des Entwurfes der Ausführungsbestimmungen und der dazu gestellten Anträge. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Weißensee. Mittwoch, 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Bergbrauerei, Berliner Allee 211 unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht vom vergangenen Geschäftsjahr. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Diskussion. 4. Die neue Bezirksabteilung. 5. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 6. Bezirksangelegenheiten.

In dieser Versammlung sollen auch die Vorgänge in der letzten Gemeindevertretersitzung zur Erörterung gelangen. Der Vorstand.

Johannisthal. Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Bieler, Friedrichstraße 8. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Mittwoch, 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Antrag der Bezirksleitung auf Ausschluss eines Mitgliedes. 4. Anträge zur Kreisgeneralversammlung und zum Parteitag. 5. Vorschläge zur Wahl eines Delegierten zum Parteitag und zur Provinzialkonferenz. 6. Anträge. 7. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kaulsdorf a. Ost. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Woban, am Bahnhof: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht der Bezirksleitung und des Kassierers. Wahl der Bezirksleitung. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Auf dem Extradampfer.

Schon eine Stunde vor Beginn der Heimfahrt stürmten sie das Deck. Jeder wollte einen möglichst angenehmen Platz haben. Die Schiffsangestellten bekamen zu tun. Bald war ein Schirm ins Wasser gefallen, bald ein Jack, bald ein Hut. Mit einer langen Stange mußten sie aus dem nassen Element herausgeholt werden. Das gab manches Hallo. Der Berliner Ausflügler erprobt an allem seinen Witz und findet überall sein Vergnügen.

Langsam versickerten die Minuten. Die dumpfe Schwüle und das Bier des Schiffstellers hatten längst Anlaß gegeben, daß die Herren in Hemdsärmeln und die Damen mit zwei oder drei aufgeschlopfen Busenknoöpfen dasahen. Dann setzte sich das mit schwitzenden Menschen bespülte Wassergefäß in Bewegung. Ein aufatmender Seufzer ging durch die Reihen.

Und nun glitten die Ufer in dem Dichte des verdämmerten Abends vorüber. Ein Winken begann hinüber und herüber. Mit Schleiern, mit Taschentüchern, mit Schürzen. Bis man auch dessen müde wurde. Schon begann den Kindern der Schlaf in den Augen zu reiben. Die Ganz-Kleinen, denen Mutter zur Feier des Tages das erste, steife Pöpschen geschlochten oder die ersten Höschen angezogen, wurden am ungemütlichsten. Manchen gelang es, mit dem fürsorglich mitgenommenen „Lutschi“ zu beruhigen. Bei anderen gab es erst ein kleines Konzert. Bald aber schliefen die ersten Flach- und Schwarzköpfe. „Nee, mit die Kinder is et och wirklich keen Verjmeien!“ „Mutta, paß bloß uf, det dem Kleenen nich der Kopp abbricht!“ Und Mutter schob mit sachter, fürsorglicher Hand den weit nach hinten hinübergefallenen Kopf ihres Mondkopfes an ihre Brust.

„Gaste nicht mehr zu präpeln, Oja?“ „Nellna, hier fehlt Bier!“ Und nun steigt das bekannte Lied „Bier her, Bier her! Oder ich fall um!“, dem bald „Ein Profit, ein Profit der Gemütlichkeit!“ folgt. Die Konturen der Uferbilder verschwimmen immer mehr. Sie gleichen nur noch neblig verschleierten Schatten. Motorboote knattern vorüber. Ruderboote streichen tastförmig über das Wasser. Ein paar weiße Segel träumen in schiffsumständerer Ducht. Die Freibäder am Ufergelände sind immer noch belebt. Die farbigen Badeanzüge leuchten grell auf dem saßlen Weiß der Menschenkörper. Die Klänge eines Schifferklaviers zittern über das Wasser. Dampfer mit Mondscheinfahrern rauschen vorüber. Und alles begrüßt sich lachend und neckend beim Vorübergleiten. Die sonnige Heiterkeit des zur Ruhe gegangenen Sommertages wacht noch immer.

Schloße wachsen am dunklen Firmament. Fabrikanlagen wechseln mit Sommergärten, deren Establishments in blinkendem Lichterschimmer erstrahlen. Immer dunkler wird die Nacht; immer näher geht es der Riesenstadt zu. Eine eigene Stimmung hat sich auf den Dampfer geschlichen. Im Arm der Mutter schlafen die Kleinen. Die Größeren haben das müde Haupt im Halbschlummer an Vaters Schulter gelehnt. Nun ist die Zeit für die Jugend in den besten Jahren gekommen. Eng aneinander geschmiegt sitzen die Mädchen. Eine Zwölfjährige mit starken, dunkelblonden Pöpsen steht abseits; ihre großen Augen starren forschend durch die Dunkelheit nach den Mädchen hinüber. . . . Dort summt eine Melodie auf. Erst hat eines der Mädchen ein halbblaues Lied gesungen. Und nun singen sie alle zusammen. Das Lied von der „Liebeslaube“, dann von „Mariechen“, dann „Das haben die Mädchen so gerne“. . . . Voll und stark schallt es aus den jugendlichen Kehlen über das leise glucksende Wasser. In den hellen Sopran der Mädchen mischen sich die tieferen Stimmen ihrer Begleiter. Sogar ein paar Alte brummen mit. Aber das sind „Eingänger“; die werden wohl Ruttern zu Hause gelassen oder in die Sommerfrische geschickt haben!

Und nun flankieren schon Großstadthäuser zu beiden Seiten die Wasserstraße. Brücke nach Brücke kommt: der Schornstein kippt herunter und wieder hoch. Die schlafenden Kinder werden wachgerüttelt. Vater zieht den Rock an und Mutter knüpft die Busenknoöpfe wieder zu. Die singende Jugend ist still geworden und konzentriert darüber, wo man das Abschiedsbiere trinken will. Man ordnet überall das Gepäck und drängt dem Ausgang zu. Geredet wird nicht mehr viel. Nur eine kleine Sechsjährige meint altklug: „Mu Mutta, det war aba heite eene feine Landpattie!“

Skelettfunde.

In Nieder-Schöneweide ist, wie kurz berichtet, bei Ausschachtungsarbeiten auf früherem Forstgelände ein menschliches Skelett gefunden worden. Gleich wird ein Verbrechen vermutet. Der behördliche Apparat beginnt mit vorschriftsmäßiger Umständlichkeit zu arbeiten, aber es läßt sich nichts Positives mehr feststellen. Das Gerippe ist gut erhalten, die Knochen sind zu Ätze zerfallen oder unkenntlich. Weitere Merkmale fehlen gänzlich, und selbst etwaige Knochenverletzungen lassen noch keinen unbedingten Schluß auf ein Verbrechen zu. So wird denn der traurige Rest eines Menschen abermals der Erde übergeben. Derartige Funde in und bei Berlin sind nichts allzu Seltenes und die daran geknüpften Vermutungen, die in der Bevölkerung leicht Glauben finden, stets dieselben. Auch auf Berliner Grund und Boden werden fast alljährlich bei Schachtarbeiten Gerippe entdeckt, zuweilen ganze Gräberfelder bloßgelegt. Es ist eine Tatsache, daß viele Häuser der Innenstadt, ohne daß die Bewohner eine Ahnung davon haben, über Gräbern erbaut sind oder daß stützendes Straßengerüst über menschlichen Resten abspielt. Die Zeit hat die Erinnerung daran, wo in früheren Jahrhunderten die Berliner Kirchhöfe lagen, stark verwischt. Aus ältesten Stadtakten oder Chroniken kann man das vielleicht noch feststellen, aber schließlich ist ja das Interesse hierfür ziemlich gering. Die Lebenden haben recht, man geht in der hastenden Weltstadt schnell über solche Ereignisse hinweg. Mitunter weisen Uniformstücke und Metallreste auf Soldatengräber hin. Alt-Berlin hatte ja vielfach zu leiden unter kriegerischen Einfällen, und so dürfen derartige Funde, die übrigens meist mit der sogenannten Franzosenzeit in Verbindung stehen, nicht verwundern. Doch auch einzelne Skelettfunde im alten Berlin sind nicht sonderlich verdächtig, denn der Chronist erzählt uns, daß es durch Privilegien gestattet war, Verstorbene anderweit als auf den ordnungsmäßigen Begräbnisplätzen, beispielsweise im Hausgarten, beizusetzen. Bekannt ist es, daß der ganze Koppenplatz mit seiner näheren Häuserumgebung über Leichen steht, von denen freilich nur sehr wenig erhalten sein mag. Das gleiche ist der Fall bei dem Gartenplatz, unter dessen Boden die einstmalig durch eine drakonische Strafjustiz Gerichteten liegen. Und zwischen Garten- und Bergstraße auf dem dortigen kleinen städtischen Spielplatz, tummelt sich seit Jahren pochtendes Jungelbende über Tausenden von Leichen. Anders verhält es sich mit Skelettfunden in der Umgebung Berlins, besonders in der Nähe von Wald und Wasser. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß es sich bei fast allen diesen Funden um vor langen Jahren ertrunkene Schiffer und sonstige Verunglückte oder um Selbstmörderleichen handelt. Früher machte man mit diesen Leichen noch weniger Umstände als heute. Konnten sie nicht recognosziert werden, so wurden sie einfach an Ort und Stelle beerdigt. Noch rücksichtsloser verfuhr man mit unbekanntem Selbstmördern. Sie wurden eifertig von Angehörigen der Gemeinde, auf deren Gebiet der Fund gemacht war, „ins Königliche“, das heißt in die nächstgelegene königliche Forst geschleppt, um der Gemeinde die Bestattungskosten zu ersparen, was noch heutzutage nicht als unmöglich gilt. Entweder fand nun sofort eine oberflächliche Verscharrung statt, oder die Leiche blieb liegen, bis sie zufällig ein Forstbeamter fand. Auch in letzterem Falle wurde gewöhnlich die Beerdigung im Walde vorgenommen, weil schon damals Freund Fiskus nicht für Geldausgaben schwärmte.

Die Arbeiten für die Untergrundbahn Nord-Süd sind im vollen Gange. In der Müllerstraße werden jetzt die Kanalisationsrohre — Druck- und andere Rohre — verlegt. In der Friedrichstraße, am Belle-Allianceplatz und am Halleschen Tor sind noch ebenfalls schon Rohre der Kanalisationswerke verlegt worden. Nun soll auch mit der Verlegung von Gasröhren, Rabeln usw. begonnen werden.

„Kulturwohnungen“ nennt in einem Wohnungsinsetzer der „Vossischen Zeitung“ ein hausbesitzender Architekt aus Berlin-Wilmersdorf die von ihm angebotenen Wohnungen. Daß auch im Wohnungswesen die „Kultur“ ein teures Vergnügen ist, lehren die Preise, die der Mann fordert. Selbst für die kleinsten Wohnungen, die nur aus drei Zimmern bestehen, stellt bei ihm die Miete sich auf 1050—1100 Mark. Solche „Kultur“ muß der Arbeiter den Leuten überlassen, die das nötige Kleingeld dazu haben.

Ein Kindermord wurde Sonntagabend auf einem freien Feld im Nordosten der Stadt entdeckt. Der Hund eines die verlängerte Anprobesträße entlangfahrenden Radlers begann plötzlich am Rand eines Kornfeldes in der Verlängerung der Straße, in der Nähe der Laubenzollerie „Friedrichshöhe“ zu scharen. Sein Herr, der auf sein Gebaren aufmerksam wurde, ließ ihn gewähren, und so förderte das Tier alsbald ein Paket zutage. Als der Radler jetzt näher zusah, fand er in der Hülle aus braunem Packpapier die Leiche eines ermordeten Knaben. Die Polizei des 118. Reviers, die er in Kenntnis setzte, und die dann benachrichtigte Kriminalpolizei stellten fest, daß der Knabe, der bei seinem Tode etwa 10 Wochen alt gewesen sein mag, schwere Kopfverletzungen und Würgemarle am Halse hatte. Augenscheinlich ist ihm der Schädel eingeschlagen worden. Das Kind ist sicher nicht an der Fundstelle ermordet worden. Der Täter oder die Täterin hat es vielmehr anderswo umgebracht und dann die Leiche heimlich nach dem freien Felde gebracht und hier verscharrt. Die kleine Leiche, die vielleicht 8 bis 14 Tage unter der Erde gelegen hat, wurde nach Aufnahme des Befundes zur Obduktion nach dem Schaubaus gebracht. Die Kriminalpolizei traf sofort ihre Maßregeln zur Aufklärung des grauenigen Fundes.

Gestern Vormittag wurde im Treptower Park, unweit des Restaurants Schneiderei, in einem Gebüsch verdeckt die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden, die schon längere Zeit dort gelegen haben muß. Sie war schon so stark in Verwesung übergegangen, daß nicht mehr ersichtlich war, ob das Kind getötet worden ist. Die Leiche wurde deshalb beschlagnahmt und zur Obduktion nach der Leichenhalle in Treptow gebracht. Sie war in schwarze Seide eingewickelt und dann in einen Schachtel der Firma Max Tad gelegt worden. Dieser war wieder in rötlich braunes Papier eingewickelt.

Sonntagnachmittagsabendbrecher waren vorgestern im Westen von Groß-Berlin an der „Arbeit“. In der Vauhofstraße zu Charlottenburg suchten sie die Wohnung eines Bureauverwalters heim und stahlen daraus 300 Mark in barem Gelde und für über 1000 Mark Silberfachen, wie Bestecke usw. und goldene Ketten, Ohrringe und Armbänder. Die Silberfachen tragen die Zeichen

L. C. B. und verschiedene Jahreszahlen. — Gestört wurden Klingelfahrer, die einem Eigentümer in der Bon der Heydstraße einen Besuch abgestattet haben. Außer zwei silberne Leuchter im Werte von 600 M. stahlen sie auch hier verschiedene Gold- und Silberfachen, sowie außerdem noch mehrere Damenkleidungsstücke. Andere wertvolle Sachen liegen sie zurück. Hausbewohner haben zwei vornehm gekleidete, ungefähr 20—25 Jahre alte Männer aus der Wohnung des Bestohlenen kommen, hielten sie aber für Besucher. Erst als der Einbruch entdeckt wurde, kamen sie darauf, daß es die Eindrehler gewesen sein müssen.

Der rätselhafte Tod eines Knaben aus der Dunderstr. 13 beschäftigt die Kriminalpolizei. Der 13 Jahre alte Sohn Karl des Arbeiters Grundmann machte für eine Röhrenwerkstatt in der Schliemannstraße Botengänge. Am Mittwoch voriger Woche brachte er von dort zwei Kartons mit Kindermützen nach einer Großhandlung im Hause Greifswalder Str. 30. Hier gab er jedoch die Kartons nicht ab, man fand sie später zerrissen und die Mützen verstreut auf der Treppe. Der Knabe blieb verschwunden, bis er am Sonnabend als Leiche aus dem Landwehrkanal gezogen wurde. Wo er seit Mittwochnachmittag gewesen und was ihm zugefallen ist, schwebt noch in Dunkel. An einen Selbstmord des Sohnes wollen die Eltern nicht glauben. Er hat auch nie Selbstmordgedanken geäußert und war noch ganz munter, als er von Hause wegging. Die Eltern vermuten aus gewissen Anzeichen, daß ihr Sohn das Opfer eines Missetats und von diesem in das Wasser geworfen worden sei. Was daran ist, wird vielleicht die Untersuchung aufklären.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich Sonntagvormittag am Grünen Weg 88 im Osten Berlins. Als dort der 40 Jahre alte Schneider Karl Hausmann in seiner Werkstatt damit beschäftigt war, Kleidungsstücke zu bügeln, kam plötzlich das Spiritusplättchen zur Explosion. Die Stichtammen setzten die Kleider des Mannes in Brand, so daß dieser im Nu einer Feuerfäule glück. Auf die Hilferufe des Unglücklichen eilten sofort andere Personen hinzu und erstickten die Flammen durch Aufwerfen von Decken. Hausmann hatte aber schon schwere Brandwunden, hauptsächlich an den Beinen und Armen, erlitten. Die inzwischen eingetrossene Feuerwehr schaffte den Schwerverletzten, der über große Schmerzen klagte, in einem Automobil nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Beim Baden ertrunken ist im Plöbensee der 18 Jahre alte Modellstecher Alfred Otto. Er wagte sich zu weit ins Wasser und versank vor den Augen seines sich vergebens um die Rettung bemühenden Kollegen. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Aus der Spree gelandet wurde am Sonnabend am Rolandufer bei Leiche des 21 Jahre alten Dienstmädchens Hedwig R., das seit vergangenen Donnerstag vermißt wurde. Das junge Mädchen, das aus der Provinz Sachsen kommt, war seit drei Jahren in Berlin. Seit 1 1/2 Jahren hatte es Stellung in der Bleibtreustraße in Charlottenburg. Hier zeigte es, während die Herrschaft früher mit ihm sehr zufrieden gewesen war, in der letzten Zeit ein ganz verändertes Wesen. Es ging trübsinnig und gedankenlos umher und arbeitete nur noch ganz mechanisch. Ueber die Ursache dieser ganz unerklärlichen Veränderung gab das Mädchen auch auf wiederholte Fragen der Hausfrau keinerlei Auskunft. Die Folge war, daß es am 15. Juni zum 1. Juli die Kündigung erhielt. Am Donnerstag ging es heimlich von Hause weg. Die Herrschaft vermutete zunächst, daß es eine Tante in der Dohnerstraße aufgesucht habe. Das war aber nicht der Fall. Das Mädchen blieb spurlos verschwunden, bis es gestern als Leiche wiedergefunden wurde. Was es bedrückt hat, weiß man nicht.

Der Tod im Wasser. Ein Unglücksfall ereignete sich am Sonntagabendmittag im Kaiser-Wilhelm-Bad an der Woltersdorfer Schleufe. Der 46 jährige Regierungsbaumeister Paul Müller aus Tempelhof war beim Baden in den Pläntensee hinausgeschwommen, als man plötzlich laute Hilferufe vernahm. Mehrere Schwimmer eilten zu Hilfe und brachten ihn noch lebend zur Badeanstalt zurück, wo er jedoch schon nach wenigen Minuten verstarb. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod feststellen.

Einem Schwindler ist der Bote eines Konfektionshauses in der Friedrichstraße am Sonnabend in die Hände gefallen. Auf telephonischen Anruf wurde eine Auswahl Kleidungsstücke im Werte von 230 M. nach der Friedrichstraße an die Adresse eines Rechtsanwalts expediert. Dem Boten begegnete der Schwindler — denn um einen solchen handelte es sich — auf der Treppe, nahm ihn unter dem Vorwande, daß er sofort die Sachen seiner Frau zeigen wolle, die Sendung ab, und verschwand. Auf die am Montag bei dem Rechtsanwalt gestellte Frage nach dem Urteil über die Auswahlsendung, stellte es sich heraus, daß der Auftrag fingiert war.

Durch die Unfälle, die Straßenbahn während der Fahrt zu verfallen, ist am Sonntagabend gegen 1/10 Uhr der Buchhalter Jung, Friedenstr. 103 wohnhaft, schwer zu Schaden gekommen. Jung verließ vor dem Hause Friedenstr. 104 den Hinterrad des Motorwagens 1664 der Linie 4 während der Fahrt und stürzte so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er bewußlos liegen blieb. Passanten brachten den Verunglückten nach der nächsten Unfallstation, wo ein Schädelbruch festgestellt wurde. Nach Anlegung von Verbänden schaffte man Jung nach dem Krankenhaus Friedrichshain.

Tödlicher Absturz aus der vierten Etage. Auf schreckliche Weise hat am Sonntag der 38 Jahre alte Gelbgießer Fritz Köpper, Soldinerstraße, seinem Leben ein Ende bereitet. A. litt seit mehreren Wochen an einer erheblichen Nervenkrankheit, die sich immer mehr verschlimmerte. Am Sonntag befand sich der Kranke in einem derartigen Zustand, daß er plötzlich das Fenster aufriß und vor den Augen seiner Angehörigen aus dem vierten Stockwerk seines an der Ecke der Soldiner- und Briesenerstraße gelegenen Wohnung auf die Straße hinabsprang. Mit zerschmetterten Gliedern blieb der Lebensmüde auf dem Bürgersteig liegen. A. hatte schwere Beinbrüche, einen Schädelbruch, sowie innere Verletzungen erlitten und kurz nach der Einlieferung im Virchow-Krankenhaus starb er an den Folgen des Sturzes.

Einen Selbstmordversuch machte gestern vormittag der Bädergasse Martin Denzel aus der Nürnbergerstraße. Der junge Mann war des Lebens überdrüssig, hatte aber keine Mittel mehr, sich eine Waffe zu kaufen, mit der er ihm hätte ein Ende machen können. Kurz entschlossen ging er in die Eisenwarenhandlung von Jung in der Chausseest. 42, suchte unter der Angabe, daß er ihn kaufen wolle, einen Revolver aus, ließ ihn sich auch gleich laden, nahm ihn dann in die Hand, um wie er sagte, selbst auch einmal nachzusehen, wie er geladen werde, setzte ihn blitzschnell an die rechte Schläfe, drückte ab und brach bewußlos zusammen. Ein Schuhmann brachte den Schwerverletzten nach der Charité, wo er bedenklich danielerliegt.

Aus dem fahrenden Zuge gestürzt. Ein Opfer eigener Unvorsichtigkeit ist am Sonntagvormittag der 17 jährige Kaufmann Stephan Jaschewitz, Koabit, Wilmstr. 22 wohnhaft, geworden. J. unternahm mit der Schöneberger Gruppe des Jungdeutschland-Bundes einen Ausflug nach Pössen. Die Wärscher sollte vom Militärbahnhof in Schöneberg vor sich gehen. Der Zug war außerordentlich überfüllt, so daß die Mitglieder des Bundes keinen Platz mehr fanden. Infolgedessen klitterte Jaschewitz zusammen mit noch einem Freunde auf den Bremseraum eines der hinteren Wagen. Auf der Fahrt erhob sich J. jedoch von seinem Sitz und beugte sich so weit aus dem engen Raum heraus, daß er das Gleichgewicht verlor und kopfüber auf den Bahndamm hinabstürzte. Der



Unfall war glücklicherweise vom Lokomotivführer beobachtet worden, der den Zug sofort zum Halten brachte. Der junge Mann wurde nach der Infallstation in der Vorbergstraße zu Schöneberg geschafft, wo der Arzt einen Schädelbruch und Gehirnerschütterung feststellte und die Ueberführung des J. nach dem Schöneberger Krankenhaus beantragte.

Vermißt wird seit Montag, den 24. Juni, die 14 Jahre alte Tochter des Buchdruckers Paul Born, Stolpische Straße 36. Sie wurde abends 7 Uhr von den Eltern zu einer Besorgung ausgehollt und ist seitdem verschwunden. Bekleidet war die Vermißte mit schwarzem Kleid (engem Rod), dunkelblauem Hut mit weißer Strickfeder, schwarzen Schürzen und gelben Strümpfen. Sie hat unter dem Arm eine Schnittmarke. Personen, die irgendwelche Angaben über den Verbleib des Mädchens machen können, werden gebeten, die betrübten Eltern oder die Polizei zu benachrichtigen.

Brandstiftung im Südosten Berlins. Brandstifter scheinen im Südosten Berlins an der Arbeit zu sein. Sonntagsabend brach in der Falkenstraße 37 schon wieder ein größerer Dachstuhlbrand aus, nachdem in der Nacht zum Sonntag erst der Dachstuhl des Hauses Oppelnerstr. 4 durch Feuer zerstört worden war. In der Falkenstraße stand der Dachstuhl des Vorderhauses mit den Bodenverklagen in Flammen. Die Feuerwehr griff sofort mit einer Dampfpritze ein und gab mit zwei Rohren Wasser. Die Lösungsmanöver drangen teils über die Treppen, teils über eine mechanische Leiter gegen den Brandherd vor. Trotzdem dauerte es über eine Stunde, ehe die Gefahr beseitigt war. Der Dachstuhl ist größtenteils vernichtet.

Dachstuhlbrand im Osten Berlins. Gestern Abend kurz nach 9 Uhr wurden zwei Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Eberstr. 20 im Osten Berlins gerufen, wo schon wieder ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Das Feuer hatte schon sehr an Ausdehnung gewonnen, weshalb die Wehr sofort mit mehreren Schlauchleitungen eingriff. Der Dachstuhl wurde größtenteils zerstört. Ueber die Ursachen des Feuers waren genaue Feststellungen nicht mehr möglich, doch vermutet man auch hier Brandstiftung. — Zur selben Stunde wütete auch in Charlottenburg, und zwar am Kurfürstendam. 236, am Auguste-Viktoria-Platz, ein gewaltiger Dachstuhlbrand. Die Charlottenburger Feuerwehr war mit zwei Zügen zur Stelle und griff das Feuer mit vier Schlauchleitungen an. Trotzdem konnte von dem Dachstuhl nur wenig gerettet werden. Infälle sind nicht vorgekommen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend. In der Übungsstunde am Sonntag ist ein Hut und Schirm in der Garderobe vertauscht. Bitte denselben wieder umzutauschen in der Brauerei Friedrichshain beim Deponom.

## Vorort-Nachrichten.

### Neußölln.

Aus den Magistrats-Sitzungen. Es wird grundsätzlich beschlossen, daß in Zukunft auch von den für die Gasanstalt Kohlen usw. bringenden Bahnen, welche Barre- oder Riegelstellen im Schiffahrtskanal einnehmen, die tarifmäßigen Liegegelder zu erheben sind.

Der Entwurf für die Entlastungsleitung im Straßenzuge Cannerstraße-Köllnische Allee zwischen Soalestraße und Schiffahrtskanal wird genehmigt.

Mit Rücksicht auf die unbilligen Zustände, welche sich aus der seit einigen Jahren eingeführten nur teilweisen Befestigung der Bürgersteige bei der Reuregulierung von Straßen eingestellt haben, sollen in Zukunft bei Straßenregulierungen die Bürgersteige entwerfemäßig in voller Breite befestigt werden. In den zurzeit regulierten Straßen soll vor einzelnen zwischen bebauten Grundstücken liegenden Bauplätzen die Bürgersteigbefestigung sofort ausgeführt werden. — Die architektonische Ausgestaltung der Brücke im Zuge der Grenzallee wird genehmigt und der hierfür erforderliche Kostenaufwand von rund 12 000 M. bewilligt. — Die Brückenwage des Pumpwerks Nordwest soll in Südost wieder zur Aufstellung gelangen und als öffentliche Wage nutzbar gemacht werden.

Von der Genehmigung der neuen Luftfahrtsverordnung durch den Bezirksausschuß und den Oberpräsidenten nimmt der Magistrat Kenntnis. — Es wird davon Kenntnis gegeben, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten dem neuen Personenbahnhofs auf der Straße Neußölln-Baumgartenweg den Namen „Köllnische Heide“ beigelegt hat. — Dem Beschlusse der Verkehrsdeputation, den Zweckerband zu ersuchen, gegen eine Verteuerung der Fahrpreise auf den Strecken der Stadt- und Ring- und Vorortbahn bei Einführung des elektrischen Betriebes Stellung zu nehmen, wird beigetreten.

Mit einer allgemeinen Preiserhöhung beschäftigte sich eine Versammlung der hiesigen selbständigen Schuhmacher. Nachdem der Referent die Zoll- und Steuerpolitik behandelt, sowie die wirtschaftliche Lage der Schuhmacher eingehend erörtert hatte, wurde beschlossen, die Grundpreise für Schuhreparaturen um 15 Proz. zu erhöhen.

### Charlottenburg.

Das Schicksal der Charlottenburger Arbeitslosenversicherung lautet das Thema, über das Stadtverordneter Genosse Richter in einer Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission sprach. Auf die Vorgeschichte der von der Arbeiterkammer von der Kommune geforderten Arbeitslosenversicherung näher eingehend, kam Redner auf die am 22. Mai in der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung eingebrachten Vorlage, die das Genter System befürwortete, zu sprechen. Es war auffällig, daß nur einzelne von den bisherigen Befürwortern seitens der bürgerlichen Parteien antwortend waren und nur für ihre Person, nicht für ihre Partei das Wort nahmen. Die Gegner dagegen waren alle zur Stelle. Die bürgerlichen Abgeordneten Rotholz und Stadthagen vertraten Ansichten, die geradezu herausfordernd für die organisierte Arbeiterschaft wirkten. Dagegen traten die Magistratsvertreter Stadtrat Dr. Spiegel und Bürgermeister Matting mit Wärme für die Zahlung eines städtischen Zuschusses an die Gewerkschaften ein. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich selbstverständlich gegen jede Verkleinerung der Vorlage energisch ins Zeug gesetzt. Das Resultat der Abstimmung war, daß die Mehrzahl der bürgerlichen Stadtverordneten das Genter System in der Vorlage zu Falle brachte. Sollte der Magistrat die jetzt angenommene Vorlage, die eine städtische Arbeitslosenkasse vorsieht, in der sich jeder in Betracht kommende nach Sehten versichern kann, ablehnen, stehen wir wieder auf dem alten Punkt. Im ungelösten Falle wird diese Kasse keine Freunde in der organisierten Arbeiterschaft finden, weil diese eine Almosen-tendenz in sich birgt. Sogar eine leibhaftig abgehaltene Versammlung der bürgerlichen Handlungsgehilfen hat sich in scharfer Weise gegen die amnierte Vorlage ausgesprochen. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis wir auch in Charlottenburg das Genter System zur Durchführung gebracht haben.

In der Diskussion, an der die Genossen Flemming, Weberle, Lindenblatt, sowie der Referent teilnahmen, wurde ebenfalls das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit einer herben Kritik unterzogen. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Unorganisierten, die man bei den Beratungen mit rührender Sorgfalt behandelt hat, endlich zu der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft herangezogen werden.

Genosse Flemming berichtete hierauf über die Genitalisation der Krankenkassen Groß-Berlins und

über die Veranlassungen betreffs Errichtung von Bezirks- und Kreis-Jugendausschüssen für Berlin und die Kreise Keltow-Weesow und Niederbarnim. Für das Amt im Bezirks-Jugendausschuß sollen Vorschläge von Charlottenburg nicht gemacht werden. Ferner wurde Genosse Wilhelm Horn an Stelle des langjährig tätigen Genossen Graubing in den Jugend- und Bildungsausschuß für Charlottenburg gewählt.

Ohne Entschuldigung waren der Sitzung die Vertreter der Asphaltreue, Wäcker, Fleischer, Friseur, Gastwirtsgehilfen und Musiker ferngeblieben.

### Friedenau.

Wenn Unternehmer protestieren, ist ihnen der Erfolg ihres Protestes meist schon von vornherein sicher. Um so mehr dann, wenn es sich darum handelt, eine im Interesse der Arbeiterschaft erlassene Maßnahme zu vereiteln. Die wir schon mitteilten, hatten sich am vorletzten Sonntag im Restaurant „Kaiserreich“ knapp zwei Dutzend Geschäftsinhaber zum Protest gegen die Erweiterung der Sonntagsruhe versammelt. Eine aus diesem Kreise gewählte Kommission wurde beim Landrat des Kreises vorstellig und ersuchte, dem in Frage kommenden Ordinalrat die Befestigung zu verjagen.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung konnte der Bürgermeister den Herrschaften mitteilen, daß der Landrat ihren Wünschen entsprochen und die Befestigung des „Ordnungsstatuts“ betr. Erweiterung der Sonntagsruhe im Handwerksberuf vorläufig ausgesetzt habe. Das Verhalten des Landrats ist um so auffälliger, da der Gewerbetreibende Berger in der Gemeindevertretung erklärte, daß der größte Teil der Geschäftsinhaber für die erweiterte Sonntagsruhe sei. Was Hunderttausende von Angestellten seit Jahren in Versammlungen und Petitionen forderten und wozu durch einen Beschluß der Gemeindevertretung ein Teil erfüllt werden sollte, kann in Preußen auf Wunsch einer Handvoll sozialrückwärtiger Leute zurück gemacht werden.

Ein Beitrag zur Rationalisierung in Höhe von 300 M. wurde in einem Antrage des Gemeindevorstandes gefordert. Die Herren Kalkbrenner und Berger wandten sich entschieden gegen diesen Antrag. Ersterer führte u. a. aus, daß die Kommunen keine Veranlassung hätten, hierfür Gelder zu bewilligen, denn die ganze Sache soll doch lediglich militärischen Zwecken dienen. Diese Ausführungen entlockten Herrn Kunow eine inhaltlose Kriegserklärung, die jedoch den Erfahrenen des Dreiklassenwahlrechts so zu Herzen ging, daß sie mit Hurra die Summe aus anderer Leute Taschen bewilligten.

Des Weiteren wurde beschlossen, die Sitzungen der Gemeindevertretung in Zukunft nicht mehr im Gymnasium am Bahndamplatz, sondern im Realreformgymnasium an der Schwalbacher Ecke Rheingau-Straße abzuhalten.

### Alt-Ostende.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Adolf Gerlach den Bericht des Vorstandes. Die Mitgliederzahl stieg von 142 männlichen und 20 weiblichen auf 163 männliche und 57 weibliche. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser stieg von 170 auf 194. Im Geschäftsjahre haben u. a. 3 Mitglieder, 3 General- und 12 öffentliche Versammlungen, 6 Frauenleserabende mit Vortrag und 15 Flugblattverbreitungen stattgefunden. Den Kasernenbericht vom letzten Vierteljahr gab Genosse Karl König. Einer Gesamteinnahme von 134,87 M. stand eine Gesamtausgabe von 137,11 M. gegenüber. Die Jahresabrechnung weist eine Gesamteinnahme von 766,51 M. auf, der an Ausgaben 762,66 M. gegenüberstehen. Einen ausführlichen Bericht der Gemeindevertretung gab Genosse Hermann Näge, den Bericht der Lokalkommission Hermann Henkel und den der Bibliothek Genosse Winniewski. Im Laufe des Jahres wurden 555 Bücher für Erwachsene und 784 Bücher für Jugendliche entliehen. Die Wahl des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Hermann Henkel, 2. Vorsitzender Robert Vorhauer, Kassierer Dietz, Schriftführer Adolf Gerlach, Beisitzer Otto Schneider, Frauenleiterin Frau Lehmann, Revisoren Belau, Krüger und Lehmann, Bezirksführer für Rallenberg Kurt Aufschbach, Kassierer Artur Glüge, Speiditeur Wilsch, Dürre, Bibliothekare Richard Lehmann I und Red. Lokalkommission Heinrich Schulz und Kollenhahn. — Dem Antrage des Vorstandes, den Wahlverein in zwei Bezirke zu teilen, wurde ohne wesentliche Debatte zugestimmt.

### Reinickendorf.

Die letzte Sitzung der Gewerkschaftskommission beschäftigte sich mit den letzten Gewerbegerichtsbeschlüssen, bei denen sich ganz unzulässige Zustände gebildet haben. Obgleich unsere Genossen in einer vor den Wahlen stattgefundenen Sitzung der Gewerbegerichtsbeisitzer den Vorsitz der Stadtrat Reichhelm ersuchten, die Wahlzeit für die Arbeitgeber von 4 bis 5 Uhr und für Arbeitnehmer von 6 bis 8 Uhr festzusetzen, wurde der Wahlakt für die Arbeitnehmer bereits um 7 Uhr geschlossen. — Im 2. Wahlbezirk (Wahllokal Schützenhaus) fungierte Herr Stadtrat Reichhelm als Wahlleiter. Um 5 Uhr schloß er den Wahlakt für Arbeitgeber, zählte die abgegebenen Stimmen und fertigte das Protokoll an, so daß der Wahlakt für die Arbeitnehmer erst 5 Uhr 35 Minuten beginnen konnte. Unter den Wählern machte sich ein berechtigter Unwille bemerkbar und viele verließen das Wahllokal, ohne ihr Wahlrecht ausgeübt zu haben.

Herr Reichhelm wird hoffentlich einsehen, daß sich ein derartiger Vorfall nicht wiederholen darf und besonders den Arbeitern ausgiebig Gelegenheit gegeben werden muß, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, ohne dabei wirtschaftliche Schäden zu erleiden.

### Bernau.

Von einem durchgehenden Gespann überfahren und schwer verletzt wurde am Montagvormittag der städtische Arbeiter Robert Hubert von hier. Eine reisende Zigeunerkarawane hatte durch Aufzählungen von Längen mit ihren Tieren in den Straßen verabschiedlich Pferde von vorbeifahrenden Gespannen wild gemacht. In der Bürgermeisterstraße wurden dadurch die Pferde des Kolliunternehmers Kube schein, rosten mit Wagen und Kutscher, der über die Tiere die Gewalt verloren hatte, über den Marktplatz, wo sich Hubert ihnen entgegenwarf. Die Tiere rissen ihn jedoch zu Boden und rosten mit dem schweren Wagen über ihn hinweg, so daß er außer schweren Verletzungen am Kopfe auch innere Verletzungen davontrug. Nach Anlegung einer Notverband wurde der Bedauernswerte nach dem hiesigen städtischen Krankenhaus übergeführt.

### Tempelhof.

Vertauscht wurde bei der Gewerbegerichts-Wahl am Freitag ein Spazierstock. Da der Stock für den Besitzer einen besonderen Wert hat, wird um Rückgabe an Genossen P. Lentzsch, Ringbahnstraße 8, Seitenflügel 2 r., gebeten.

### Notawetz.

In einer sehr gut besuchten Versammlung referierte am Freitagabend im Restaurant „Karlsgarten“ Genosse Unger unter lebhaftem Beifall über das Thema: „Wie steht die Sozialdemokratie zu Staat und Kirche?“. Die schriftlich eingeladenen Ordungsgehilfen blanzten durch Abwesenheit und nur der Oberpastor Keller entschuldigte sein Fernbleiben. In der dem Vortrag folgenden Diskussion gaben zwei Genossen einige Erlebnisse mit auswärtigen Geistlichen zum besten, die diese Diener der Kirche nicht von besonders christlicher Seite zeigten. Ein Herr Cohnstadt versuchte die Ausführungen des Referenten zu widerlegen, mußte sich jedoch durch die nachfolgenden Diskussionsredner eines besseren belehren lassen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zum Austritt aus der Landeskirche auf.

### Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Erweiterung der Kläranlage auf dem städtischen Schlachthof macht sich infolge der fort-

schreitenden Bevölkerungszunahme der Teltower Vorstadt notwendig. Da jedoch eine derartige Erweiterung aus verschiedenen Gründen nicht angebracht erscheint, soll die Umwandlung der Kläranlage auf dem Schlachthof in eine Trüffstation und Ueberleitung der Abwässer nach einer mechanischen Kläranlage am Tempeliner See erfolgen. Die Kosten dieser Veränderung belaufen sich auf 120 000 Mark, welche Summe durch eine Anleihe aus der städtischen Sparkasse gedeckt werden soll. Eine Vorlage verlangt Mittel zur Erhaltung der Ausgaben für Eisenbahnfahrten an Lehrer, die mit ihren Schülern einen mindestens zwei Tage währenden Ausflug unternehmen. Während für einen bereits stattgefundenen Ausflug des Lyzeums und Ober-Lyzeums nach der Sächsischen Schweiz 100 M. gefordert werden, sollen im Etat künftig 500 M. eingelegt werden. Die Vorlage wurde abgelehnt. Für die Einlegung der Straßenbahnleihe in die Glensider Brücke und darüber hinaus waren 24 000 M. bewilligt worden, da sich die Kosten jedoch auf 30 021,77 M. gestellt haben, wurde die fehlende Summe nachbewilligt. Für den diesjährigen Gebanrummel wurden wie in den Vorjahren 500 M. bewilligt. Zur Anschaffung von chirurgischen Geräten im städtischen Krankenhaus werden 3500 M. bewilligt. Abgelehnt wird eine Dringlichkeitsvorlage, einem Oberlehrer 400 Mark Jahlkosten, die er zur Sammlung Potsdamer Urkunden aufwenden muß, zu bewilligen. Dieser Oberlehrer will eine Sammlung städtischer Urkunden sowie solche aus Innungsarchiven, Kirchenarchiven und von Privatpersonen in Buchform zusammenstellen. Die nächste Stadtverordnetenversammlung, die nach den Ferien stattfindet, wird sich mit dieser Sache noch einmal beschäftigen.

## Verfassungen.

Verband der Brauerei- und Mälzmeister. In der Mitglieder-Versammlung der Jahrestelle Berlin, die am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshaus stattfand, erörterte Jungmann den Bericht vom Verbandstage in Mannheim. In der sich anschließenden Diskussion nahm die Versammlung Stellung gegen die herabsetzende Kritik der Berliner Jahrestelle auf dem Verbandstage, die sich die Berliner durch ihre Haltung in der Frage der Beitragserhöhung gefallen lassen mußten. Diese Haltung wurde wiederholt dahin präzisiert, daß die Berliner keine Erhöhung der Beiträge wünschten, wenn dadurch nur eine Erhöhung der Unterstufungen bewirkt wird, daß sie aber nicht gegen erhöhte Beiträge opponieren würden, wenn eine Stärkung der Verbandskasse notwendig wird.

Unter Verbandangelegenheiten brachte Schuldt eine Differenz mit dem Münchener Brauhaus zur Sprache. Dort war jüngst eine feste Stelle für einen Brauer frei geworden. Vom Arbeitsnachweis wurden am Montag voriger Woche ein Mann nach dem anderen nach der Brauerei gefandt, aber alle, dieheran an der Zahl, wurden abgelehnt. Der Braumeister soll dabei geäußert haben, daß er keine „alten Krüppel“ brauchen könne, sondern junge Leute wüßte. Am Dienstag stellten sich wieder fünf oder sechs Leute vor und nun erst wurde der „Richtige“ herausgefunden. Die Verurteilung des Braumeisters, für die Schuldt Zeugen namhaft machte, rief große Entrüstung hervor; die Versammlung protestierte auch gegen die Art der Umgehung des Arbeitsnachweises, wie sie hier geübt wurde.

In der Frage der Lohnbewegung der Arbeiter in den Bier-niederlagen richtete Schuldt Angriffe gegen den Deutschen Transportarbeiterverband wegen seines ablehnenden Verhaltens zu dem Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens.

Der Vorsitzende Hodyapp forderte zum Schluß die Versammlung zu eifriger Agitationsarbeit für die Organisation auf.

Zentralverband der Maschinisten und Geiger. Die Jahrestelle Berlin hielt am Sonnabend eine außerordentliche Generalversammlung ab, als Fortsetzung der letzten Generalversammlung. Zuerst wurde die Wahl zum Arbeitsnachweis-Kuratorium vorgenommen. Gewählt wurden: Gottschall, Jakob, Behl, Sand, Siegert, Schmidt, als Ersatzmänner: Greichen, Seidel, Hoppe, Ladewig und Gräfe. — Des Weiteren wurden die Differenzen zwischen dem Vorsitzenden der Ortsverwaltung Berlin und dem Zentralverband insofern erledigt, als der Vorsitzende Schwittau die Erklärung abgab, von seinem Amt zurückzutreten. Daer-Verein wurde beauftragt, bis zur Anstellung eines Beamten die Geschäfte der Jahrestelle zu leiten. Die Versammlung ernannte eine sechsmitglieder Kommission, die die Anstellungsfrage gütlich und auch die Verschmelzungsfrage Groß-Berlin mit zu erledigen hat.

Leser- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Gute Dienstag, den 2. Juli, abends 9 Uhr: Sitzung bei Eichhorn, Danziger Straße 43.

## Eingegangene Druckchriften.

Im Verlage von J. D. Neumann, Neudamm, in Stuttgart ist erschienen: Die Geschichte der Erde. II. Die Weltalter. Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen. Von R. Baumert. 21. Bändchen der kleinen Bibliothek. Mit zwei farbigen Tafeln und 40 Abbildungen.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die große Kränze. — Einteilung der Erdgeschichte. — Die Urzeit der Erde und die archaischen Formationen. — Das Altertum der Erde. — Das Mittelalter der Erde. — Die Neuzeit oder das äozoische Zeitalter.

Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinspreis 50 Pf.

Les Armements allemands. — La Riposte. Von Capitain Pierre Felig. 140 Seiten. Verlag Berger-Levrault, Paris. 1 Franc.

Dans notre empire noir. (Reisen im Kongogebiet und Westafrika.) Von Maurice Rondel-Saint. Buchhandlung Blon-Rouvier u. Co., Paris, 8 rue Garancière. Preis 3,50 Fr.

## Witterungsübersicht vom 1. Juli 1912.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. u. g.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. u. g.	
Zeitz	757,5	SW	3/4	18	Saparanda	762,8	—	4	molten	10
Hamburg	758,5	SW	3/4	15	Petersburg	758,5	SW	1	molten	12
Berlin	758,5	SW	1	17	Sibir	762,8	SW	6	molten	14
Frankfurt	760,5	SW	1	14	Wien	756,8	SW	3	molten	13
München	761,5	SW	1	14	Paris	761,5	SW	2	bedekt	13
Wien	760,0	DRD	1	17						

Wetterprognose für Dienstag, den 2. Juli 1912. Hiemlich kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit einzelnen Regenschauern und frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserland	am 30. 6.	am 29. 6.	Wasserland	am 30. 6.	am 29. 6.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mitt	121	+2	Saale, Großh.	65	-21
Bregl, Unterburg	-4	+4	Saale, Sandau	—	—
Beichl, Thorn	74	+4	Saale, Rathenow	10	-6
Ober, Railboe	119	-8	Spree, Spremberg	110	-16
Krossen	126	-14	Bestow	80	+2
Frankfurt	167	+3	Weser, Nörden	122	+4
Wartze, Scharium	12	-8	Nörden	198	0
Landberg	16	-5	Rhein, Wargilliansau	538	-10
Rege, Berdamm	9	-2	Raub	299	-6
Elde, Leitmeritz	46	-24	Rhin	284	+2
Dresden	-54	-16	Rekar, Heilbronn	38	-2
Magde	243	+23	Rain, Nauau	142	+26
Burgberg	183	+38	Rosel, Arter	19	+5

+ bedeutet Hoch, — Niedrig, — ? Unterpegel. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.